Dienstag, 3. Januar 1984 - D * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 2 - 1.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Arbeit nicht verteuern: Die Massenarbeitslosigkeit läßt sich nach Ansicht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) nur wirksam bekämpfen, wenn der Faktor Arbeit nicht weiter verteuert wird – etwa durch Verkürzung der Wochen- oder der Lebensarbeitszeit oder durch tarifliche Lohn- und Gehaltsanhebungen. (S. 1)

Golfkrieg: Im Krieg zwischen Iran und Irak hat sich die US-Regierung auf die Seite Iraks gestellt, berichtete die „Washington Post". Die USA hätten befreundete Länder in der Golfregion wissen lassen, daß eine Niederlage der Iraker ihren Interessen zuwiderlaufen würde. (S. 6)

Mord in Madrid: Nur wenige Stunden nach dem Tod eines vergangene Woche in Frankreich angeschossenen baskischen Separatisten sind gestern in Madrid zwei spanische Polizisten mit Schüssen aus einer Maschinenpistole ermordet worden. (S. 2 und 4)

Aussiedler: Die Zahl der im Grenzdurchgangslager Friedland registrierten deutschen Aussiedler hat 1983 mit 21 233 den niedrigsten Stand seit 1976 erreicht. Aus der UdSSR kamen 1441 Aussiedler, verglichen mit 9791 im Jahr 1976.

Telefonate teurer: Die Mindestgebühr für ein Telefongespräch vom Münzfernsprecher steigt zur Jahresmitte von 20 auf 30 Pfennig. Bei Ferngesprächen aus Telefonzellen wird die Gebühr für eine Einheit von 23 auf ebenfalls 30 Pfennig angehoben. Die Post verbuchte 1982 im Bereich der Fernsprechzellen ein Defizit von 250 Millionen Mark.

Angebot an London: Argentinien hat 1953 versucht, von Großbritannien die Falkland-Inseln zu kaufen. Das Angebot wurde aber von London mit der Begründung abgelehnt, der Verkauf könne zum Sturz der Regierung führen, geht aus jetzt veröffentlichten britischen Staatspapieren hervor.

Terror-Opfer: In Guatemala und El Salvador ist es 1983 erneut zu den schwersten Verstößen gegen die Menschenrechte in Lateinamerika gekommen. Mehr als 10 000 Zivilisten kamen durch politischen Terror ums Leben. (S. 6)

Afghanistan: Um die durch den Kampf gegen den Widerstand ausgedünnten Streitkräfte wieder aufzufüllen, hat die afghanische Regierung alle wehrfähigen Männer aufgefordert, sich bis zum 21. März zu melden; andernfalls drohe ihnen Haft.

ZITAT DES TAGES



» Es müssen wieder Rahmenbedingungen geschaffen werden, unter denen Familien ohne Sorgen leben und unter denen Kinder als höchstes Gut wieder erwünscht und sorgenfrei erzogen werden können. «

Walter Althammer, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (S. 6) FOTO: GERD BACHERT

WIRTSCHAFT

„Zinsen sinken": Die zu erwartende Stabilisierung des Kapitalmarktzinses bei etwa acht Prozent könnte 1984 langfristige Kredite für rund 8,5 Prozent ermöglichen, teilt der Verband Deutscher Hypothekenbanken mit. (S. 7)

Plan erfüllt: Das produzierte Nationaleinkommen der „DDR" stieg 1983 um 4,3 Prozent (1982: drei) und überschritt damit leicht den Planansatz von 4,2 Prozent, meldet „Neues Deutschland".

Bald zahlungsunfähig?: Israel nähere sich dem Punkt, an dem es nicht mehr in der Lage sein werde, Zinsen für seine Kredite zu zahlen, warnt der Generaldirektor im Finanzministerium, Immanuel Sharon. Die Staatsverschuldung beläuft sich auf 23,2 Milliarden Dollar.

Sibirien-Gas: Die UdSSR hat die Lieferung von Erdgas über die CSSR und die Bundesrepublik nach Frankreich aufgenommen. Die Bundesrepublik soll ab Herbst 1984 beliefert werden.

US-Autos: Mit 8 422 074 Fahrzeugen erreichte die amerikanische Automobilproduktion 1983 den höchsten Stand seit 1979 (8 422 074).

Börse: Zum Jahresbeginn setzte sich die Aufwärtsbewegung am Aktienmarkt fort. Auch der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 154,5 (152,6 am 29. 12. 83). Dollarmittelkurs 2,7302 (2,7238 am 30. 12. 83). Der Londoner Goldmarkt war am Montag geschlossen (381,50 Dollar pro Feinunze am 30. 12. 83).

KULTUR

Ägyptische Kunst: Wegen der hohen Kosten und Risiken will Ägypten künftig keine großen Kunstausstellungen, vergleichbar mit der Wanderausstellung „Tutench-Amon", mehr im Ausland veranstalten.

Korner tot: Im Alter von 55 Jahren ist Alexis Korner, der „Vater des europäischen Blues", in London an Lungenkrebs gestorben. Bei ihm lernten Musiker wie Mick Jagger und Eric Bordon ihr Handwerk.

SPORT

Olympia: Bereits 13 Skisportler des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) haben die Olympia-Norm für die Winterspiele 1984 in Sarajevo erreicht. Insgesamt 33 Sportler sollen das Olympiateam bilden.

Wiedergewählt: Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, wurde zum sechsten Mal hintereinander von den deutschen Sportjournalisten zum „Funktionär des Jahres" gewählt. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Notstand: In der Elfenbeinküste ist die Stromversorgung zusammengebrochen. Nach einer langen Trockenperiode sind die Stauseen fast leer, die Turbinen können kaum noch angetrieben werden. Industrie und Geschäftsleben erlahmen. (S. 14)

Entwarnung: Das Landesamt für Wasser und Abfall in Nordrhein-Westfalen hat Entwarnung gegeben. Nachdem es noch am Wochenende vor einer Vergiftung des Rheinwassers durch den mutmaßlichen Krebserreger Bis-Chlor-Isobutyläther gewarnt hatte, hieß es gestern, die Werte seien auf null zurückgegangen. (S. 14)

Wetter: Bewölkt mit vereinzeltem Regen, stürmisch. 2 bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Wirtschaftsforscher plädieren für generelle Lohnpause

RWI: Durch 35-Stunden-Woche und Tarifrente keine neuen Arbeitsplätze

GÜNTHER BADING, Bonn

In die schon zu Beginn der diesjährigen Tarifrunde festgefahrene Diskussion zwischen den Befürwortern der Wochenarbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden und den Anhängern einer Reduzierung der Lebensarbeitszeit hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen mit dem Vorschlag einer generellen Lohnpause neue Bewegung gebracht.

Tarifliche Lohnerhöhungen sollten nur in jenen Wirtschaftszweigen, Berufen oder Regionen vereinbart werden, wo es gelte, Arbeitskräfte anzuwerben, empfiehlt das Essener Institut. In allen anderen Bereichen dürfe der Faktor Arbeit jetzt nicht verteuert werden. Angesichts der hohen Arbeitslosenzahl von weit über zwei Millionen, „die zum größten Teil durch zu hohe Löhne und Lohnnebenkosten bedingt ist", sowie angesichts der gerade wegen der alljährlich geforderten Lohnerhöhungen „nach wie vor übermäßig hohen Risiken für arbeitsplatzschaffende Investitionen sind allgemeine Lohnerhöhungen derzeit nicht angebracht, sondern Lohnerhöhungspausen notwendig", heißt es im jüngsten Konjunkturbrief des RWI.

Arbeitszeitverkürzung, ob durch 35-Stunden-Woche oder Frühverrentung, betrachtet das RWI in seiner „Widersinnige Hoffnungen" überschriebenen Studie zunächst allein unter dem Aspekt der Kosten für die jeweiligen Unternehmen. Sowohl die Verkürzung als auch eventuelle Anhebungen von Löhnen und Gehältern verteuerten den Faktor Arbeit. Die Verteuerung der Arbeitskraft lasse die Nachfrage nach Arbeitskräften durch die Unternehmen sinken, stehe also dem Streben nach Schaffung neuer Arbeitsplätze und Unterbringung derzeit Arbeitsloser entgegen.

Das RWI versucht, die Argumentation mit einen anschaulichen Beispiel volksnah zu machen: „Daß die Nachfrage vom Preis, die nach Arbeitskräften also vom Lohn abhängt, erweist sich nicht allein in den Unternehmen und ihrem Bestreben, teure Arbeitsleistung einzusparen, sondern allemal und recht anschaulich auch in den privaten Haushalten, wenn auf eine Haushaltshilfe verzichtet, die Leistung des Friseurs nicht so häufig wie früher in Anspruch genommen, die Wohnung selbst tapeziert, Türen und Fenster selber gestrichen, das Auto selbst gewaschen und vieles andere selbst getan wird, weil der von anderen dafür geforderte Lohn zu hoch ist."

Trotz solcher anschaulicher Beispiele werde der Zusammenhang zwischen dem Preis für Arbeit und der Nachfrage nach Arbeit „offenbar noch immer übersehen", konstatiert das RWI. Anders seien „die Hoffnungen, die Arbeitslosigkeit ließe sich durch eine Verteuerung der Arbeit verringern, nicht zu erklären".

Der RWI-Konjunkturbrief erteilt aus dieser Kostenbetrachtung heraus nicht nur der Forderung nach der 35-Stunden-Woche, die von der Mehrzahl der Einzelgewerkschaften unter Führung der IG Metall verlangt und die von der SPD-Opposition im Bundestag nachhaltig unterstützt wird, eine klare Absage. Die Kriktik richtet sich auch an die Bundesregierung, die soeben ihren Entwurf für eine Vorruhestandsregelung – für 59jährige und ältere Arbeitnehmer und befristet auf fünf Jahre – vorgelegt hat. Auch dies bedeute Verteuerung des Faktors Arbeit; der Entwurf „unterscheidet sich im Hinblick auf die Belastung der Unternehmen ... nur insoweit, als die Kosten nicht allein von den Unternehmen getragen werden sollen". Ein Teil werde von den mit geringeren Bezügen ausscheiden-

▲ Fortsetzung Seite 6

Berlins Parlament berät über Brand

Die Staatsanwaltschaft spricht von abgesprochener Aktion mehrerer Häftlinge

F. DIEDERICHS, Berlin

Das Berliner Abgeordnetenhaus wird sich heute in den Parlamentsausschüssen für Inneres, Sicherheit, Ordnung und Ausländerfragen mit dem Tod der sechs ausländischen Häftlinge befassen, die in der Silvesternacht bei einem Brand in der polizeilichen Abschiebehaft ums Leben kamen. Die Alternative Liste, die SPD und die CDU hatten diese Sitzung beantragt.

Für die Berliner CDU forderte gestern der Landes- und Fraktionsvorsitzende Eberhard Diepgen eine „volle und umgehende Aufklärung des Unglücks". Innensenator Heinrich Lummer (CDU) wies nochmals darauf hin, daß eine Sonderkommission der Kriminalpolizei versuchen werde, die Hintergründe des Brandes so schnell und gründlich wie möglich aufzuklären.

Auch gestern waren die Vernehmungen der 36 Abschiebehäftlinge, die bei dem Feuer gerettet werden konnten, noch nicht abgeschlossen. Sie gestalten sich besonders zeitraubend, da nahezu alle Gespräche mit den Häftlingen aus elf Nationen über Dolmetscher geführt werden müssen.

Ein Polizist erklärte der WELT, es könne zum jetzigen Zeitpunkt nahezu ausgeschlossen werden, daß das Feuer durch Brandstiftung von außen entstanden sei. Die Berliner Staatsanwaltschaft vermutet, daß es zu der Katastrophe durch eine abgesprochene Aktion mehrerer Häftlinge gekommen ist, und ermittelt gegen einen namentlich festgestellten

SEITE 3:
Abschiebung

und mehrere andere Häftlinge wegen des Verdachts der Gefangenenmeuterei und der Brandstiftung. Bestätigt wurde mittlerweile die Aussage eines Wachpolizisten, der beobachtet hatte, wie die Insassen zweier Zellenblocks Schaumstoffmatratzen und Papier in Brand gesetzt hatten.

Rätsel gibt der Polizei allerdings noch das Verhalten von Zelleninsassen auf, die nach Aussagen des Wachpersonals nach Entdecken des Brandes erste Löschversuche in einer der beiden Zellen verhinderten, indem sie das Wachpersonal bedrohten und die Zellentüren verbarrikadierten. „Dennoch glauben wir nicht an einen kollektiven Selbstmord", erklärte dazu der stellvertretende Polizeipräsident Martin Lippock. Überlebende sagten aus, ihnen sei von den anderen Häftlingen keine Protestaktion angekündigt worden.

Bei den Toten handelt es sich um drei Tamilen aus Sri Lanka im Alter zwischen 22 und 26 Jahren, die am 27. Dezember ohne Einreiseerlaubnis nach Berlin gekommen waren und einen Tag später in Polizeigewahrsam genommen wurden. Außerdem starben ein 19jähriger Libanese und ein 24jähriger staatenloser Palästinenser, der in den Libanon abgeschoben werden sollte. Beide saßen wegen Rauschgiftvergehen in Abschiebehaft. Ein inhaftierter 22jähriger Tunesier, der keine gültigen Papiere besaß, kam ebenfalls in den Flammen um.

Mehrere Organisationen und die Alternative Liste bezeichneten gestern die Toten als „Opfer der zunehmend auf Abschiebung bedachten Asyl- und Ausländerpolitik".

Paris reduziert Truppen in Beirut

Ehemalige CIA-Chefs empfehlen Abzug des US-Kontingents / Senator Turner nach Libanon

RAFAEL SELIGMANN/DW. Bonn

In Washington, Rom und Paris haben sich in den vergangenen Tagen Aktivitäten verstärkt, die Soldaten dieser Länder aus der libanesischen Hauptstadt Beirut abzuziehen, zumindest aber die Zahl der Soldaten und ihren Auftrag herabzustufen.

Die Kontingente der USA, Frankreichs und Italiens bilden gemeinsam mit etwa 100 britischen Soldaten die multinationale Friedenstruppe in Beirut. Aufgabe dieser Soldaten ist in erster Linie die Erhaltung des Friedens in Beirut und damit indirekt die Sicherung der Herrschaft des prowestlichen Präsidenten Amin Gemayel.

Gestern gaben das Außen- und Verteidigungsministerium in Paris bekannt, daß Frankreich Ende dieses Monats 482 Soldaten aus der multinationalen Friedenstruppe in Beirut abziehen werde. Die Soldaten, etwa ein Viertel des französischen Kontingents in Beirut, gehörten ursprünglich einer Einheit der UNO-Truppe in Libanon (UNIFIL) an, die vor 15 Monaten in die französische Truppe der multinationalen Friedensstreitmacht eingegliedert worden war. Die Soldaten kehren jetzt wieder zur UNIFIL zurück. Damit bleibt die Gesamtstärke der französischen Verbände in Libanon unverändert. Dennoch sehen politische Beobachter in dieser Truppenverschiebung eine Verminderung des französischen Engagements zugunsten der Regierung von Präsident Gemayel und damit der westlichen Position in Libanon.

SEITE 2:
Römische Zweifel

Bereits am Wochenende hatte der italienische Verteidigungsminister Spadolini in Beirut die Reduzierung des italienischen Kontingents von 2100 auf 1100 Soldaten angekündigt.

Auch in den Vereinigten Staaten mehren sich, trotz der Entschlossenheit von Präsident Reagan, die 1600 Marine-Infanteristen, in Beirut zu belassen, die Stimmen, die eine Reduzierung des militärischen Engagements Washingtons in Libanon fordern. So will der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des US-Senats, der einflußreiche republikanische Abgeordnete John Tower, auf seiner Nahost-Reise Möglichkeiten für den Abzug der amerikanischen Soldaten aus Beirut prüfen.

Für einen Abzug des US-Kontingents sprachen sich am Wochenende drei ehemalige Chefs des amerikanischen Auslandsnachrichtendienstes CIA aus. Die früheren CIA-Direktoren Schlesinger, Turner und Colby erklärten, die „Marines" seien nicht stark genug, um ihre Mission zu erfüllen.

Seit den verheerenden Bombenanschlägen, die im Oktober vergangenen Jahres den Tod von über 250 französischen und amerikanischen Soldaten forderten, sowie neuen Drohungen gegen diese Truppe, versuchen einflußreiche Kräfte in Regierung und Opposition in Frankreich, Italien und den USA das Engagement dieser westlichen Länder in Libanon zu beenden.

Ventil für den Zorn der Autofahrer

HEINZ HECK, Bonn

Das Thema ist alt und immer wieder neu. Denn jedes Mal, wenn deutsche Urlauber nach Frankreich oder Italien reisen, erregen sie sich aufs neue über die dort erhobenen Autobahngebühren. Wer dann die Forderung auch nach der Einführung einer Gebühr in der Bundesrepublik erhebt, wie jetzt Dionys Jobst, stellvertretender Chef der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Verkehrsexperte der Union, ist der öffentlichen Zustimmung sicher.

Ausländische Auto-Fahrer, so Jobst, sollen an den Grenzübergangsstellen für 60 Mark eine ein Jahr gültige Plakette kaufen und sie an der Windschutzscheibe befestigen. Um auch im Inland den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten, sollen deutsche Autofahrer die Plakette beim Postamt kaufen können und dafür bei der Kfz-Steuer um 60 Mark entlastet werden.

Vielleicht hat Jobst mit seinem unabgestimmten, publicityträchtigen Vorstoß seinen Parteifreund, Verkehrsminister Werner Dollinger in Verlegenheit gebracht. Dieser zeigte gestern zwar Verständnis für den allenthalben aufwallenden Zorn über diese Ungerechtigkeit, machte aber niemandem Hoffnung auf eine rasche Lösung. Seine Devise: Lieber die Gebühren abbauen als neue einführen.

Die Verhandlungsposition etwa der Bundesregierung ist deshalb schwach, weil EG-Partner nicht diskriminiert werden dürfen: Das heißt also: wenn Gebühren, dann für Aus- und Inländer gleich. Nun hat Dollinger zunächst einmal durchgesetzt, daß das Thema in das „Arbeitsprogramm der EG für die nächsten Jahre aufgenommen" wurde. Doch solche Programme sind noch weit geduldiger, als es das sprichwörtliche Papier ohnehin schon ist.

Dollinger will es dabei allerdings nicht bewenden lassen: Die Bundesrepublik als wichtiges Transitland in Europa könne „keine Insel der Freizügigkeit bleiben", wenn die anderen Staaten kein Entgegenkommen zeigten. Doch wann er mit Gegenmaßnahmen (sprich: deutsche Autobahngebühr) kontern will, läßt er vorsichtshalber offen. Statt dessen freut er sich lieber über kleine Fortschritte: Österreich hat am 1. Januar die Mautgebühr am Brenner für Spediteure auf ein Viertel gesenkt. Schwierige Verhandlungen machen bescheiden.

DER KOMMENTAR

Theorie und Praxis

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Unter den guten Vorsätzen zum Jahr 1984 steht obenan, daß niemand etwas unternehme, was den wirtschaftlichen Auftrieb bremsen könnte. Doch die Zeichen für die Tarifrunde dieses Jahres lassen leider ganz und gar anderes befürchten.

Was in wissenschaftlich begründeter Theorie als vernünftig anzusehen ist, hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen soeben publiziert. Es macht auf den Zusammenhang zwischen dem Preis der Arbeit und der Nachfrage nach Arbeit aufmerksam, um zu schlußfolgern, daß keinerlei Verkürzung der Arbeitszeit anzuraten sei, sondern daß eher Lohnpausen helfen könnten, die Millionenzahl der Arbeitslosen herabzudrücken.

Die Praxis hat jedoch die Theorie der Vernunft schon im Vorfeld der Tarifrunde weit hinter sich gelassen. Das geht auch daraus hervor, daß Gesamtmetall sich gezwungen glaubt, der IG Metall eine „Vorruhestandsregelung zuzüglich Einkommensverbesserung" von vornherein anbieten zu müssen. Folglich muß sich Gesamtmetall den zwiegenähten Schuh der Kritik, welche das RWI in diesem Punkt an der Bundesregierung übt, selbst anziehen.

Die Weichen sind mehrfach falsch gestellt, und das aus sachfremden Gründen. Die Fanfarenstöße der IG Metall für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erschallen auch als Getöse eines Führungskampfes zwischen Mayr und Steinkühler, der vom Ausgang der Tarifrunde entschieden werden könnte. So gesehen hat Steinkühler in eigener Sache die Gewerkschaften zum Kampf „um Sein oder Nichtsein" aufgerufen. Der Oppositionsführer im Bundestag, Vogel, nahm diese Agitation auf und verband dabei das Schicksal der SPD mit dem der Gewerkschaften. Während Börner in Hessen die rot-grüne Koalition als Modell für Bonn schmiedet, macht Vogel die 35-Stunden-Woche zum großen Solidarisierungsthema von SPD und DGB, obschon da fünf DGB-Gewerkschaften nicht mitziehen.

Der Bundeskanzler hat weder gezaudert noch gezögert, sich diesem innenpolitischen Kampf um seine Regierungsmacht zu stellen. Er glaubt, gute Karten in der Hand zu haben: Die Bevölkerung begreift, daß der Streit um die 35-Stunden-Woche dem wirtschaftlichen Aufschwung schadet; in ihrer großen Mehrheit begreifen das auch die Gewerkschaftsmitglieder. Folglich verschreiben sich die Funktionäre der IG Metall und anderer DGB-Gewerkschaften einer unpopulären Sache. Unter solchen Umständen einen Streik vom Zaun zu brechen, muß sich die IG Metall wohl noch dreimal überlegen.

Es ist Kohl zuzutrauen, daß er der Kraftprobe mit SPD und DGB nicht ausweicht. Das heißt aber nicht, er könne mit Sicherheit ein schädliches Ergebnis der Tarifrunde verhindern. Denn die Tarifpartner sind frei, dabei allerdings dem Gemeinwohl verpflichtet.

Wehrdienst statt 15 bald 18 Monate?

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Verlängerung des Grundwehrdienstes der Wehrpflichtigen von 15 auf 18 Monate sollte nach Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium, Würzbach, möglichst bald vom Bundestag „mit einem möglichst breiten Konsens" beschlossen werden.

Diese Ansicht äußerte der CDU-Politiker gegenüber der WELT, obwohl die Verlängerung erst 1987 oder später zum Ausgleich der dann heranstehenden geburtenschwachen Jahrgänge von Rekruten nötig wird. Würzbach meinte, dieses Thema dürfe nicht in die parteipolitische Auseinandersetzung vor der Bundestagswahl des Jahres 1987 hineingezogen werden.

Am 1. Februar wird sich das Bundeskabinett in einer Sitzung auf der Bonner Hardthöhe mit der Planung für die Bundeswehr bis in die neunziger Jahre hinein befassen. Dabei wird auch die Verlängerung des Grundwehrdienstes eine Rolle spielen. Einige Wochen später will der Verteidigungsminister dann im März ein ganzes Maßnahmepaket zur Sicherung der Verteidigungskraft der Streitkräfte bei sinkendem Wehrpflichtigenaufkommen und knappen Finanzmitteln beschließen.

Nach Ansicht von Fachleuten wird es auch die Verlängerung des Grundwehrdienstes von 15 auf 18 Monate enthalten. Würzbach meinte, diese Verlängerung müßte unter den großen Parteien des Bundestages unstrittig sein. Sie sei unpopulär, aber notwendig.

Telefonieren aus der Zelle wird teurer

AP, Bonn

Die Gebühr für ein Ortsgespräch aus der Telefonzelle wird voraussichtlich zum 1. Juli 1984 auf 30 Pfennig angehoben. Ein Sprecher des Bundespostministeriums in Bonn bestätigte gestern, daß das Ministerium plane, die traditionelle Zwei-Groschen-Einheit am Münzfernsprecher „im Laufe dieses Jahres" abzuschaffen und durch einen um 50 Prozent höheren Tarif zu ersetzen. Da der Verwaltungsrat der Post zu dieser Gebührenerhöhung noch befragt werden muß, steht der genaue Termin noch nicht fest.

Der Sprecher des Ministeriums begründete die geplante Gebührenerhöhung damit, daß im Jahre 1982 an den rund 130 000 öffentlichen Telefonzellen der Bundesrepublik Deutschland ein Defizit von 250 Millionen Mark entstanden sei. Durch die Erhöhung der Gebühren auf 30 Pfennig erwartet man Mehreinnahmen von 232 Millionen Mark.

Insbesondere verwies er auf die hohen Kosten, die der Post durch die mutwillige Zerstörung von Münzfernsprechern entstehen. 1982 seien 76 000 Apparate entweder beraubt oder zerstört worden. Allein für die Instandsetzung habe 1982 die Post 14 Millionen Mark ausgeben müssen.

Der Vorsitzende des Bundestags-Postausschusses, Karl Liedtke (SPD), wandte sich scharf gegen die geplante Gebührenerhöhung: Die Gewinne der Post würden „überwiegend oder fast ausschließlich" im Fernmeldebereich erzielt. Es sei an der Zeit, die Überbezahlung von Telefonleistungen zu stoppen.

20 000 sowjetische Todesopfer in Afghanistan

Kabul senkt Wehrpflicht von 21 auf 18 Jahre

DW. New York/Islamabad

Zu Beginn des fünften Jahres der sowjetischen Besetzung Afghanistans muß Moskau auf 20 000 Todesopfer zurückblicken, berichtet das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time". Im gleichen Zeitraum, in dem diese 20 000 sowjetischen Soldaten ihr Leben verloren, fielen auch 50 000 afghanische Freiheitkämpfer.

Trotz dieser Verluste haben die Sowjets, so „Time" weiter, nicht die Absicht, ihre Truppen abzuziehen. Sie haben derzeit mehr als 100 000 Mann in Afghanistan stationiert. Das kostet die Sowjets täglich acht Millionen Dollar. Die Hoffnungen der Sowjets, eine ihnen ergebene starke afghanische Armee aufzubauen, haben sich nicht erfüllt. Laut „Time" ist die Stärke der afghanischen Regierungsarmee von ursprünglich 100 000 Mann auf 40 000 Mann zurückgegangen, nachdem viele Soldaten zu den Freiheitskämpfern überliefen und viele Afghanen der Wehrpflicht zu entgehen wissen.

Das wehrpflichtige Alter ist in Afghanistan mit Beginn dieses Jahres von 21 auf 18 Jahre gesenkt worden. Wie die Regierung in Kabul am Sonntag über den Rundfunk bekanntgab, müssen sich alle von der neuen Regelung betroffenen Afghanen in kürzester Zeit bei den Wehrerfassungsstellen zur Musterung melden. Wer dieser Anordnung nicht Folge leiste, habe mit scharfen Strafen zu rechnen. Der Wehrdienst beträgt in Afghanistan derzeit im Regelfall 30 Monate.

In einem gestern veröffentlichten nicht unterzeichneten Artikel der „Prawda" wurde festgestellt, daß sich an der prinzipiellen Haltung der Sowjetunion in der Afghanistan-Frage nichts geändert habe und mit einem baldigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan nicht zu rechnen sei. Das Blatt betont, die UdSSR würden ihre Truppen nur dann abziehen, wenn „die ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kabuls aufhöre und Garantien dafür vorliegen, daß sich diese nicht wiederholen". Die Parteizeitung behauptete, daß die USA alles unternähmen, „um eine Normalisierung der Lage in Afghanistan zu verhindern".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kraftprobe bei Talbot

Von Joachim Schaufuß

Für die sozialistisch-kommunistische Regierungskoalition des französischen Staatspräsidenten Mitterrand schlägt die Stunde der Wahrheit. Wenn es vor den Toren des Automobilwerks von Poissy bei Paris zum Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Talbot-Arbeitern kommen sollte, wäre eine Regierungskrise wohl unabwendbar. Denn die Gegensätze zwischen den Sozialisten und der KPF sowie der von dieser Partei beherrschten, in Poissy führenden CGT-Gewerkschaft haben sich in diesem Konflikt zugespitzt.

Den Sprengsatz brachte Premierminister Mauroy am letzten Freitag persönlich an. Seine Entscheidung, das seit vierzehn Tagen wegen Betriebsferien geschlossene und zuvor bestreikte Werk (17 000 Beschäftigte) von rund 500 Betriebsbesetzern zwangsweise räumen zu lassen, damit es zur heutigen Betriebseröffnung hergerichtet ist, wurde von KPF-Chef Marchais und CGT-Boß Krasucki scharf verurteilt. Auf lokaler Ebene sind gestern schon wieder Streik- und Besetzungsparolen ausgegeben worden, vor allem von den Delegierten der (minoritären) linkssozialistischen CFDT, die in diesem Konflikt von Anfang an den Ton angegeben hatte.

Vom Ausgang des Konflikts hängt die neue französische Industriepolitik ab. Dabei geht es konkret um die Frage, wie weit privaten und staatlichen Großunternehmen erstmals in der sozialistischen Ära Massenentlassungen erlaubt werden, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Die in den nächsten zwei bis drei Jahren notwendig werdende Aufgabe von etwa einer halben Million Arbeitsplätzen ist aber bei weitem nicht mehr anderweitig (vorzeitige Pensionierungen usw.) zu bewerkstelligen.

Bei Talbot sind jetzt erst 1905 Arbeiter (davon achtzig Prozent Gastarbeiter) mit ausdrücklicher Genehmigung der Regierung unter bestimmten Auflagen, die für die weiteren Sozialpläne „vorbildlich" sein sollen, entlassen worden. Von diesem Präzedenzfall hängt also die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Frankreichs entscheidend ab. Daraus erklärt sich die Härte der Regierung. Anstatt sich auf endlose Verhandlungen mit den Gewerkschaften einzulassen, will sie ein Exempel statuieren. Dieser Mut verdient Beachtung. Wer aus der Kraftprobe als Sieger hervorgeht, bleibt allerdings noch abzuwarten.

Römische Zweifel

Von Friedrich Meichsner

Das italienische Militärengagement in Libanon wird in Italien zunehmend unpopulärer. Staatspräsident Pertini hat sich zweifellos zum Sprecher der Mehrheit gemacht, als er in seiner Silvesteransprache erklärte: „Wenn in Libanon Bedingungen entstehen, die einen Konflikt auslösen, müssen wir unser Kontingent zurückziehen."

Die Italiener bilden gemeinsam mit den Amerikanern, Franzosen und Engländern eine sogenannte Friedenstruppe, deren erklärtes Ziel es von Anfang an war, sich als Puffer zwischen die streitenden Parteien zu schieben und eine Abkühlung der Gemüter als Voraussetzung für eine nationale Versöhnung in diesem zerrissenen Nahost-Staat zu ermöglichen. Das italienische Kontingent hat seinen Auftrag von vornherein als Hilfs-, nicht als Polizeiaktion verstanden. Es wollte nicht irgendeine bestimmte Friedenslösung durchsetzen, sondern lediglich den innerlibanesischen Aussöhnungsprozeß einleiten und fördern helfen.

Je unglaubwürdiger der Wille zur Versöhnung bei den Libanesen selbst wird, um so deplazierter kommen sich die Italiener jetzt in Beirut vor. Als das römische Parlament der Entsendung des „Friedenskontingents" zustimmte, lag den Abgeordneten sicherlich nichts ferner als der Gedanke, junge Wehrpflichtige ins Feuer zu schicken und sie für oder durch irgendeine der einander bekämpfenden libanesischen Parteien sterben zu lassen.

Sie gaben sich wohl eher der Illusion hin, allein durch Flaggezeigen Libanon befrieden zu können. Die italienischen Soldaten wahrten, wie ihnen kürzlich die „Washington Post" bescheinigte, eine „strikte Unparteilichkeit" in den libanesischen Wirren. Das war bisher ihr bester Selbstschutz. Anders als die Amerikaner und die Franzosen blieben sie von Terrorakten verschont. Der Lösung des Libanon-Problems war diese absolute Zurückhaltung aber nicht viel dienlicher als das militantere – im letzten freilich inkonsequente – Auftreten der Amerikaner und Franzosen. Den fehlenden Versöhnungswillen bei den Libanesen selbst vermochte weder die eine noch die andere Haltung zu ersetzen.

Was bleibt, ist die bittere Erkenntnis, daß eine der wenigen, anfänglich mit großen Hoffnungen begleiteten, Nahost-Initiativen des Westens nicht nur in Rom, Washington, Paris und London unterschiedlich, sondern insgesamt auch falsch konzipiert war und auf ein Fiasko zuzutreiben droht.

Sturm geerntet

Von Rolf Görtz

Wir kämpfen für die Revolution in ganz Spanien und ganz Frankreich – das Baskenland ist für uns nur die Basis." Diese Parole ihrer marxistisch-leninistischen Zielsetzung verkündete die ETA bereits vor 14 Jahren im Prozeß von Burgos.

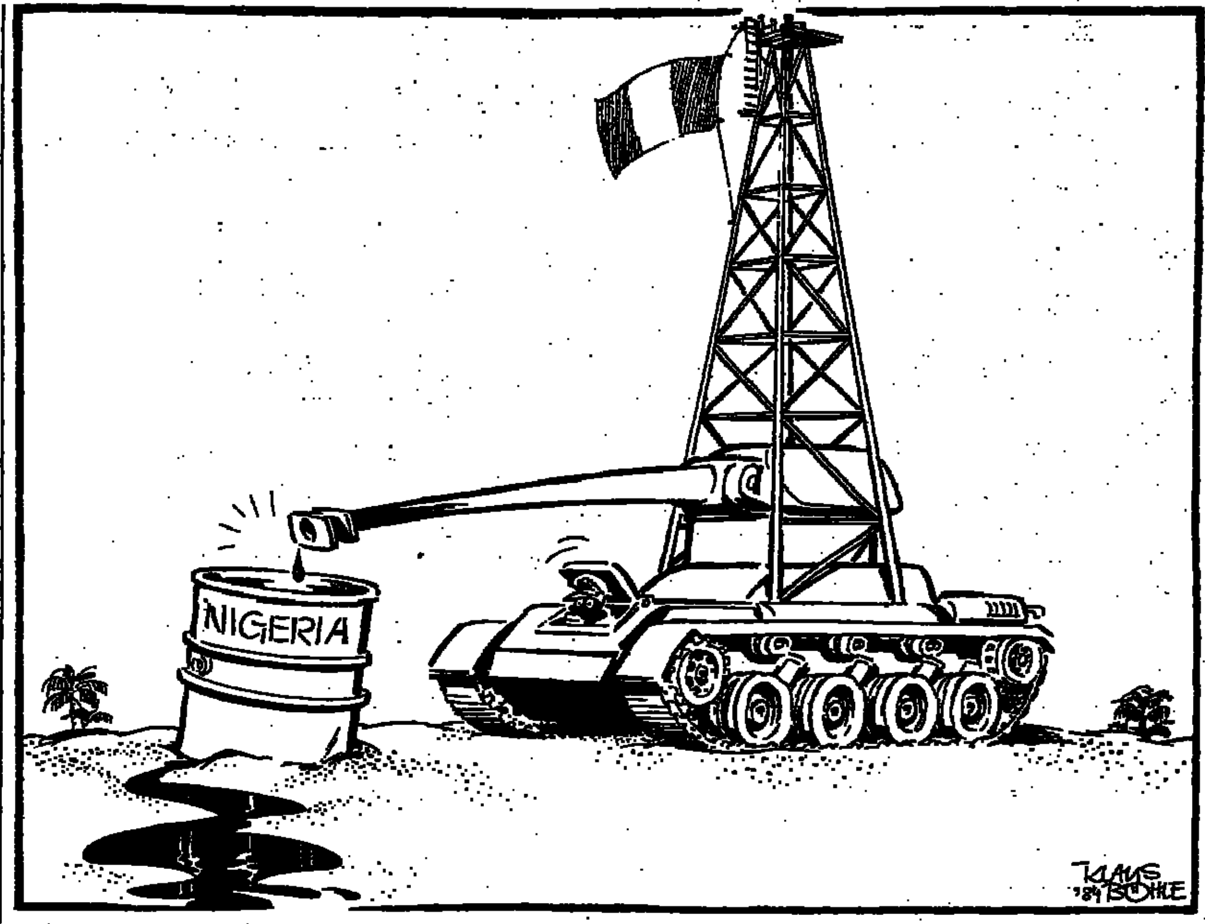
So darf man sich denn auch nicht wundern, daß der schwelende Brand des Bürgerkrieges von der baskischen Basis in Spanien nun auch auf den französischen Teil des Baskenlandes übergreift: In der Klinik von Bordeaux starb einer der führenden Terroristen der ETA – ihm wird die Beteiligung an 27 Morden in Spanien zur Last gelegt.

Seine Mörder nennen sich „Antiterroristische Befreiungsgruppe" (GAL). Wer das ist, weiß man nicht. Und die Vermutung, daß hier eine Zusammenarbeit mit der spanischen Polizei existiert, liegt nahe.

„Wer aber vom schmutzigen Krieg redet, dem muß klar gesagt werden, daß diesen Krieg die ETA entfesselte", sagte Ministerpräsident Felipe Gonzalez vor einer Woche. Und nach den Schüssen in Bayonne fügte der Chef der Guardia Civil, General Santamaria, nur lakonisch hinzu: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten." Natürlich betonte Felipe Gonzalez, daß er nicht an eine Zusammenarbeit mit der Polizei in diesem schmutzigen Krieg glaube. Er sagte aber auch, wie dergleichen vermieden werden könne: nämlich durch die internationale Zusammenarbeit der Polizei, hier zwischen Frankreich und Spanien.

Gonzalez hat völlig zutreffend festgestellt, daß es sich bei den in Frankreich auftauchenden Terroristen der ETA nicht um politische Flüchtlinge handelt, die den Schutz des Asyls in Anspruch nehmen könnten. „Wir sind schließlich keine Diktatur mehr, wir haben alle Etarras amnestiert", erinnerte Spaniens Ministerpräsident an die vom Volke demokratisch bestätigte Verfassung.

Wenn die so Amnestierten dennoch weiter morden, darf das natürlich nicht zur Selbstjustiz der Polizei führen. Aber die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie verlangen zu ihrem Schutz internationale Konsequenzen – auch wenn sie zu Unbequemlichkeiten im Nachbarlande führen.



Militär-Wirtschaft

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wohltätig ist des Feuers Macht

Von Heinz Pentzlin

Die Wirtschaftskriminalität – was man auch immer unter diesem Begriff verstehen mag – ist in erheblichem Ausmaß gestiegen. Es ist eine seit langem bekannte Erscheinung, daß sie stets mit sinkender Konjunktur wächst.

In früheren Zeiten haben in Notlagen die Brandfälle zugenommen. Ein Bauer, der seine Ernte nicht verkaufen konnte, um den fälligen Saatkredit zurückzuzahlen; ein Kaufmann, der auf einem schlecht absetzbaren Warenlager saß und nicht mehr wußte, wie er die Zinsen für seine Kredite aufbringen konnte – sie erlagen schon mal der Versuchung, sich „heiß" zu sanieren: über die Feuerversicherung.

Doch seit längerem schon überwiegen andere Methoden der illegalen Geldbeschaffung – mit einem „Frisieren" der Bilanz, etwa dadurch, daß Aktiva mit höheren Werten angegeben werden, als sie wirklich besitzen, oder daß Forderungen an Kunden, die nicht mehr einbringbar sind, noch weiter angeführt werden, oder auch Forderungen frei erfunden und als Aktiva verbucht werden – so schaffen sie sich Kreditunterlagen und nehmen darauf Kredite auf.

Neben diesen aus der Not zu kriminellen Handlungen Greifenden betätigen sich in zunehmendem Umfang Kriminelle, die ohne einen solchen Anlaß sich mit betrügerischen Handlungen bereichern. Man könnte sie als „geborene" Kriminelle ansehen, um mit dem Anthropologen Cesare Lombroso zu sprechen, der den „deliquente nato" von den Verbrechern schied, die durch die Umstände zu verbrecherischen Handlungen verleitet wurden, während der geborene Verbrecher die günstigen Umstände für die Ausführung des Verbrechens sucht.

In der gegenwärtigen Zunahme der Wirtschaftskriminalität wird erkennbar, daß wir es hier – um in der Sprache der Wirtschaftstheorie zu sprechen – neben einem „konjunkturellen" auch mit einem „strukturellen" Vorgang zu tun haben. Die kriminelle Aktivität hat nicht nur im Zusammenhang mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage, sondern allgemein zugenommen. Das zeigt sich – leider – auch in anderen Bereichen als der Wirtschaft.

Faßt man den Begriff „Wirtschaftskriminalität" weiter, als es gemeinhein geschieht, und betrachtet man nicht nur die „großen" Betrugsmanöver, Fälschungen, Kreditbetrug und dergleichen, sondern bezieht alles mit ein, was im Wirtschaftsleben heutzutage illegal und unter betrügerischer Ausnutzung von gesetzlichen Regelungen geschieht, dann müßte man entsetzt sein über das Ausmaß, mit dem so vieles von kriminellen Handlungen durchsetzt ist. Nur entsetzen wir uns nicht, weil dies so alltäglich geworden ist.

Jede Schwarzarbeit gegen Entgelt oder andere Gegenleistung ist auf der einen Seite der Beteiligten ein doppelter Betrug und auf der anderen zumindest Mithilfe zum Steuerbetrug und Hinterziehung von Sozialabgaben. Das gilt nicht nur für die Beschäftigung von illegal über die Grenze gebrachten Ausländern, sondern für jeden, der in seiner Freizeit „schwarz" arbeitet und für jeden, der ihn beschäftigt. Wie auch für jeden, der „ohne Rechnung" verkauft oder eine Dienstleistung verrichtet und jeden, der hier mit seiner Zahlung Mithilfe leistet.

Rechtsbrecherisch handelt jeder Arbeiter und Angestellte, der ohne wirklich krank zu sein, „krankfeiert" und dabei die Lohnfortzahlung und Krankengeld in Anspruch nimmt. Er ist im Grunde ein Betrüger, der sich auf Kosten seiner Arbeitskameraden einen Vorteil, die arbeitsfreien Tage, verschafft. Wenn diese Betrügereien nicht stattfinden würden, dann würde das sicher in den Beitragssätzen der Sozialversicherung einen spürbaren Ausdruck finden.



Wo schlechte Konjunktur für Hochkonjunktur sorgt: Schwarzarbeit FOTO: POLY-PRESS

Woran liegt es, daß diese Wirtschafts- oder auch Sozialdelikte so wenig beachtet werden, daß man so leicht über sie hinwegsieht, obwohl sie in ihrem Gesamtumfang sicherlich mit ebenso großen, wenn nicht mit noch größeren Beträgen als die „große" Wirtschaftskriminalität zu Buche schlagen? Sicherlich hängt dies damit zusammen, daß so viele daran beteiligt sind. Doch warum beteiligen sich so viele daran? Das hat in der Hauptsache – neben vielen anderen – zwei zum Teil miteinander zusammenhängende Ursachen.

Einmal ist der Gemeinsinn, das Verantwortungsgbewußtsein des einzelnen für die Gesamtheit, geschwunden. Nachdem in der Hitlerzeit das Gemeinschaftsbewußtsein überspannt wurde, während der Wert des einzelnen zu gering geschätzt und seine freie Betätigungsmöglichkeit zu sehr eingeschränkt wurde, hat danach der Individualismus eine Übersteigerung erfahren. Das Gemeinschaftsbewußtsein hat drarüber an Kraft verloren.

In dieser Situation werden vom Staat als der Gemeinschaft der Staatsbürger an den einzelnen finanzielle Forderungen in einem allzu hohen Ausmaß gestellt. Es sind ja nicht nur die Unternehmen und die Haushalte mit hohen Einkommen, die über die Hälfte dieses Einkommens an den Staat abzuführen haben. Auch den Angestellten und Arbeitern mit geringerem Einkommen bleibt von jeder Gehalts- und Lohnsteigerung, die sie nominell in der Zeit geringen wirklichen Fortschritts noch erreichen können, nur noch knapp die Hälfte. Alles andere verschlingen Steuern und Sozialabgaben.

Diese Anforderung der Staatskasse empfindet fast jeder als unangemessen und somit ungerecht. Sie zu vermeiden, wird nicht als kriminell angesehen. Ein erster Schritt zur Verminderung der hieraus erwachsenden illegalen Handlungen wäre eine fühlbare Selbstbeschränkung des Staates. Mit seinen übersteigerten Belastungen überfordert er nicht nur die wirtschaftliche Kraft, sondern auch die Moral und den geschwächten Gemeinsinn seiner Bürger.

IM GESPRÄCH Charles Hernu

Frankreich an der Elbe

Von August Graf Kageneck

Weihnachten und Neujahr verbrachte er bei den französischen Soldaten in Beirut. Charles Hernu weiß, was er seinem Ruf als beliebtester Minister des Pariser Kabinetts schuldig ist. Hernu muß die Stimmung seiner Fallschirmjäger und Marine-Infanteristen aufrechterhalten. Das ist eine um so schwierigere Aufgabe für den Verteidigungsminister Frankreichs, als er selber nicht mehr vom Erfolg einer Mission überzeugt ist, die sein Chef und Parteifreund Mitterrand noch als „wesentlich für die Rolle Frankreichs im Nahen Osten" bewertet. Demgemäß hat er einen ersten Teilrückzug von mehreren hundert Mann zurück zur UNO-Friedenstruppe Unifil angeordnet.



Zu den Festtagen nach Libanon: Hernu FOTO: CAMERA PRESS

Die Zeiten, in denen der Verteidigungsexperte der Sozialistischen Partei in langen Jahren der Opposition seine Reformtheorien von einem Volksheer als Speerspitze des Sozialismus und als Gegenkraft gegen die Reaktion entwickelte, liegen lange zurück. Wie überall anderswo hat sich auch in den Kasernen der Sozialismus an den Realitäten blaue Flekken geholt. Ausgerechnet der Sozialist Hernu war es, der französische Berufssoldaten nach Tschad und Libanon schicken mußte, heilfroh, daß er hier auf eine gut ausgebildete und schnell greifbare Reserve zurückgreifen konnte. Einst hatte der Gendarmensohn vor einer Überhandnahme der Berufsarmee als Gefahr für die Republik gewarnt.

Ähnlichen, für die Nachbarn relevanteren Wandel erfuhr Hernus Weltbild auch im europäischen und atlantischen Raum. Die Sozialisten haben Frankreich nicht in die NATO zurückkehren lassen, aus der de Gaulle es 1966 herausholte. Aber sie praktizieren eine Bündnispolitik, die einem solchen Schritt sehr nahe, jedenfalls viel näher kommt als je zuvor unter ihren bürgerlichen Vorgängern. Französische Truppen in der Bundesrepublik nehmen systematisch an gemeinsamen Manövern des Bündnisses auf deutschem Boden teil. Bilaterale deutsch-französische Übungen häufen sich. Die Zahl der Patenschaften zwischen deutschen und französischen Bataillonen und Kompanien nimmt ständig zu.

Hätte es eines weiteren Beweises für Frankreichs Solidarität mit dem Bündnis bedurft, so ist er durch die Aufstellung einer „schnellen Eingreiftruppe" (FAR) erbracht, deren Aufgabe expressis verbis es ist, als „Feuerwehr" der NATO an den Brennpunkten einer Schlacht in Europa eingesetzt zu werden.

„Frankreich könnte nicht frei sein, wenn die Bundesrepublik Deutschland ihre Freiheit verloren hätte." Mit diesem simplen Satz vor den Abgeordneten des Deutschen Bundestages hat François Mitterrand vor einem Jahr dokumentiert, wo Frankreichs Lebensinteressen beginnen: an der Elbe, nicht erst am Rhein. Charles Hernu, der Fachmann, setzt diese Doktrin zäh in die Praxis um. Daß er dies unbeirrt parallel zu Frankreichs schwerem Alleingang in der Sahara und im Nahen Osten tut, nötigt besonderen Respekt ab.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hannoversche Allgemeine

Zur Kohl-Rede zum Jahreswechsel heißt es hier:

Weiterhin sparsam zu wirtschaften, lautet die eine These seiner Botschaft zur Jahreswende. Sie ist richtig, obwohl sie vielen befremdlich klingen wird. Die andere aber, jeder einzelne solle bereit sein, mehr zu leisten, wird manchen sogar weltfremd erscheinen. In einer Zeit, da eine radikale Verkürzung der Wochenarbeitszeit weithin als neue Heilsbotschaft verkündet und geglaubt wird, muß schon hoffnungslos rückständig erscheinen, wer dem allgemeinen Anspruchsdenken mit dem Hinweis auf Tugenden wie Fleiß und Leistungen begegnet.

Bild

Zur Einführung des Kabelfernsehens bemerkt das Massenblatt:

Der 1. Januar 1984 wird in die Fernsehgeschichte eingehen. Was 4000 Zuschauer zwischen Mannheim und Ludwigshafen erlebten, war die Geburtsstunde des freien Fernsehens in der Bundesrepublik ... SPD-Geschäftsführer Glotz hatte private TV-Pläne der Zeitungsverlage eine „Kriegserklärung" genannt. Und Ex-Bildungsminister Engholm (SPD) sah „extreme Gefahren". Jetzt ist der Damm gebrochen. Der mündige Bürger hat das Wort.

The Daily Nation

Die kenianische Tageszeitung meint, der Putsch in Nigeria „zeigt die Zerbrechlichkeit unserer Institutionen und demonstriert, daß das Bemühen um die Institutionalisierung von Demokratie in Afrika vermutlich nur ein Traum bleiben wird":

Sowohl hinsichtlich der Führung der Wirtschaftspolitik als auch hinsichtlich der Beseitigung der weitverbreiteten Korruption in Nigeria überzeugen die Generäle nicht. Wollen sie uns weismachen, daß sie jetzt bessere Ideen zur Wirtschaftspolitik und Ausrottung der Korruption haben als in den 13 Jahren, in denen das Militär bereits geherrscht hat? Erst im vergangenen August haben die Nigerianer ihre Unterstützung für eine zivile Regierung gezeigt, als sie an den Wahlurnen über ihre politische Führung entschieden. Wer dies so schnell zur Seite fegt, leistet weder den Millionen nigerianischen Wählern noch jenen, die anderswo den Volkswillen unterstützen, einen Dienst.

NEUES DEUTSCHLAND

Unter der Überschrift „Dem 35. Jahrestag unserer Republik entgegen – Start in das Planjahr 1984", schreibt das SED-Zentralorgan:

Kein Zweifel, der Plan 1984 verlangt viel. Wir wissen, warum ... Untrennbar ist das verbunden mit unserem Beitrag zur Sicherung des Friedens. In stürmisch bewegter Zeit werden wir so an der Seite der Sowjetunion und der anderen Bruderländer unserer geschichtlichen Verantwortung als eines Eckpfeilers des Friedens und des Sozialismus in Europa gerecht.

Le Quotidien de Paris

Die Pariser Zeitung sucht die Verantwortlichen für die Bahnanschläge in Südfrankreich im Nahen Osten:

Die beiden Bomben, die in Marseille und im TGV explodiert sind, bestätigen, daß das Schlachtfeld des Nahen Ostens jetzt auf das französische Gebiet ausgedehnt worden ist. Nach Beirut und Kuwait sind die Terroristen bereits entschlossen, im Herzen des Allerheiligsten zuzuschlagen. Sie wollen damit Angst wecken, Zweifel an der Nützlichkeit der französischen Verpflichtungen provozieren und defaitistische Instinkte nähren.

Kolumbiens riskantes Modell für einen Dialog mit dem Terror

Die Armee soll ganze Landstriche räumen / Von Günter Friedländer

In den ersten Januartagen arbeitet die Contadora-Gruppe unter der Leitung des Präsidenten Betancur ein Jahr daran, Mittelamerikas Bürgerkriege nach dem Modell der kolumbianischen Amnestie zu beenden.

Für unverbesserliche Optimisten ist die beste aller Welten nahe: Kolumbiens Guerrilla hält mit Betancur im neutralen Spanien, mit dem Volk im Fernsehen und mit der Presse in ideologischen Diskussionen Dialoge ab. Man möchte vergessen, daß sie dennoch weiterkämpft, ebenso wie viele vergessen, daß nicht der Dialog Frieden stiftet, sondern der souveräne Akt des Staates, den Guerrilleros Straflosigkeit für ihre Vergehen und die Rückkehr in das bürgerliche Leben anzubieten.

Die Guerrilla erklärt es anders: Sie hat kein Unrecht begangen. Sie bekämpft das Unrecht, das nach ihrer Meinung die Gesellschaft täglich verübt, ist aber zum Verzeihen bereit. Sie hat sich in Waffen erhoben und hat deshalb auch das Recht, das Ende des Krieges anzubieten. Davon macht sie Gebrauch und stellt Kolumbien zum Jahreswechsel als Antwort auf die Amnestie abermals die Grundbedingungen für das Ende der Kampfhandlungen:

1. Erklärung eines Waffenstillstands,
2. Rückzug des Heeres aus den Kampfgebieten,
3. nationaler politischer Dialog,
4. ein Mindestprogramm von Reformen.

Für die Guerrilla ist die Amnestie nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Was sie mit dem bewaffneten Aufstand nicht erreichte, soll ihr nun durch die Amnestie in den Schoß fallen.

Die Führer der Guerrilla bedienen sich einer gewieften Taktik: Sie spielen mit der Sentimentalität einer des Bürgerkriegs müden Gesellschaft, der sie einreden, daß der Friedensprozeß von den Guerrilleros große Zugeständnisse fordere, nachdem sie bereits um ihrer Ideale willen große Opfer gebracht hätten. „Wem könnte wohl dieses abenteuerliche Leben im unbarmherzigen Dschungel gefallen, wo sie aller Bequemlichkeit eines normalen Lebens beraubt sind?", fragt einer der ideologischen Hintermänner des linken Extremismus in der größten Tageszeitung des Landes. Von dort geht es in kühnem Gedankensprung zur Frage: Kann man etwa von ihnen erwarten, daß sie fünfundzwanzig Jahre solche Opfer brachten, nur um nun eine Amnestie anzunehmen? Was haben sie denn überhaupt getan, das den Begriff Amnestie rechtfertigte?

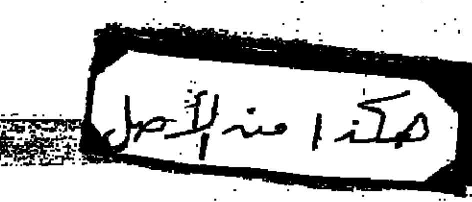
Die zu Berufstätigen der Revolution erzogenen Führer der Guerrilla wollen sich die auch ihnen erwünschte Beendigung des bewaffneten Kampfes teuer abkaufen lassen. Indem sie einen Waffenstillstand vor der Amnestie fordern, erkennen sie dem Staat das Recht ab, sie als Aufständische oder gar als Kriminelle zu behandeln. Sie wollen sich in die Rolle gleichberechtigter Partner in den politischen Prozeß einschleichen, die ihnen nicht zukommt, denn sie wollen auch weiter den Staat zerstören.

Ebenso unannehmbar ist der Rückzug des Heeres aus den Kampfgebieten. Es ist genau umgekehrt: Im Rahmen der Amnestie muß die Guerrilla die Kampfgebiete den Organen des Staates überlassen, zu denen das Heer gehört. Die Guerrilla will den Keim zu einem Umsturz legen. Betancurs Zukunft ist mit dem Schicksal der Amnestie verbunden. Das könnte ihn zum Nachgeben bewegen. Würde er das Heer aus einem Gebiet zurückrufen wollen, dessen Verteidigung die Aufgabe des Heeres ist, könnten die Generäle sich weigern, einem Befehl nachzukommen, der die Verfassung des Landes verletzt. Nichts würde den Absichten der Guerrilla besser dienen als die Absetzung eines Präsidenten, der zu einem Märtyrer des Friedensprozesses, den es niemals gab, umfunktioniert werden würde.

Noch wirklichkeitsfremder sind die übrigen Forderungen. Was ist ein „nationaler Dialog"? Das müßte definiert, dafür müßten Mechanismen geschaffen werden, bevor man ihn veranstalten kann. An sich findet die politische Auseinandersetzung in der Demokratie vor und an der Wahlurne statt. Soll es nun einen privilegierten Gesprächspartner geben? Und man möchte schließlich auch gern wissen, wer über die Mindestreformen entscheidet, wenn nicht die Guerrilla, die doch nicht umsonst 25 Jahre dafür gekämpft haben kann ...

Es wird immer deutlicher sichtbar, daß der „Dialog" nicht als Weg zum Frieden, sondern als Verlängerung des Bürgerkrieges ohne Gebrauch der Waffen gedacht ist.

Der kolumbianische Prozeß kann nur als Modell für Mittelamerika verstanden werden, wo die gleichen Partner – legitime Regierungen und die illegitime Guerrilla – unter der Leitung des gleichen Mannes, Betancur, über Frieden reden sollen. Je mehr aber Betancurs politische Zukunft mit dem positiven Ausgang der Befriedung identifiziert ist, desto mehr Bewegungsfreiheit muß er verlieren. Eine Zeitung in Kolumbien stellte denn auch die Frage, wie lange man eigentlich noch die Rolle derer spielen soll, die von Marxisten nützliche Idioten genannt werden.



Drei Gruppen von Ausländern droht die Abschiebung

Nach dem spektakulären Selbstmordfall Altun kam es nun in der Berliner Anstalt für Abschiebehäftlinge offenbar zu einer Protestaktion, bei der sechs Ausländer verbrannten. Wer kann abgeschoben werden, welche Ausnahmen gibt es, wie sind die Rechtsgrundlagen?

Von F. DIEDERICHS

Im Jahre 1982 waren es 756, im vergangenen Jahr rund 1500 Ausländer, die aus Berlin abgeschoben wurden – ein Drittel von ihnen Asylbewerber, die sich nach Ablehnung ihres Asylantrages geweigert hatten, der Aufforderung zur Ausreise nachzukommen. Die Abschiebung als „letzte aller Maßnahmen", so Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) zu einem staatlichen Mittel, das in Paragraph 13 des Auasländergesetzes festgeschrieben ist und in Berlin vor allem bei drei „Zielgruppen" praktiziert wird:

● Abgeschoben werden Asylbewerber, deren Antrag rechtskräftig abgelehnt wurde und die sich weigern, freiwillig das Bundesgebiet zu verlassen – laut Statistik der Berliner Innenverwaltung etwa ein Drittel aller Abgeschobenen.

● Abgeschoben werden bei Polizeikontrollen aufgegriffene Ausländer, die über ungültige, gefälschte oder gar keine Papiere verfügen. Sie reisen nach Berlin in den meisten Fällen über den Ostberliner Flughafen Schönefeld ein, wo „lasche Kontrollen", so ein Senatssprecher, die nahezu problemlose Wanderung über den „Ameisenpfad" des Ostberliner Bahnhofs Friedrichstraße in den freien Teil der Stadt ermöglichen. Dieser Personenkreis macht mehr als die Hälfte aller Abschiebehäftlinge aus.

● Abgeschoben werden auch Straftäter, die in der Regel sofort nach Verbüßung ihrer zumeist wegen Rauschgifthandels verfügten Haftstrafen in Abschiebehaft überführt werden, wenn kein Asylverfahren läuft, dessen Ausgang abgewartet wird. Im vergangenen Jahr waren zehn Prozent der Ausgewiesenen Straftäter. Der Anteil der Ausländer an Rauschgiftdelikten in Berlin beträgt „traditionell", so die Statistiker, zwischen 40 und 50 Prozent, jeder dritte ist ein Araber, jeder vierte ein Pakistani und jeder fünfte ein Türke.

In der einzigen Berliner Abschiebehaftanstalt im Bezirk Steglitz herrscht so ein stetes Kommen und Gehen – die Verweildauer in den für rund 70 Häftlinge konzipierten fünf Zellenblöcken beträgt in der Regel nur wenige Tage, bis die Flüge – auf Senatskosten – in die Heimat der Abzuschiebenden gebucht sind. In seltenen Fällen verbringt der Abschiebehäftling mehr als sechs Wochen im Polizeigewahrsam – eine Zeit, die nach Paragraph 16 des Ausländergesetzes möglichst nicht überschritten werden sollte.

Die nach geltendem Recht getrennte Behandlung der Asylfrage und der Frage der Zulässigkeit von Abschiebungen hat in der Vergangenheit auch in Berlin für Verwirrung und Unzufriedenheit unter Betroffenen und Behörden geführt. Eine Prüfung des Ausländergesetzes, vor dem Hintergrund des Freitodes des türkischen Asylbewerbers Cemal Altun im August 1983 vom Bundesjustizministerium veranlaßt, könnte auch zur Lösung eines besonderen Spannungsverhältnisses führen, das in Berlin seit zwei Jahren für Zündstoff sorgt.

Das Berliner Verwaltungsgericht stoppte die beabsichtigte Abschiebung von Asylbewerbern, die wegen Drogenhandels rechtskräftig verurteilt worden waren und gegen die geplante Abschiebung Rechtsmittel eingelegt hatten. Die Begründung: „Die innere Sicherheit Berlins ist durch die Rauschgifthändler nicht gefährdet." Eine Argumentation, die gerade jetzt wieder, angesichts eines neuen Rekordes von 76 Drogentoten im letzten Jahr an der Spree, für Verstimmung sorgt. Gegen einen dieser Richtersprüche legte der Berliner Senat – um ein Grundsatzurteil zu erzielen – Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht ein.

Dieses manövrierte sich im März 1983 geschickt aus der Verantwortung, als es nicht über die Abschiebung und die Frage der „inneren Sicherheit" selbst befand, sondern lediglich über das während des Rechtsstreites noch nicht abgeschlossene Asylverfahren: Der Rauschgifthändler sei nicht abzuschieben, sagten die Richter und wiesen die Senatsbeschwerde zurück, da dem Rauschgifthändler in seinem Heimatland selbst „Gefahr für Leib und Leben" drohen könnte, was letztlich im Asylverfahren geklärt werden müsse.

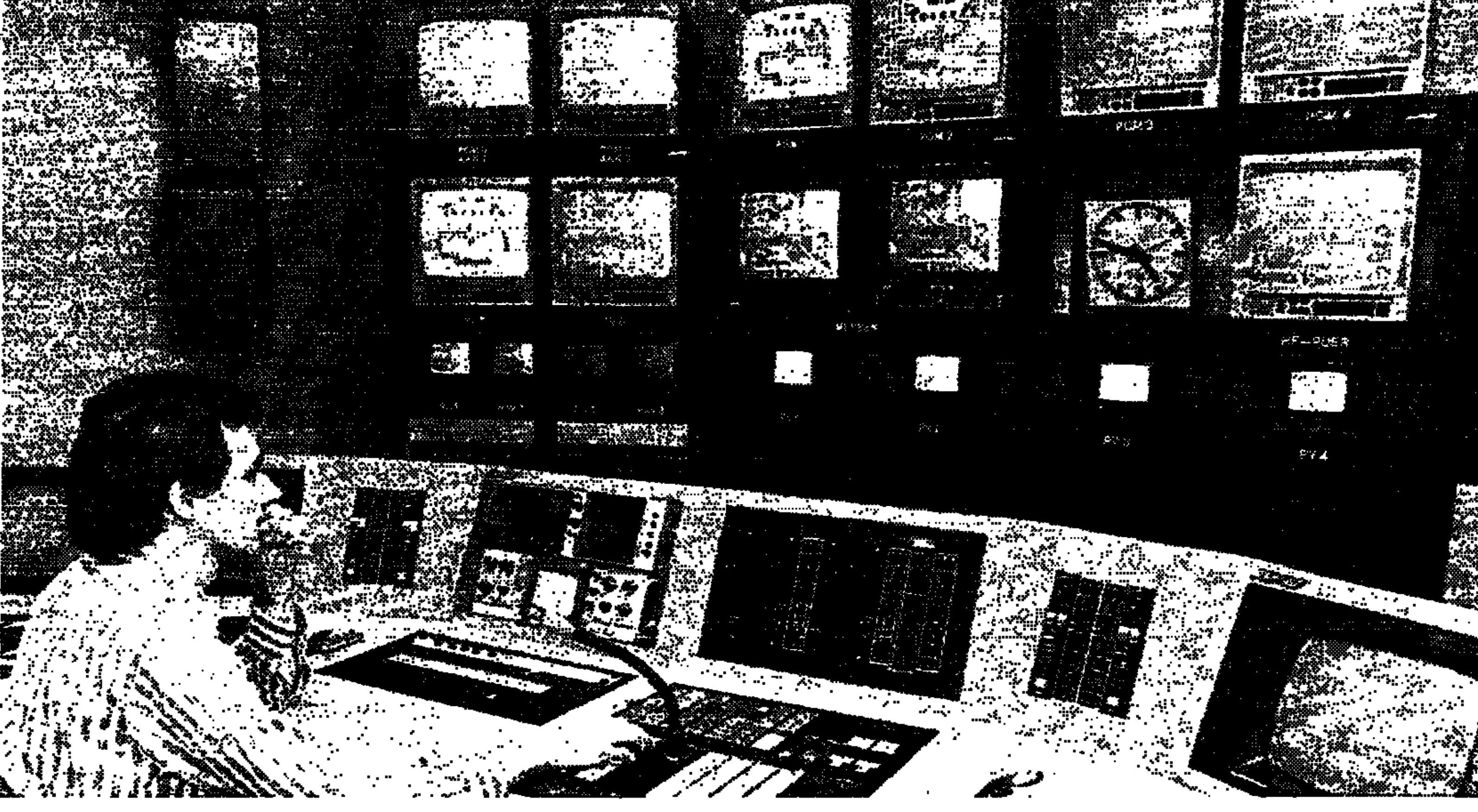
Die Bewerber-Flut ebbt ab

Wie groß die Zahl der Personen in Abschiebehaft in der Bundesrepublik insgesamt ist, kann zentral nicht festgestellt werden: 600 Ausländerbehörden in den Bundesländern sind für Asylanträge zuständig. Das „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" in Zirndorf bei Nürnberg entscheidet zwar über Asylanträge, jedoch sagt die Zahl der hier registrierten Ablehnungen nichts darüber aus, was mit den Asylanten dann tatsächlich geschieht.

Ein Großteil der Abgelehnten, zum Beispiel grundsätzlich alle, die aus dem Ostblock kommen, zur Zeit auch Flüchtlinge aus Libanon, werden nicht abgeschoben.

Das Ausländergesetz sieht eine Abschiebung von Ausländern dann vor, wenn „die freiwillige Ausreise nicht gesichert ist oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung eine Überwachung der Ausreise erforderlich scheint". In der Haft können Personen, die lediglich illegal eingereist sind, zusammen mit Ausländern einsitzen, denen kriminelle Handlungen vorgeworfen werden.

Gegen seine Nichtanerkennung als Asylant kann der Ausländer seit 1982 nur noch mit einer einzigen Klage vorgehen. Nachdem 1980 eine Flut von 108 000 Asylbewerbern in die Bundesrepublik und nach Berlin gekommen waren, verstopften 60 000 Asylklagen die Verwaltungsgerichte aller drei Instanzen. 1983 kamen nach offiziellen Angaben rund 20 000 Asylbewerber, im Vorjahr waren es noch 30 000 gewesen. E. N.



Premiere in Ludwigshafen: In der Anstalt für Kabel-Kommunikation wird der Sendebetrieb der acht Fernseh-Kanäle kontrolliert FOTO: DPA

Ein Start nicht ohne Fehl und Tadel

Neujahrstag, 9 Uhr 45: Beginn eines neuen Fernsehzeitalters in der Bundesrepublik. Das erste von vier geplanten Kabelpilotprojekten strahlt in Ludwigshafen und Umgebung Programm aus. Unter den acht neuen Kanälen sind die ersten mit privaten Veranstaltern. Nach zwölf Stunden vor dem Bildschirm die verblüffende Erkenntnis: Die Vielfalt schafft Distanz.

Von JOACHIM NEANDER

Ein Hit ist das Kabelfernsehen sicher noch nicht. Selbst Taxifahrer gucken in Ludwigshafen bei dieser Zielangabe ratlos, man muß ihnen helfen: irgendwo zwischen Schlachthof und Hauptfriedhof. Das Elf-Millionen-Mark-Gebäude der Sendezentrale steht ja auch erst seit ein paar Wochen.

Rund 1200 Haushalte sind jetzt angeschlossen (2000 weitere Anträge liegen vor). In einigen haben sich an diesem Premierentag Journalisten eingenistet. Sie wollen miterleben, wie die Familien sich ums Programm keilen. Nein, über zuviel öffentliche Begeisterung brauchen die Damen und Herren dieser ersten Stunde sich nicht zu beklagen.

Eigentlich soll um 10 Uhr 30 die private PKS mit ihrem Programm – sie ist mit ihrem stattlichen Film- und Serien-Fundus so etwas wie die Pilotin des ganzen Projekts – den Anfang machen. Aber der sogenannte Offene Kanal, wo Bürger (was immer man darunter verstehen möchte) unzensiert Eigenes vorführen können, prescht vor: Die „Videogruppe Cut" lädt schon 45 Minuten früher ein zu einem „Rückblick auf 1984".

Ganz sicher scheinen die Verantwortlichen nicht zu sein, ob nicht schon hier der große Eklat bevorsteht, Aufruf zur Revolution oder so. Aber der selbstgemachte Film (kostenlos mit den Einrichtungen der Anstalt für Kabel-Kommunikation) entpuppt sich anders, als nicht ohne Witz gestaltete, fiktive TV-Sendung vom 1. Januar 1989 mit einem Rückblick auf die schreckliche Zeit von 1984, mit dem total verkabelten Bürger und dem Offenen Kanal als einer Art „atomwaffenfreier Zone" in diesem Orwell-System.

Aber, gottlob, die Welt ist damals nicht untergegangen. Die linke Wende kam dem Untergang zuvor. 1989, das ist rotgrünes Zukunftsglück. Bundeskanzler (na, wer wohl?) Oskar Lafontaine, der Führer der öko-sozialen Koalition in Bonn, wird mit einer Neujahrsansprache angekündigt. Die Amis (vor Schreck) haben ihre Truppen abgezogen, die Wälder (aus Anstand?) haben plötzlich aufgehört zu sterben.

Das Kabelfernsehen ist wieder abgeschafft, die Ludwigshafener Sendezentrale ist wieder abgerissen, an ihrem Platz soll demnächst ein „Kommunikationspark' entstehen („fast noch schlimmer als Orwell", seufzt ein Mitzuschauer).

Statt der „umsatzorientierten" TV-Landschaft des Jahres 1984 gibt es 1989 nur noch das ÖDF (Öffentliches Deutsches Fernsehen) mit einem aussschließlich „problembewußten" Programm. Die interessante Frage, ob die Probleme dann auch die Kosten tragen, wird ausgespart.

Mit dem Sektglas von einer Stunde Null zur anderen

Aber das rotgrüne Glück endet melancholisch. Im Abspann gibt die Videogruppe kund, dies werde ihre letzte Sendung bei diesem Projekt sein. Sie wolle nicht, daß der Offene Kanal als gehätscheltes Alibi für die hinter allem steckende Industrie herhalte. Bis zuletzt weiß man nicht, wieviel versteckte Selbstironie da in die linke Fernseh-Utopie hineingemixt ist.

Der Frühstart des Offenen Kanals hat die anderen offenbar etwas nervös gemacht. Die PKS drückt anderthalb Minuten zu früh auf den Sendeknopf und muß später ein Pausenbild einschieben.

Und dann schwillt die Vielfalt von Stunde zu Stunde. Eilig hasten die Verantwortlichen, Sektglas in der einen, Sandwich in der anderen Hand, durch das Gebäude: von einer Stunde Null zur nächsten. EPF (privat) plus ZDF 2 (mit zeitversetztem ZDF-Programm), Music-Box plus Bürgerservice, das englische Sky-Satellitenprogramm, das erst nach einigen Schwierigkeiten der Post zu sehen ist, der ZDF-Musikkanal, das Süwestfunk-Bildungsprogramm. Nur der Kanal S 17, eigentlich mit „Neues aus Worms" angekündigt, bleibt starres Testbild: Beginn erst am 2. Januar, aus Worms offenbar nichts Neues.

Eigenartige Beobachtungen beim Spielen mit den Knöpfen. Die Privaten mühen sich (mit Ausnahme von PKS und den Engländern), öffentlich-rechtlicher zu wirken als die Öffentlich-Rechtlichen. Dunkelgekleidete, ernste Damen und Herren schütteln einander glückwünschend die Hände und halten tiefschürfende Referate darüber, warum sie um des Himmels willen hier Fernsehen machen wollen. Wer mag ihnen zuschauen?

Die Nachrichten im PKS-Programm steuert die FAZ-Redaktion aus einem eigenen Frankfurter Studio bei. Man spürt deutliches, erfolgreiches Bemühen um Schnelligkeit und Aktualität. Aber auf dem Bildschirm hat auch Seriösität ihre Grenzen. Die Mittagsnachrichten verliest eine Redakteurin, gegen deren eisige Distanziertheit einen ARD-Köpcke fast an Lou van Burg erinnert. Alles Erfahrungen, die man erst machen muß.

Die Öffentlich-Rechtlichen dagegen setzen alles dran, so zu agieren, wie sie glauben, daß die Privaten es machen werden. Das ZDF greift mit beiden Händen tief und ungeniert in die Schnulzenkiste. Und das eigentlich so trockene Bildungsprogramm des Südwestfunks bietet an diesem ersten Tag zur Einführung das Lockerste, Lustigste, was an Eigenproduktion überhaupt zu sehen ist.

Und dann ein stundenlanges Schwelgen. Charles Aznavour und Robert Hossein (in englischer Sprache) in atemberaubender Verfolgungsjagd. Der Bischof von Speyer spricht ein Grußwort. Elizabeth Taylor als alternder Star in Agatha Christie's „Mord im Spiegel" gleich zweimal, kurz nach sieben im ZDF 2, später in ZDF 1 noch einmal. Burt Reynolds, Heinz Schenk, ein Kirchenchor aus Schifferstadt, regionaler Sport, die PKS mit Jean-Paul Belmondo. Schon um die Mittagszeit hat PKS-Geschäftsführer Jürgen Doetz den ersten Zuschaueranruf erhalten. Doch nein, noch nicht das heiß ersehnte Echo, nur ein Hilferuf: „Ich möchte heute abend Belmondo sehen, aber ich finde Ihren Kanal nicht, welchen Knopf muß ich drücken?"

Nur im Offenen Kanal hockt immer noch eine eher deprimiert dreinblikkende Diskussionsrunde. Die Frage, ob der offene Kanal einen Sinn hat und welchen, scheint unlösbar. Eine Viertelstunde früher als vorgesehen liegt keine Wortmeldung mehr vor. Auch die Sendeankündigungen für dieses in der ganzen Bundesrepublik mit großer Aufmerksamkeit verfolgte Fernsehexperiment sind bisher sehr spärlich.

Eine Warnung an die Pessimisten

Nach diesem ersten Sendetag, nach zwölf Stunden Spiel mit allen Knöpfen, sind die Gefühle natürlich widersprüchlich. Beide Seiten, die Macher und die Konsumenten, müssen es noch lernen. Bis jetzt ist noch kein Fitzelchen Werbung dabei. Ein Witzbold provoziert: „Die werbetreibenden Firmen rufen die Zuschauer einzeln an, das ist billiger."

Vieles scheint noch ungewiß an diesem Abenteuer mit der TV-Vielfalt, vor allem die Frage der Programmkosten und der Resonanz beim Zuschauer. Entscheidend wird zum Beispiel auch die Zukunft der Satellitenprogramme sein.

Aber auch die Pessimisten seien gewarnt. Als Prophet lebt man in dieser Branche gefährlich. Vor genau 20 Jahren – da gab es schon zwei Jahre ein TV-Programm und über 11 000 angeschlossene TV-Geräte in Deutschland – fragte Allensbach nach eventuellen Absichten, einen Fernseher zu kaufen. 38 Prozent sagten: „Bestimmt nicht", weitere 17 Prozent: „Kaum", und 31 Prozent äußerten fürs Fernsehen überhaupt „kein Interesse". Zusammen also 86 Prozent Gegner des Mediums Fernsehen. „Will das deutsche Publikum überhaupt fernsehen?" fragte damals skeptisch die „Zeit".

WIE WAR DAS?

Als in Polen die Parteichefs stürzten

Von CARL G. STRÖHM

Preiserhöhungen haben in Polen zum Sturz von Parteichefs und Ministerpräsidenten geführt. Das mag der Grund sein, warum auch das Regime Jaruzelski jetzt davor zurückschreckt, bereits beschlossene und angekündigte Preiserhöhungen auf dem Lebensmittelsektor fristgerecht in die Tat umzusetzen.

Versuche des kommunistischen Regimes, die eigenen wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu korrigieren, haben im kommunistischen Polen in des Wortes wahrster Bedeutung Geschichte gemacht: 1956 bei den blutigen Unruhen in Posen, die eigentlich das auslösende Moment für den Sturz der stalinistischen Equipe und für den Machtantritt Gomulkas im Oktober des gleichen Jahres wurden. Parteichef Gomulka stürzte 14 Jahre später im Dezember 1970, als die Arbeiter an der Ostseeküste auf die Straße gingen, um gegen den niedrigen Lebensstandard aufzubegehren.

Sein Nachfolger Edward Gierek versprach, er werde niemals auf demonstrierende Arbeiter schießen und er werde überdies dem polnischen Volk einen Wohlstand im Sozialismus garantieren. Der Versuch Giereks, mit Hilfe von gewaltigen Auslandskrediten Polen aus dem Sumpf zu ziehen, führte bereits Mitte der siebziger Jahre faktisch zum Zusammenbruch der polnischen Wirtschaft. Als der damalige polnische Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz am 24. Juni 1976 verkünden ließ, daß die Polen in Zukunft erheblich mehr für Grundnahrungsmittel zahlen müßten – Fleisch sollte um über 60 Prozent, Butter und Käse um mehr als die Hälfte, Gemüse um 30 Prozent teurer werden –, kam es in den meisten polnischen Städten zu Proteststreiks. In Radom und Ursus aber brachen regelrecht Unruhen aus. In Radom steckten Demonstranten das KP-Gebäude in Brand, in Ursus wurden Lokomotiven zum Entgleisen gebracht. Nach offiziellen Angaben wurden zwei Demonstranten getötet.

Diese Ereignisse waren Ausgangspunkt für das, was sich vier Jahre später in der Gewerkschaft „Solidarität" verwirklichen sollte. Um die vom Regime vor Gericht gestellten Demonstranten zu schützen, bildeten Intellektuelle und Bürgerrechtsaktivisten das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter" (KOR), in dem Persönlichkeiten wie Jacek Kuron und Adam Michnik eine wichtige Rolle spielten. In Danzig aber begann ein damals noch unbekannter Elektriker namens Lech Walesa mit unabhängiger gewerkschaftlicher Arbeit – und verlor prompt seinen Arbeitsplatz.

Als hätte das Regime nichts gelernt, wurde vier Jahre nach den Ereignissen von Radom wieder eine Preiserhöhung angekündigt – und wieder ging es hauptsächlich um Fleisch. Darauf kam es am 1. und 2. Juli 1980 zu Streiks – anfangs wiederum in Ursus, dann in Lodz. Diesmal blieben die Vorfälle nicht begrenzt. Die Welle ergriff Lublin, dann Danzig und Stettin. Der Versuch Giereks, dem Zorn des Volkes durch das Angebot einer allgemeinen Gehaltserhöhung zu entgehen, kam zu spät. Gierek mußte am 6. September 1980 schmachvoll zurücktreten.

Sabotageakt an der Startbahn West

dpa, Frankfurt

Militante Startbahn-Gegner haben am Frankfurter Rhein-Main-Flughafen den sieben Meter hohen Stahlfuß eines Hochspannungsmastes mit einer sogenannten Schleifhexe zersägt. Der zerstörte Mast stand am Gelände der Startbahn-West und gehört zur Hochspannungstrasse der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke. Die Einsatzleitung der Frankfurter Polizei spricht von „bewußter Sabotage". Nur mit dem Einsatz starker Sicherungskräfte entlang der Stromtrasse habe man Sonntag abend weitere Sabotageakte verhindern können, sagte ein Polizeisprecher.

Schon zuvor war es an der Mauer der Startbahn zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen etwa 500 Startbahn-Gegnern und der Polizei gekommen. Die teilweise maskierten Personen hatten die Polizei mit Stahlkugeln beschossen, Molotow-Cocktails, Kanonenschläge und Steine geworfen. Bei Ausschreitungen am Silvesterabend hatten die Demonstranten bereits die Polizei am Startbahn-Gelände mit Kanonenschlägen, Steinen und Farbbeuteln attackiert. Eine Beobachtungsplattform der Polizei war durch Brandsätze angesteckt worden.

Hungerstreik in Ost-Berlin

dpa, Berlin

Die seit dem 12. Dezember in Ost-Berlin inhaftierten Bärbel Bohley und Ulrike Poppe sind am Neujahrstag in den Hungerstreik getreten. Die zur unabhängigen Friedensbewegung in der „DDR" zählenden Frauen wollen damit gegen ihre Verhaftung protestieren und deutlich machen, daß sie nicht in den Westen abgeschoben werden wollen, hieß es gestern von informierter Seite in Berlin. Eine Abschiebung sei ihnen bereits nahegelegt worden. Den Frauen werden nicht genehmigte Treffen mit Angehörigen der westlichen Friedensbewegung vorgeworfen.

Bonn bekräftigt: Verhandlungsbereit

rtr/DW. Bonn

Regierungssprecher Boenisch hat gestern die westliche Bereitschaft zur Fortsetzung der unterbrochenen Abrüstungsverhandlungen „wann und wo auch immer" bekräftigt. Das Gespräch zwischen den Außenministern Shultz und Gromyko in Stockholm könne zwar kein Ersatz für die Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen sein. Aber, so Boenisch, „nur wenn man miteinander spricht, kann es zur Fortsetzung von Abrüstungsverhandlungen kommen". Die Neujahrsbotschaft des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker bewertete der Regierungssprecher als „konstruktiv". Bonn teile die Auffassung, daß friedliches Nebeneinander und gegenseitige vorteilhafte Zusammenarbeit nötig seien. Die „DDR" erinnerte Boenisch an die Forderung von Bundestagspräsident Rainer Barzel, die Erziehung zum Haß, die Militarisierung des öffentlichen Lebens und den „Zwang gegen das Gewissen" zu beenden.

2,1 Millionen Pakete nach Polen

dl. Hannover

Die Deutsche Bundespost hat 1983 aus der Bundesrepublik Deutschland 2 108 759 Geschenkpakete nach Polen befördert. Nach Angaben der zentralen Umschlagstelle der Post, dem Postamt 2 in Hannover, waren es allein im Dezember 1983 insgesamt 336 234 Pakete. Im Jahr 1982 wurden insgesamt 8,6 Millionen Geschenkpakete aus der Bundesrepublik Deutschland nach Polen geschickt.

Mitterrand Anfang Februar zu Kohl

dpa, Bonn

Das von Bundeskanzler Helmut Kohl und vom französischen Staatspräsidenten François Mitterrand für den Jahresbeginn in Aussicht genommene Treffen wird voraussichtlich am 2. Februar in Ludwigshafen stattfinden. Im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs, der auf Vorschlag Mitterrands bei den letzten deutsch-französischen Konsultationen vereinbart wurde, soll die zukünftige europäische Politik stehen. Frankreich hat mit Jahresbeginn die EG-Präsidentschaft übernommen.

„TAZ" verabschiedet Sparkonzept

dpa, Berlin

Mit der Entlassung von 20 Mitarbeitern und monatlich 40 000 Mark Einsparungen will die in Berlin erscheinende „Tageszeitung" (TAZ) ihre Finanzmisere meistern. Wie der juristische Berater der „TAZ", Hans-Christian Ströbele, gestern auf einer Pressekonferenz in Berlin mitteilte, machten 390 000 Mark Verlust bei neun Millionen Mark Umsatz im vergangenen Jahr diese Maßnahmen erforderlich. Einen formellen Sozialplan oder schriftliche Verträge wird es, wie Ströbele erklärte, nicht geben. Ein Betriebsrat für die etwa 140 Mitarbeiter der „TAZ" ist nicht vorhanden.

„DDR" steht wirtschaftlich vor einer schweren Herausforderung

Verschuldung hat sich verzehnfacht / Soll Bonn Ost-Berlin aus der Klemme helfen?

HANS-RÜDIGER KARUTZ, Berlin

Die Bundesregierung richtet sich darauf ein, daß SED-Generalsekretär Erich Honecker im Frühjahr seinen „aufgeschobenen, aber nicht aufgehobenen" Besuch in die Bundesrepublik unternimmt. Sie geht ferner von einer weiteren Ausfüllung des politischen Spielraums durch Honecker aus, den der „DDR"-Staatsratsvorsitzende durch das Moskauer Machtvakuum und die wirtschaftliche Stärke der „DDR" im Ostblock offenkundig ausnutzt. Zur Jahreswende bleibt von der in Ost-Berlin für den Stationierungsfall angekündigten „Eiszeit" nur übrig, was ein vertrauter Ratgeber Honeckers gegenüber westlichen Gesprächspartnern in Berlin mit „Nachtfrost" beschrieb.

Bei einer Analyse der deutsch-deutschen Beziehungen und Verflechtungen am Ende eines politisch bewegten Jahres (Todesfälle an der Grenze, Strauß-Besuch drüben, Treffen Weizsäcker-Honecker, Fehlschlag der Anti-Stationierungskampagne durch Ost-Berlin) lassen sich folgende Faktoren zusammentragen:

- Wegen der seit Honeckers Amtsantritt 1971 verzehnfachten Verschuldung der „DDR" und der damit verbundenen Zins- und Tilgungslast muß die „DDR" 1984 vermutlich rund vier Milliarden Dollar (rund 10 Milliarden D-Mark) aufbringen. Von den vier Milliarden D-Mark, die Ost-Berlin schon im Frühjahr 1983 insgesamt begehrte, ist die erste Tranche von einer Milliarde geflossen. Die guten Dienste, die Strauß dabei leistete, waren es der „DDR" wert, sich damit von ihrem attraktivsten Feindbild verabschieden zu müssen.
- Bonn ist durchaus bereit, in Teilbeträgen von jeweils rund einer halben Milliarde D-Mark weitere Zahlungen zu leisten und dabei das von Strauß und Alexander Schalok-Golodkowski (Ost-Berlin) ausgetüftelte Modell beizubehalten: die „DDR" müßte jeweils die Transitpauschale (1984: 620 Millionen D-Mark) „verpfänden". Allerdings macht die Bundesregierung ein weiteres derartiges Entgegenkommen von tatsächlichen Durchbrüchen auf dem Gebiet menschlicher Erleichterungen abhängig. Nach der Milliarde des guten Willens sind jetzt konkrete Gesten der guten Nachbarschaft gefragt.
- Ost-Berlin kann nur dort, wo es vertragliche Ansprüche abtreten kann, die benötigten frei verfügbaren Devisen bekommen: Folglich kommt nur die Bundesrepublik als Partner in Frage, weil mit keinem anderen westlichen Land ähnliche Absprachen über Transit-, Post-, Eisenbahn-, Visum- und Straßenbenutzungsgebühr-Pauschalen als feste Einnahmepositionen bestehen.
- Ohne diese fixen Einnahmen und ebenso die Erlöse aus dem umfangreichen Geschäft der Intershops und Inter-Tankstellen, der Quasi-Eigenschaft als „EG-Land" und des west-östlichen privaten Paket- und Päckchenstroms, der die „DDR"-Nachfrage dämpft, wären längst Umschuldungsgespräche à la Polen und Rumänien fällig. Von den jährlichen Gesamt-Westgeld-Einnahmen in Höhe von 2 bis 2,5 Milliarden D-Mark wendet die „DDR" exakt 91,5 Prozent nur dafür auf, Zinsen und Tilgungen zu bezahlen.
- Bundesregierung und Senat von Berlin schreiben zur Zeit eine Liste sämtlicher Themen und Bereiche auf, bei denen sich „kleine Schritte" anbieten, die Honecker ohne Aufgabe selbstgesteckter und somit selbstbindender Positionen gehen könnte. Dieser Katalog, der noch nicht fertiggestellt ist, bildet sozusagen das Gegenstück zu dem 10 Seiten umfassenden Papier, mit dem Honecker im Sommer seine indirekten Kontakte zu Strauß fundamentierte. Schon damals war erkennbar, daß die Bemühung um den Milliardenkredit von seiten der „DDR" auch als Signal des „Weitermachens" verstanden werden wollte. Die Option, mit dem anderen Teil Deutschlands weiterhin eng zusammenzuarbeiten, hielt sich Honecker trotz der heraufziehenden Raketendebatte bewußt offen.

Bericht aus Mitteldeutschland

- Auf der Basis der grundsätzlichen Honecker-Formel über die Absicht, „den Schaden zu begrenzen", könnte seine Visite in diesem Jahr den Beginn der eigentlichen „geschäftsmäßigen" Phase der deutsch-deutschen Beziehungen nach dem Nervenkrieg um die Stationierung markieren. Ohne nachvollziehbare und auch in der deutschen Öffentlichkeit darstellbare Gegenleistungen der SED-Führung wäre der Besuch jedoch wenig sinnvoll. Bis zum Besuchsbeginn müßten beispielsweise sämtliche Todesautomaten auf über 400 Kilometer Länge ersatzlos abmontiert sein und das neue Postabkommen mit seinen auf dem Papier erheblichen Verbesserungen korrekt „laufen".

1984 zeichnet sich in Konturen als das Jahr mit der bislang herausforderndsten wirtschaftlichen und finanziellen Anspannung der „DDR" in diesem Jahrzehnt ab. Die jüngsten Etat-Daten weisen ebenfalls darauf hin: Löhne, Gehälter und Einzelhandelsumsatz solle nur um 2,2 Prozent steigen; das Wirtschaftswachstum insgesamt jedoch um 4,4 Prozent. Mit noch weniger Material als bisher soll noch mehr aus der schon in allen Fugen ächzenden Planwirtschaft herausgeholt und der Anteil des Westexport-Anteils nochmals erhöht werden. „Kein Betrieb ohne einen valutafähigen Artikel, der im Westen ein Verkaufsschlager werden soll", lautet die Anweisung.

Die Ostberliner Führung wirft bei ihrer bis zum Exzeß betriebenen, aber zwangsläufigen Politik des Devisen-Sparens und -Einnehmens selbst politischen Ballast über Bord. Dafür stehen einige Beispiele:

- Innerhalb der sensationell kurzen Zeit von einigen Wochen verabschiedete sich die „DDR" von ihrem bis dahin aus vielen Gründen erhaltenen S-Bahn-Betrieb in West-Berlin. Jährliche Zuschüsse von 80 bis 100 Millionen D-Mark bei einem Fahrgastaufkommen von gleich Null waren selbst unter dem Gesichtspunkt, einen Fuß in die Tür zum westlichen Berlin zu klemmen, nicht mehr tragbar.
- Im neuen Postabkommen, das der „DDR" noch 1983 statt 85 Millionen, wie bisher, 200 Millionen D-Mark beschert, verlangte sie sogar eine Vorauszahlung von 100 Millionen D-Mark auf spätere Ansprüche. Dieser Betrag wird mit einem Abschlag von 50 Millionen D-Mark erst am 31. Dezember 1987 verrechnet. Anfang 1988 rechnet man nämlich in der „Deutschen Außenhandelsbank AG" unter den Ostberliner „Linden" damit, endlich wieder ein wenig Luft holen zu können...
- In der Bevölkerung gibt es Gerüchte über eine weitere neue Einnahme-Quelle. Es heißt, die „DDR" werde nach dem Muster der „Exquisit"-Läden, die bisher nur Textilien des gehobenen Genres feilboten, in diesen Geschäften künftig auch hochwertige Konsumgüter anbieten. Möbel, Kühlschränke, Tiefkühlanlagen und ähnliches beispielsweise – aber dann zum zwei- bis dreifachen Ostmark-Preis. Allerdings ohne die üblichen Wartezeiten und mit dem Effekt verbunden, die vorhandene Kaufkraft der in der Regel doppelt verdienenden „DDR"-Familien abzuschöpfen.
- Eine weitere Devisenquelle sprudelt beim Häftlingsfreikauf: Bonn zahlt auf Ostberliner Bitten teilweise auch in Form von Erdöl, das die „DDR" dann wieder gegen Devisen im Westen an den Mann bringt...

Die innere Situation des Landes war im vergangenen Jahr von dem Versuch geprägt, mit dem Karl-Marx-Jahr wieder die unbestrittene ideologische Meinungsführerschaft zu gewinnen. Der Kraftakt, dies gleichzeitig gegen die umfänglichen Luther-Ehrungen gelingen zu lassen, mißlang in der Regel. Von Marx war in der zweiten Jahreshälfte nicht mehr, von Luther ausschließlich die Rede.

Kontroverse über 35-Stunden-Woche

Lohnausgleich ist in der Südwest-SPD umstritten / Parteitag soll Klarheit schaffen

XING-HU KUO, Stuttgart

Wenn am 21. Januar die Delegierten des Landesparteitages in Sindelfingen das Landtagswahlprogramm zu beschließen haben, wird es in Sachen 35-Stunden-Woche zweifelsohne zu kontroversen Diskussionen kommen. Denn gerade in diesem bundesweit wichtigen Thema des Jahres 1984 gibt es innerhalb der Südwest-SPD im wesentlichen zwei unterschiedliche Positionen. Pressesprecher Albrecht Bregenzer bestätigte dies am Montag gegenüber der WELT mit den Worten: „Wir sind mitten in der Meinungsbildung. In einer großen Partei wie der SPD ist es legitim, wenn jeder seinen Diskussionsbeitrag leistet, auch auf die Gefahr hin, daß der eine oder andere Wähler dadurch irritiert wird."

Partei- und Fraktionschef Ulrich Lang hatte im Dezember vorigen Jahres in Mannheim vor der Industrie- und Handelskammer erklärt, er sei für eine „gemischte Strategie der Arbeitszeitverkürzung", bei der der „Kostenfaktor bei den Tarifverhandlungen natürlich zu berücksichtigen" sei. Diesen Standpunkt hatte bereits zuvor der SPD-Landesgeschäftsführer Siegmar Mosdorf geäußert, wofür er von Vertretern des Gewerkschaftsflügels (Franz Steinkühler, Siegfried Pommerenke) heftige Schelte bezogen hatte.

Denn dieser Flügel ist konträrer Auffassung. Pommerenke, DGB-Landesvorsitzender und gleichzeitig stellvertretender SPD-Landesvorsitzender, hatte wenige Tage vor Langs Ausführungen in der Parteizeitschrift „Kurzer Draht" wörtlich erklärt: „Wir fordern die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich". Pommerenke erklärte sodann, durch die 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer können 1,3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden." Gleichzeitig forderte Langs Stellvertreter, die Auseinandersetzung um die Einführung der 35-Stunden-Woche werde während des Landtagswahlkampfes „zu einem Hauptthema" werden.

Auch anhand dieser Auseinandersetzung wird deutlich, daß es innerhalb der Südwest-SPD zwei unterschiedliche Richtungen gibt, die in wichtigen Fragen quer durch die ehemalige Eppler-Partei gehen. Auf der einen Seite ein relativ gemäßigter, pragmatischer Flügel, allen voran Partei- und Fraktionschef Ulrich Lang, der sich redlich bemüht, die verschiedenen Flügel zu integrieren. Auch der „Chefideologe" und Landesgeschäftsführer Mosdorf gehört zu dieser Gruppe, die eine Erneuerung der Partei zu einer „Volkspartei", wenn auch einer linken, anstreben. Und die eher radikalen Vertreter des Gewerkschaftsflügels, die auch im politischen Bereich weitaus drastischer vorgehen als Lang und Genossen.

Der Pragmatismus Langs wird im Entwurf des Landtagswahlprogramms deutlich, der auf dem Sindelfinger Parteitag beschlossen werden soll. Manche Passagen erinnern stark an Positionen von Ministerpräsident Lothar Späth (CDU), gegen den Lang als Spitzenkandidat des SPD antritt: so fordert der SPD-Chef einen „entschlossenen Strukturwandel" im Bereich der Wirtschaftspolitik, mit dem die Leistungsfähigkeit Baden-Württembergs erhalten werden könne. Genau wie Späth werden hier beispielsweise Kooperationsvorhaben zwischen Maschinenbau und Eletronik, Umweltschutztechnologien zur Verminderung des Schadstoffausstoßes nicht nur bei Großanlagen oder die Umrüstung von Pkws auf bleifreies Benzin gefordert. Allerdings gibt es naturgemäß Bereiche, in denen die SPD sich von der Landes-CDU klar abgrenzt, so etwa in der totalen Gegnerschaft zum Kernkraftwerk Wyhl.

Honorar-Skandal bei Radio Bremen

Musikredakteure verschafften sich gegenseitig Vorteile / Nur ein Einzelfall?

dpa/DW. Bremen

Ein Honorar-Skandal in der Musikabteilung von Radio Bremen, der jetzt bekannt wurde, zieht möglicherweise weite Kreise. Vermutlich wird nun innerhalb der gesamten ARD untersucht werden müssen, ob und in welchem Umfang Redakteure „über Gebühr" eigene oder Musiktitel von Kollegen gespielt haben.

Zunächst aber ist der Fall auf Radio Bremen beschränkt. Hier haben sich Musikredakteure nach dem Motto „Spielst du mich, spiel ich dich" gegenseitig Vorteile zukommen lassen, weil für jede gesendete Komposition bezahlt werden muß. In gewissem Rahmen ist das auch erlaubt: Nach einer Dienstanweisung im Hause dürfen von dem Redakteur monatlich höchstens zehn „eigene" Titel mit insgesamt 30 Minuten Dauer gesendet werden.

Eine Abrechnung der GEMA für 1982 ergab jedoch, daß weit „über Gebühr" auf Gegenseitigkeit gespielt wurde. Statt der im Jahr zulässigen 360 Sendeminuten ergaben sich für drei RB-Redakteure 897, 1174 und 1521 Sendeminuten.

Die RB-Programmdirektorin Karola Sommerey bezeichnete das als einen Skandal. Sie ordnete sofort an, daß künftig keine Titel mit Eigenbeteiligung mehr gespielt werden dürfen. Das Direktorium verfügte die Entlassung von drei der vier für die leichte Unterhaltung in der Musikabteilung zuständigen Redakteure. In zwei Fällen stimmte der Personalrat zu.

In der nächsten Woche wird das Direktorium darüber beraten, ob es den dritten Redakteur, dessen Kündigung der Personalrat nicht zugestimmt hat, behalten will. Außerdem ist eine Untersuchung eingeleitet worden, mit der genau festgestellt werden soll, in welchem Umfang sich Redakteure gegenseitig begünstigten.

Inzwischen haben einige andere Rundfunkanstalten damit begonnen, die Praktiken in ihren Musikabteilungen zu untersuchen. Die GEMA wurde aufgefordert, für die erforderlichen Prüfungen genaue Abrechnungen vorzulegen.

Die Staatskasse ist leer, Arbeitslose nehmen zu

Die Wirtschaftskrise hat politische Ursachen

CHRISTEL PILZ, Manila

„Was sagen jetzt alle die, die Präsident Marcos schon abgeschrieben haben?" spöttelt Theodoro Valencia, der renommierte Kolumnist der regierungsloyalen Presse der Philippinen. Fünf Monate hatte der 66jährige Präsident seinen Regierungspalast Malacañang nicht verlassen. Manilas Gerüchteküchen dampften. Marcos sei todkrank, er sei regierungsunfähig, wollten sie wissen. Er sei auf sterilisierte Räume in Malacañang isoliert. Nichts von all dem.

Mit einer Fülle täglicher Entscheidungen zeigt er, daß er die Regierungsgeschäfte fest in den Händen hält und entschlossen ist, die Herausforderungen abzuwehren, die sein autoritäres Regime mit dunklen Schatten überzogen haben.

Da ist die akute Devisenkrise mit einer Auslandsverschuldung von 26 Milliarden US-Dollar. Umschuldungsverhandlungen sind im Gang. Die internationalen Geber kooperieren, aber der Preis dafür ist teuer und zudem an politische Konzessionen gebunden.

Denn die Wurzel für die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise ist nach



PHILIPPINEN

Ansicht internationaler Experten politisch. Einheimische Geschäftsleute wie das Forum der „Business Conference" sagen das gleiche.

Nach einer Regierungszeit von 18 Jahren – neun davon unter den absoluten Vollmachten des Kriegsrechts – ist die Bilanz von Ferdinand Marcos mager. Die Staatskassen sind leer. Das Land ist auf Generationen verschuldet. Hunderte von Betrieben haben infolge des Importstopps und mangelnder Kreditmöglichkeiten in den letzten zwei Monaten schließen müssen. Mehr werden folgen. Massenentlassungen zeichnen die Perspektive sozialer Unruhen. Filipinos sind zwar geduldig, aber wenn sie ihre Familien nicht mehr versorgen können, erwacht ihr Kampfgeist. Bis zum Frühjahr dürften allein in Manila hunderttausend Arbeiter oder noch mehr ihren Job verloren haben. Die jüngste Oktoberabwertung des philippinischen Peso um 27 Prozent und das Einfuhrverbot für diverse Güter haben zu Panikkäufen und Preissteigerungen zwischen 20 und 100 Prozent geführt.

Tag und Nacht arbeiten die Technokraten im Kabinett Marcos, um den Wirtschaftszerfall aufzufangen. Zu ihnen gehören der international anerkannte Premier- und Finanzminister Cesar Virata, Industrie- und Handelsminister Roberto Ongpin und Zentralbankgouverneur Jaime Laya. Ongpin gibt sich gar optimistisch: „Die Situation zwingt uns dazu", erläuterte er der WELT, „unser Haus ein für alle Mal in Ordnung zu bringen."

Endlich haben die Wirtschaftstechnokraten freie Hand, der Begünstigung einzelner Unternehmer durch Präsident Marcos den Riegel vorzuschieben und Luxusprojekte der First Lady, Imelda Marcos, zu blokkieren. Frau Marcos ist Oberbürgermeisterin von Metro Manila und Chefin des von ihr gegründeten Ministeriums für „human settlement". Eine mit schier unerschöpflicher Energie geladene Frau, deren kostspielige Extravaganzen sie um die Glaubwürdigkeit ihrer Beteuerungen brachten, ihr Herz gehöre den Armen, ihre Arbeit sei für sie.

Seit Mitte November läuft eine neue Kampagne gegen Schmuggler, Steuerhinterzieher, Devisensaboteure. Einkommensteuererklärungen von 40 000 Geschäftsleuten sollen nochmals überprüft werden. Sind es frische Winde, die jetzt aus dem Palast des Präsidenten wehen? Die Gemäßigten unter dem wachsenden Heer von Marcos-Gegnern und -Kritikern hoffen so. Doch Zweifel bleiben. Kann ein Mann wie er sich ändern? Marcos ist ein typisch asiatischer Führer. Ein Meister politischer Schachzüge, ein Fuchs im Umgang und in der Täuschung seiner Gegner. Der Prüfstein für seine Regierung werden die für Mai fälligen Parlamentswahlen sein. Werden sie frei und ehrlich sein? Die internationale Finanzwelt, befreundete Regierungen, an der Spitze die der Amerikaner und Japaner, und die breite Öffentlichkeit warnen vor Manipulationen. Der Führer der Oppositionsgruppe „Unido", Salvador Laurel, meinte: „Wenn Marcos uns freie Wahlen gibt, werden wir lächeln. Wenn er sie fälscht, werden wir kämpfen."

„Elf Jahre lang haben wir geschwiegen", heißt es unter Geschäftsleuten, Hausfrauen, Angestellten, Professoren und Studenten, „jetzt reden wir." Der Mord an Aquino hat unsere Augen geöffnet. Benigno Aquino ist auf dem Flughafen erschossen worden, als er nach dreijährigem Exil in Amerika nach Manila zurückkehrte. Das war am 21. August. Aquino hatte als der einzige politische Führer gegolten, der die zersplitterte Opposition hätte zusammenbringen und gegen Marcos in die Wahlen führen können.

Aquina ist zum Märtyrer, zum nationalen Helden geworden. „Die Filipinos", so sieht es Kardinal Jaime Sin, „sind von einer Nation der Schafe zu einer Nation von Kämpfern erwacht. Sie bestehen auf der Rückkehr zur Demokratie und werden von dieser Forderung nicht mehr loslassen."

Wahlen im Baskenland fordern Madrid heraus

ETA-Terror geht weiter / Pochen auf Selbständigkeit

ROLF GÖRTZ, Madrid

An den Schüssen auf den baskischen Terroristen Miguel Goikoetxea wundert nur, daß sie so spät fielen. Dem Etarra, wie Mitglieder der baskischen Separatistenorganisation ETA heißen, wird die Beteiligung an 27 Morden zur Last gelegt. Wer auch immer geschossen hat – ihn trieben tiefsitzende Emotionen, die – wenn sie einmal eine gewisse Schwelle überschritten haben – alle juristischen Argumente über Bord werfen. Das mag in Spanien noch mehr als anderswo gelten. Darüber hinwegsehen zu wollen, hieße jedoch, das wichtigste Politikum im schwelenden Bürgerkrieg des Baskenlandes außer acht lassen zu wollen.

Nur einmal bildete das Baskenland einen eigenen Staat. Das war zu Beginn des Bürgerkrieges von 1936 bis 1939, als Francos Truppen die baskischen Provinzen abschnitten. Bis dahin hatten sich die baskischen Stämme mal mit Kastilien und mal mit Navarra verbündet. Die Zähigkeit jedoch, mit der die Basken an ihrer Sprache, die einzig überlebende Altiberiens, festhalten, muß als Beweis für eine außerordentlich tiefverwurzelte Eigenständigkeit auch politisch ernst genommen werden. Aber weniger die „spanische Besetzung" als vielmehr der ständige Rückgang des rein baskischen Teils der Bevölkerung in ihrem eigenen Land mag die Torschlußpanik erklären, die auch demokratische Prinzipien außer acht läßt. Nur die Hälfte der Bevölkerung des Baskenlandes sind Basken.

Der Fanatismus der ETA allerdings läßt sich nur aus dem revolutionären Linksradikalismus ableiten. Weil er aktuellen Konfliktstoff birgt, sei in diesem Zusammenhang an den Bürgerkrieg erinnert. In den Requete-Regimentern carlistischer Traditionalisten, die auf Francos Seite gegen die baskische Republik kämpften, standen selbst viele Basken aus der benachbarten Provinz Navarra. Heute, wo die baskische Nationalistenpartei im Wettbewerb mit der linksstehenden Herri-Batasuna-Sammelpartei die „Wiedervereinigung" mit Navarra als essentielles Ziel ihrer Politik anstrebt, brechen Gegensätze auf, die weit ins vorige Jahrhundert zurückreichen. „Navarra ist Teil des Baskenlandes", sagte der Lendakari (Landesministerpräsident) Carlos Garaikoetxea in einem Interview mit der WELT. Er selbst stammt aus Navarra. Daß die dortige Bevölkerung jedoch in einer demokratischen Abstimmung gegen die Vereinigung votierte, will er nicht gelten lassen.

Der Lendakari plädiert auch für einen Staatenbund, das heißt für die Selbständigkeit eines Baskenstaates neben dem kastilischen Staat. Das aber verstößt gegen die demokratische Verfassung, die nicht einmal einen Bundesstaat anerkennt, sondern nur einen „Staat der Autonomien". Nur etwa 25 Prozent der baskischen Bevölkerung aber folgen dem Separatismus ihres Lendakari. Er weiß dies genau, aber er muß dennoch die Flucht nach vorne forcieren, um so den geringer werdenden Abstand zur Sozialistischen Partei zu halten.

Das Baskenland steht nämlich in einem Wahlkampf, bei dem es letztlich um die Zukunft Spaniens geht. Bei den für Februar angesetzten Landeswahlen muß sich die bürgerlich-nationalistische Partei vor einem Wählerstamm behaupten, der schon bei den letzten Wahlen aus Unwillen über die chaotischen Verhältnisse von seinem Recht keinen Gebrauch machte.

Die einzige Partei, die den baskischen Nationalisten von rechts und von links das Ruder aus der Hand nehmen kann, ist die Sozialistische Partei, die in Madrid die Regierung stellt. Und sie hält eisern am Autonomieprojekt fest, das heißt an der Zugehörigkeit des Baskenlandes zu Spanien. Ihr Landeschef, der Baske Txiki Benegas, zeigt dabei eine bewunderungswürdige Zivilcourage. Er steht ganz oben auf der Abschußliste der ETA. Seine Siegeschancen werden deutlich, wenn man bedenkt, daß die Arbeiterbevölkerung nur zu einem ganz geringen Teil aus Basken besteht. Unter diesen Umständen muß die Nationalistenpartei PNV des Lendakari eine Stimmabwanderung an die ebenfalls nationalistische, aber linke Herri-Batasuna-Partei zu verhindern trachten. (SAD)

Seite 2: Sturm geerntet

Katholischer Bischof verurteilt IRA

AP, Belfast

Der katholische Bischof von Down und Connor in Nordirland und führende irische Theologe Ceathal Daly hat die Irisch-Republikanische Armee (IRA) heftig kritisiert und ihr die moralische Berechtigung für ihren bewaffneten Untergrundkampf gegen die britische Herrschaft in Ulster abgesprochen. In einer 14seitigen Erklärung, die am Sonntag veröffentlich wurde, sprach Daly von dem „moralischen Übel" der IRA und wies deren Anspruch zurück, einen „gerechten Krieg" für die Wiedervereinigung der Grünen Insel zu führen.

China fordert zu Investitionen auf

AP, Peking

Der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Yao Yilin hat ausländische Unternehmen in einer Neujahrsbotschaft gestern dazu aufgerufen, im neuen Jahr mehr in China zu investieren. Allen Interessierten stehe „die Tür immer offen", und sie seien jederzeit zu Handelsgesprächen willkommen, sagte Yao nach einer Meldung der Pekinger Nachrichtenagentur Xinhua. Die Unternehmen sollten sich durch ein mögliches Scheitern von Gesprächen im ersten Anlauf nicht entmutigen lassen und ihre Bemühungen um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit fortsetzen, fügte Yao offenbar in Anspielung auf Klagen über zu schwierige und langwierige Verhandlungen von Ausländern mit chinesischen Partnern hinzu. China brauche Rohstoffe, technisches Know-how und Gerät, und ihm sei deshalb an ausländischen Investitionen, Krediten und gemeinsamen Unternehmen gelegen.

Terroristen aus Iran in Hongkong?

rtr, Hongkong

In Hongkong sind 14 Männer, die nach amtlichen Angaben mit gefälschten Pässen aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und Italien eingereist waren, wegen des Verdachts, Mitglieder einer terroristischen Gruppe zu sein, festgenommen und verhört worden. Aus Regierungskreisen verlautete gestern, bei den Männern, die sich weigerten, ihre wahre Identität preiszugeben, handele es sich „höchstwahrscheinlich um Iraner". Einer von ihnen sei inzwischen nach Karachi geflogen worden, und zwei weitere werden vermutlich heute ausgewiesen werden. Nach örtlichen Presseberichten wollten die Männer einen Anschlag auf das Generalkonsulat der USA verüben. Ein Sprecher dieses Konsulats wies die Berichte als Gerüchte zurück.

Argentinien wollte Falkland kaufen

AFP, London

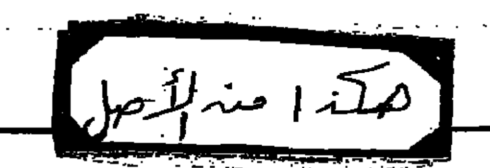
Argentinien hat 1953 während der Amtszeit von Präsident Juan Peron der britischen Regierung angeboten, die Falkland-Inseln zu kaufen. Das geht aus Geheimunterlagen des Foreign Office hervor, die nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist von 30 Jahren jetzt veröffentlicht wurden. In den von der Tageszeitung „The Times" abgedruckten Papieren heißt es, daß der Vertreter Perons bei der Krönung von Elizabeth II., Admiral Alberto Teisaire, bei einem Empfang in seinem Londoner Hotel leitenden Beamten des Außenministeriums das Angebot unterbreitete. Der Admiral habe gleichzeitig geltend gemacht, daß es bereits einen Präzedenzfall gebe, denn schließlich habe London den Vereinigten Staaten einige Antillen-Inseln verkauft. Der damalige stellvertretende Außenminister, Lord Reading, habe geantwortet, die meisten der Inselbewohner seien Briten. Sie würden bei einem Referendum praktisch einstimmig für ihr Verbleiben unter der britischen Flagge stimmen. Es sei unvorstellbar, daß eine britische Regierung den Verkauf der Falkland-Inseln auch nur erwöge.

Kampfhandlungen in Kambodscha

UU, Bangkok

Die vietnamesischen Besatzungstruppen in Kambodscha werden südwestlich der thailändischen Grenzstadt Aranyaprathet auf kambodschanischem Gebiet erneut von Widerstandskämpfern der Roten Khmer massiv angegriffen. Beobachter bei den thailändischen Grenztruppen berichten, daß die Roten Khmer den vietnamesischen Stützpunkt O-Tachu erobert hätten. Vor der Erstürmung seien die Vietnamesen von Artillerie und Raketenwerfern beschossen worden. In Thailand erwartet man eine Eskalation der Kämpfe in den nächsten Monaten, weil die Vietnamesen in den vergangenen Jahren stets den Beginn der Trockenperiode für ihre Offensive gegen die Widerstandskräfte genutzt haben – allerdings bisher vergeblich.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ungeschütztes Eigentum

„Auf Galileo Galilei fallen Schatten"; WELT vom 16. Dezember

„Der Schüler Galileis hätte eben etwas mehr von sich hermachen müssen..." in einem Kommentar der WELT zu der Vermutung, daß Galilei eine Idee seines Schülers als eigene Erkenntnis verbreitete.

„... der Diebstahl geistigen Eigentums ist dem Dieb häufig gar nicht bewußt ..."; Prof. Steinbuch in der WELT vom 1. 12. 83. So und ähnlich ist der Diebstahl geistigen Eigentums bewertet worden.

Ist dem Dieb die Urheberschaft der Idee tatsächlich abhanden gekommen, so ist dies allerdings ein Zeichen dafür, wie wenig der Person des Mitarbeiters Beachtung geschenkt wird, und ist damit ein Zeichen für mangelnde Menschlichkeit am Arbeitsplatz.

Mir scheint die Haltung, einen Ideen-Diebstahl zu entschuldigen – oder auch das Entwickeln von Ideen nur ungenügend zu beachten und zu honorieren – bei uns allzu verbreitet. Dem Durchsetzen von Technik wird größere Bedeutung beigemessen.

Heute werden die negativen technisch-wirtschaftlichen Auswirkungen sichtbar:

● Der Ideendiebstahl hat sicherlich nicht zur Verbesserung der Arbeitsmoral beigetragen, die heute oft beklagt wird.

● Die Phantasievollen und Kreativen sind oft etwas verletzlich und haben sich zurückgezogen.

Die Ideen für die Zukunft sind denn auch ausgeblieben; andere Länder wie USA und Japan machen das Rennen.

Schmückt sich jemand mit fremden Federn, so sollte dies nicht heruntergespielt werden, auch wenn der Urheber sich die Idee – vielleicht aus Angst um den Arbeitsplatz – stehlen lassen muß.

Kreativität läßt sich sicher nicht erzwingen, doch etwas mehr – auch finanzielle – Beachtung, sowie ein Klima von mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit kann ihr den Boden bereiten.

Dipl.-Ing. W. Heckelmann, Essen

Müßige Diskussionen?

„Leserbrief: Fakten aus Afrika"; WELT vom 27. Dezember

In meinem Beitrag „Stämme und Nationen im modernen Afrika" in der GEISTIGEN WELT vom 10. 12. 1983 wird nirgendwo behauptet, daß erst durch die Entscheidung der afrikanischen Regierungen 1963 in Addis Abeba die Grenzen von Cabinda, Angola oder anderer afrikanischen Staaten festgelegt worden seien. Es wurde lediglich betont, daß diese Entscheidung aus realpolitischen Gründen die von den Kolonialmächten übernommenen Grenzen akzeptiert und bekräftigt hat.

Es ist müßig, darüber zu diskutieren, welche Kolonialmacht besser als andere war und wie sie ihre afrikanischen Kolonien benannte. Außerdem kann man in der Brockhaus-Ausgabe von 1966 auf der Seite 526 lesen, daß alle portugiesischen Kolonien – darunter Angola, Cabinda, usw. – erst ab 1951 den Status der „Überseeprovinz" erhielten und nicht etwa schon bei der Berliner-Konferenz 1884–85, wie Leserbrief-Autor von Harpe behauptet. A propos, der heutige Staat Zaire erzielt bei dieser Berliner-Konferenz die pompöse Bezeichnung eines „Freien Unabhängigen Staates von Kongo". Dennoch weiß man, daß dieses Land von 1884–85 bis zum 30. Juni 1960 eine Kolonie war, zunächst mit dem belgischen König Leopold II. als Alleinherrscher und dann, ab dem 14. November 1908, durch den sogenannten Annexionsakt als volle belgische Kolonie.

Die Bemerkung mag stimmen, daß Zaire oder Kongo Cabinda gern übernehmen wollen, schon wegen der großen Ölvorkommen dort. Hinzufügen möchte ich nur, daß dieses Interesse weiterbestehen wird auch nach der Erschöpfung der großen Ölvorkommen. Im zairischen Mayombe-Gebiet beim Zentralort „Loango" – etwa 10 km von meinem Heimats- und Geburtsdorf entfernt – gibt es ein UNO-Flüchtlingsdorf mit Schulen ausschließlich für Flüchtlinge aus Cabinda. Vielleicht sagt dies etwas.

Vumbi-Loko Mbuta, Bonn

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Schuß nach hinten

„Seit 60 Jahren ermöglicht das Handwerk Empfang"; WELT vom 16. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

was der Geschäftsführer des Zentralverbands Deutsche Elektrohandwerke für ideal hält, nämlich daß sich die Post bei der Verkabelung ausschließlich auf die Heranführung der Programme an die Ortsebene beschränken sollte, könnte für das örtliche Elektrohandwerk leicht zu einem Schuß werden, der nach hinten losgeht.

Würde sich die Deutsche Bundespost nur auf den geforderten Bereich beschränken und damit sich ganz aus der sogenannten Netzebene 3 zurückziehen, wären mittelständische Betriebe und das örtliche Handwerk von der Verkabelung ausgeschlossen, wenn sich dann, wie z. B. in den USA, einige hochspezialisierte und finanzstarke Großunternehmen die Verkabelung unter sich aufteilen. Diese Entwicklung ist ganz sicher nicht im Sinne des Handwerks.

Im übrigen haben sich die Betätigungsmöglichkeiten des Handwerks durch das nahezu verdreifachte Investitionsvolumen der Post für Breitbandverkabelung entsprechend vergrößert. Davon profitieren hauptsächlich mittelständische Betriebe am Ort der Ausbauaktivitäten.

Manfred Bergmann, Pressestelle im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen

Wort des Tages

„Die Demut ist eine Tugend, die den Mut zügelt, der sich in ungeordneter Weise nach den hervorragenden Dingen ausstreckt. Diese Tugend ist darum sehr notwendig, weil alle Menschen in sich einen sehr starken Antrieb tragen, alles an sich zu reißen. Darum ist die Demut notwendig, die zeigt, nach welchem Vorrang und vor wem und in welcher Weise man suchen soll."

Girolamo Savonarola, ital. Bußprediger (1452–1498)

Verzerrtes Bild

„Zu viele Tüten unterm Baum"; WELT vom 16. Dezember

Sehr geehrter Herr Ihle,

wir haben mit großem Interesse Ihre Kritik zu der ARD-Sendung gelesen.

Als Dachverband der Hersteller von Verpackungen aus Papier, Karton und Pappe sind wir bereits etliche Male in den letzten Tagen auf diese Sendung angesprochen worden.

Man darf Ihrer Kritik bescheinigen, daß sie zu den wenigen Veröffentlichungen in den Massenmedien zählt, die den Versuch einer differenzierten Auseinandersetzung mit der Verpackungsthematik unternehmen. Wenn man sich, was die meisten Ihrer Kollegen bei Zeitung, Funk und Fernsehen leider nicht tun, etwas intensiver in die Verpackungsfragen einarbeitet, kommt man zu Ergebnissen, die manches liebgewordene Vorurteil Lügen strafen: So ist die Verpackung aus Papier, Karton und Pappe – mit einem Mengenanteil von rd. 45 Prozent bedeutendste Packmittelgruppe – keineswegs der Umweltsünder, als der sie gerne hingestellt wird. 85 Prozent der in Verpackungspapiere, -kartons und -pappen eingehenden Rohstoffe sind Altpapier. Das eingesetzte Holz (rd. 1 Mio. t, nicht – wie Globus behauptete – 3,6 Mio t) ist Abfallholz aus Wald- und Holzwirtschaft. Man könnte somit sogar durchaus behaupten, die in unserer Industrie hergestellten Verpackungen sind fast völlig als Recyclingprodukte anzusehen.

Daß dem Verbraucher, der die Verpackung erst am Ende des Herstellungs- und Verteilungsweges einer Ware zu Gesicht bekommt, deren Aufgaben bis dahin weitgehend unbekannt sind, kann man ihm nicht unbedingt zum Vorwurf machen, da ihm der „Blick hinter die Kulissen" meist verwehrt bleibt.

Daß aber die Medien – voran das Fernsehen, das mit Sendungen wie „Globus" schließlich Millionen Zuschauer erreicht – den Verbraucher statt aufzuklären in seiner Unwissenheit beläßt, indem bestehende aus der Unkenntnis geborene Vorurteile bestärkt werden, halten wir für sehr bedauerlich.

Ihrem Wunsch nach „gründlicher Durchleutung" können wir daher nur zustimmen.

Mit freundlichen Grüßen K.-R. Müller, Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie (HPV) e. V.

Personalien

VERÄNDERUNGEN

Prof. Dr. Karl-Heinz Mattern, seit 1970 Präsident der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung in Bonn-Bad Godesberg, ist zu Jahresende in den Ruhestand getreten. Für seine Arbeit hat ihm der Bundespräsident das Große Bundesverdienstkreuz verliehen. Die Bundesakademie ist die zentrale Fortbildungseinrichtung der Bundesregierung und ein organisatorisch selbständiger Teil des Bundesinnenministeriums. Ihre Aktivitäten umfassen insbesondere die Einführung der Nachwuchskräfte des höheren Dienstes in die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und die allgemeine Fortbildung für alle Laufbahngruppen mit den Schwerpunkten Personal, Haushalt, Organisation und Gesetzgebung.

Mit dem aus Altersgründen ausscheidenden Präsidenten hat auch der Leiter der internationalen Lehrgruppe, **Dr. Werner Schwebbach**, die Bundesakademie verlassen. Er wird Direktor bei Unitar (United Nations Institute for Training and Research) in New York.

*

Prälat **Dr. Georg Hüssler** (62), Präsident der Caritas, hat zu Jahresbeginn die Leitung der Bundesgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG) von **Erwin Stauss** vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband übernommen. In der BAG sind alle Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossen.

Religiöse und ethnische Gegensätze standen Nigerias Entwicklung entgegen

Der Öl-Boom löste die wirtschaftlichen Probleme nicht / Shagaris Bemühen um Ausgleich war vergeblich

Von MONIKA GERMANI

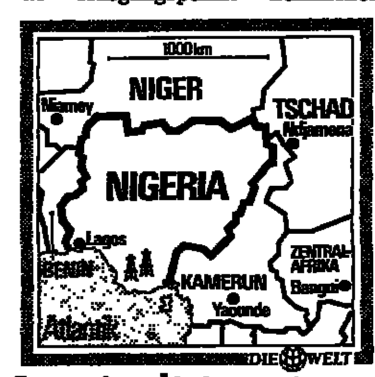
Als Nigeria von Großbritannien 1960 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, galt es als wirtschaftlicher Gigant und Vorbild für alle künftigen unabhängigen Staaten in ganz Afrika. Es war eines der reichsten Länder; Hauptexportgut und Devisenbringer waren seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse: aus dem Norden des Landes kamen Erdnüsse zur Herstellung von Erdnußöl, im Südosten wurde Palmöl produziert, Kakao kam aus dem Südwesten. In den fünfziger Jahren waren die ersten Erdölvorkommen entdeckt worden. Nigerias erster Premierminister Sir Abubakar Tafawa Balewa, war ein gemäßigter, westlich orientierter Mann.

Das riesige Land mit mehr als 923 000 Quadratkilometern an der Westküste Afrikas ist landschaftlich von Norden und Süden so unterschiedlich wie die Völker der 19 Bundesstaaten mit ihren eigenen Parlamenten voneinander verschieden sind. Nord-Nigeria ist eine Halbwüste, die an die Länder Tschad und Niger grenzt. Es ist bewohnt von den islamischen Haussas, Fulbe und den kriegerischen Tuaregs, das sind etwa 50 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die Mitte des Landes wird von der typischen afrikanischen Savannen-Landschaft beherrscht, die in ein Zentralhochland bis zu 2000 Meter Höhe übergeht. Die Küstengebiete sind durchzogen von Flüssen, es gibt große Sandstrände, Lagunen und Mangrovensümpfe. In diesen Gebieten leben die schwarzen Völker der Ibo und Yoruba. Insgesamt gibt es unter den mehr als 83 Millionen Einwohnern (geschätzt) über 250 verschiedene ethnische Gruppen mit einer Vielfalt an Sprachen und Dialekten, die Norden und Süden voneinander trennen. Umgangssprache ist Englisch.

Der religiöse und ethnische Gegensatz in Nigeria hat sich seit Beginn der Unabhängigkeit im Laufe der wechselvollen politischen Entwicklung immer wieder gezeigt. 1966 wurden Präsident Balewa und sein engster Vertrauter, der ebenfalls dem Westen freundlich gesinnte Präsident der Nordregion, Sir Ahmadu Bello, ein gemäßigter Muslim, von schwarzen Offizieren aus dem Süden gestürzt und ermordet. Diese wurden ihrerseits von Offizieren aus dem Norden umgebracht, General Yakubu Gowon wurde Präsident. In die neun Jahre seiner Regierung fiel der blutige Bürgerkrieg um Biafra von 1967–70. Bereits er war eine indirekte Folge der Differenzen zwischen Norden und Süden.

Die fremdenfreundlichen und aufgeschlossenen christlichen Ibos unter General Ojukwo versuchten ihre Unabhängigkeit zu erreichen. Eine gnadenlose Blockade sämtlicher See-, Straßen- und Luftwege war die Antwort der Regierung in Lagos. Zwei Millionen Ibos, meist Frauen und Kinder, verhungerten. Die ganze Welt nahm Anteil an ihrem Schicksal, die Fotos der sterbenden kranken Kinder löste in Europa eine Flut von Hilfsaktionen aus. Die portugiesische Insel Fernando Poo im Golf von Biafra wurde Ausgangspunkt heimlicher Hilfsflüge, um im Schutze der Dunkelheit in das belagerte Biafra Waffen und Lebensmittel zu bringen.



Trotz seines Ölreichtums ist Nigerias Wirtschaft in Not

Als Gowon 1975 gestürzt wurde, folgte eine Militärdiktatur. Erst 1979 trat die neue Verfassung in Kraft, und ein ehemaliger Mitarbeiter des ersten Präsidenten Balewa, Shehu Shagari, wurde Präsident. Er ist selbst Moslem, versuchte aber die Gegensätze zwischen Norden und Süden zu überbrücken.

Wirtschaftlich war Nigeria trotz des Bürgerkrieges durch den Ölboom seit 1973 zu einem der reichsten Länder Afrikas geworden. Doch sollte sich dieser Reichtum für die Zukunft verhängnisvoll auswirken. In den Jahren des hohen Ölpreises wurde Öl zum Hauptdevisenbringer für Nigeria. Das Land, das früher vor allem landwirtschaftliche Güter exportierte, machte sich mit seinen Deviseneinnahmen völlig vom Öl abhängig – mit 90 Prozent aller Einkünfte.

Noch 1980 verdiente Nigeria 22,4 Milliarden Dollar jährlich. Die Erdölproduktion betrug 2,3 Millionen Barrel (ein Barrel = 159 Liter) am Tag. Ausländisches Kapital strömte nach Nigeria, europäische Firmen übernahmen jeden Auftrag, den die Nigerianer vergaben. Die Sowjetunion und der Westen bauten zwei Stahlwerke, die sowohl von Erz- als auch Kohlelieferungen abhängig sind.

Shagari plante riesige Entwicklungsprojekte: eine Untergrundbahn für die Hauptstadt Lagos, die eine Milliarde Dollar kosten sollte. Da die Stadt im Schmutz versinkt und von westlichen Besuchern oft als „Kloake" bezeichnet wird, sollte im Inneren des Landes eine neue Hauptstadt, Abuja, gebaut werden. Das Straßennetz wurde um Tausende von Kilometern erweitert. Mit dem Zusammenbruch des Erdölpreises (als die Tagesproduktion im Jahre 1983 auf 1,3 Millionen Barrel sank) wurde auch der Traum für die neue Hauptstadt zu den Akten gelegt. Die landwirtschaftliche Versorgung wurde über Jahre auf das sträflichste vernachlässigt.



Führt den Militärrat an: Generalmajor Mohammed Buhari FOTO: AP

Die Mißwirtschaft und veraltete Anbaumethoden, aber auch der (scheinbare) Glanz der Städte führten dazu, daß viele junge Leute die Dörfer verließen, um ihr Glück in der Stadt zu suchen. 1980 führte Präsident Shagari einen „Grünen Plan" zur Sanierung der Landwirtschaft ein; aber er hat bisher kaum Erfolge zu verzeichnen, obwohl er Nigeria bis 1990 von Lebensmittelimporten unabhängig machen soll. Shagari hatte die Einfuhr um 50 Prozent gekürzt. Die Preise für Nahrungsmittel haben sich bei einer Inflation von 16 Prozent im letzten Jahr verdreifacht. Lagos gehört heute zu einer der teuersten Städte der Welt.

Ende Januar 1983 vertrieb Nigeria zwei Millionen Gastarbeiter aus den Nachbarländern Kamerun, Dahomey und Togo, davon eine Million Ghanesen, um Arbeitsstellen für die eigene Bevölkerung freizumachen. Doch ließen sich kaum Nigerianer finden, die bereit waren, untergeordnete Jobs als Chauffeur, Hauspersonal oder ungelernte Arbeiter anzunehmen. Vorwand für die Ausweisung war offiziell die Devisenausfuhr der Gastarbeiter, die für die Wirtschaft Nigerias nicht mehr tragbar sei. Tatsächlich aber ist der Haß der Nigerianer vor allem auf die fleißigen Ghanesen im Spiel. Diese sind gewerkschaftlich nicht organisiert und billige Arbeitskräfte.

Kaum waren die Gastarbeiter in Schiffen und Autobussen in ihre Heimatländer transportiert worden, als es in Lagos zu einem Verkehrschaos kam: Die meisten Busfahrer stammten aus Ghana, ebenso wie die Chauffeure. Beamte hatten plötzlich Schwierigkeiten, in ihre Büros zu kommen, da sie sich nun gezwungen sahen, ihre Kinder selbst zur Schule zu bringen.

Der Ausnahmefall in Afrika, nämlich eine demokratische Regierung an der Macht zu halten, ist am 31. Dezember gescheitert. Noch während des Wahlkampfes im Sommer vergangenen Jahres, trotz der Streitereien der einzelnen Parteien, der Beschuldigung der Verlierer hinterher, die Wahlen seien gefälscht worden, war anzunehmen, daß Shagari fähig gewesen wäre, dieses Riesenreich mit seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, seinen Rivalitäten der einzelnen Bevölkerungsgruppen, zu einigen. Er versuchte den klaffenden Gegensatz zwischen islamischen und schwarzen Völkern zu überbrücken und die Wunden nach dem verheerenden Bürgerkrieg zu heilen. Er erlaubte ehemaligen Präsidenten und politischen Gegnern wie Gowon und Ojukwu aus dem Exil nach Nigeria zurückzukehren. Er suchte Ausgleich und Mittelmaß zu finden. Sein Scheitern ist für Europäer zumeist unverständlich, da sie Afrika als ein homogenes Gebilde, von schwarzen Völkern bewohnt, ansehen. Wobei es fraglich ist, ob diese die tieferen Ursachen eines jahrelangen Religionskrieges in Nordirland oder die Streitereien innerhalb der Europäischen Gemeinschaft begreifen können.

General Buhari ernennt Obersten Militärrat

M. G./DW. Johannesburg/London

Drei Tage nach dem Putsch in Nigeria hat der neue Chef der Militärregierung, Generalmajor Mohammed Buhari, gestern die Mitglieder des Obersten Militärrates benannt.

In einer Meldung von Radio Lagos wurde eine genaue Zahl der Ratsmitglieder nicht genannt. Es scheinen jedoch mehr als zwölf Mitglieder zu sein, darunter auch ein Zivilist namens S. N. Iyang. Buhari wurde als Chef der Bundesmilitärregierung, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Vorsitzender des Militärrates genannt.

Andere Mitglieder des Militärrates wurden nach Angaben des Rundfunks der Generalstabschef Brigadegeneral Sintia Isiano, Verteidigungsminister Generalmajor Bali, der Stabschef des Heeres, Generalmajor Ibrahim Babangida, der Stabschef der Marine, Flottillenadmiral Augustin Aykomo und der Stabschef der Luftwaffe, Vizeluftmarschall Ibrahim Alfa. Auch Brigadegeneral Saleh Abacha, der unmittelbar nach dem Putsch die erste Erklärung abgegeben hatte, gehört dem Rat an.

Noch gestern wollte Buhari laut Radio Lagos die Gouverneure der Bundesstaaten zu einer Unterredung empfangen.

Buhari, der versprach, die Wirtschaft des Landes wieder in Gang zu bringen und mit der Korruption aufzuräumen, leitete in der gestürzten Regierung Shagari das Ministerium für Erdöl und Energie. Er ist auch der Mann, der Nigeria gänzlich vom Ölexport abhängig gemacht hat.

Die Grenzen Nigerias, die unmittelbar nach dem Putsch geschlossen wurden, blieben dies auch gestern. Es herrschte außerdem Nachrichtensperre. Wie dennoch zu erfahren ist, ist die Lage in der Hauptstadt Lagos ruhig.

Über das Verbleiben von Ex-Präsident Shagari herrscht Ungewißheit. Er ist spurlos von der Bildfläche verschwunden. Nach anderen Meldungen steht er unter Hausarrest. Shagari war 1979 nach dreizehnjähriger Militärherrschaft zum Präsidenten gewählt und im vergangenen August in diesem Amt bestätigt worden.

Die Deutschen helfen Lagos mit Experten

HH/K. S., Bonn

Seit der Ölpreisexplosion 1973/74 gehört auch das Opec-Mitglied Nigeria zu den „Reichen" unter den Entwicklungsländern. Die Bundesregierung in Bonn beschloß daher 1974, Ländern wie Nigeria keine Kapitalhilfe mehr zu gewähren. Es verwirrt daher auf Anhieb, wenn dennoch 1979 mit 50 Millionen Mark Kapitalhilfe die Einrichtung einer Fachschule für metallverarbeitende Berufe (Metallurgisches Ausbildungszentrum Onitsha) unterstützt wurde. Hierbei handelt es sich jedoch um frühere, nicht in Anspruch genommene Zusagen aus der Zeit vor 1974, die nun „reprogrammiert" wurden, um die verbindlich eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Auch wenn das Zentrum noch im Aufbau ist, halten sich bereits sechs deutsche Ausbilder im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Nigeria auf. Die GTZ ist im Auftrag der Bundesregierung für die Abwicklung der Technischen Hilfe (TH) zuständig. Diese ist auch dem reich gewordenen Ölland nach 1974 weiterhin zugeflossen, wenngleich in bescheidenen Größenordnungen von jährlich derzeit meist fünf Millionen Mark. Diese Mittel sind für die Finanzierung „integrierter Experten", bestimmt. Solche Experten, die in Engpaßbereichen der Staatsverwaltung oder der Wirtschaft des Landes tätig sind, erhalten aus Landesmitteln die dort übliche Vergütung. Mit dem Geld aus Bonn wird ihr Gehalt auf das Niveau etwa der GTZ-Experten angehoben, da andernfalls Fachleute für solche Aufgaben nicht zu gewinnen wären.

Das volkreichste Land in Afrika gehörte angesichts seiner eigenen Einnahmequellen auch schon vor 1974 nicht zu den Schwerpunktländern deutscher Entwicklungshilfe. Als Indiz mag gelten, daß die kumulierten Zusagen aus Bonn bei der Kapitalhilfe bis 1974 knapp 338 Millionen und bei der Technischen Hilfe bis Ende 1982 rund 112 Millionen Mark erreicht haben (zum Beispiel Tansania als TH-Spitzenreiter mit über 400 und Kenia mit 262 Millionen).

Der Streit um Etatkürzungen hat in Israel erst begonnen

Gewerkschaften lehnen Sparplan der Regierung rigoros ab / Auch Konflikte im Kabinett

RS, **Bonn**

Die Entscheidung des israelischen Kabinetts, den Staatshaushalt für das im März beginnende Finanzjahr 1984/85 um rund eine Milliarde Dollar gegenüber dem Vorjahr zu kürzen, dürfte zu ernsthaften Belastungen in der Regierungskoalition sowie zu sozialen Konflikten im Lande führen.

Offenbar als erste Konsequenz des Sparbeschlusses wurden die Treibstoffpreise auf Anordnung des Finanzministeriums um 15 Prozent angehoben. Durch diese Erhöhung hat sich der Benzinpreis in Israel innerhalb eines Monats um 27 Prozent verteuert. Nach Angaben des Finanzministeriums soll durch diese Preiserhöhung der Kursverfall des Schekel gegenüber dem Dollar zumindest verlangsamt werden. Gegenwärtig beträgt die Inflationsrate 180 Prozent.

Nach der Erhöhung der Treibstoffpreise wird damit gerechnet, daß in den nächsten Tagen auch die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel, die Elektrizitäts- und Wasserpreise sowie die Preise einer ganzen Reihe subventionierter Waren, vor allem Lebensmittel, drastisch ansteigen werden.

Die Regierung von Ministerpräsident Shamir scheint trotz der sich abzeichnenden Koalitionsspannungen sowie eines drohenden Konflikts mit den Gewerkschaften entschlossen, an ihrem Sparkurs festzuhalten. Einer der Gründe dürfte die Haltung der Vereinigten Staaten sein. Nach einem Bericht des israelischen Rundfunks hat Washington eine Erhöhung der amerikanischen Wirtschaftshilfe für Jerusalem von der Sanierung der israelischen Staatskasse abhängig gemacht. Nur die jährliche Finanzhilfe der USA bewahrt seit Jahren die marode israelische Wirtschaft vor einem Kollaps. In diesem Jahr wird Washington Jerusalem mehr als 2,6 Milliarden Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe gewähren. Diese Summe ist jedoch angesichts der israelischen Auslandsverschuldung von fast 30 Milliarden Dollar kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn die 910 Millionen Dollar US-Wirtschaftshilfe reichen bei weitem nicht, die jährliche Schuldentilgung für die Auslandsschulden zu leisten.

Der Einsparungsbeschluß der Regierung ist nicht mehr als ein unverbindlicher, grundsätzlicher Plan. Denn sobald die konkreten Einsparungen bei den einzelnen Etatposten zur Entscheidung stehen werden, ist mit harten Auseinandersetzungen in der Regierung zu rechnen. So kam es bereits vor dem Einsparungsplan zu einem Streit über die Fortsetzung der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten. Vor allem die nationalistische Tehya-Partei und mehrere Abgeordnete der national-religiösen Partei, auf deren Stimmen die Regierung angewiesen ist, drohten aus der Koalition auszuscheiden, falls es zu einer Einfrierung der Siedlungspolitik kommen sollte.

Erziehungsminister Hammer von der National-Religiösen Partei, Sozialminister Uzan von der ethnischen Tami-Partei und Vizepremier Levi von der Herut-Partei des Ministerpräsidenten Shamir lehnen Kürzungen im sozialen und Bildungsbereich entschieden ab. Verteidigungsminister Arens, der grundsätzlich Einsparungen Befürwortet, warnte jedoch entschieden vor weiteren Kürzungen im Sicherheitsbereich. Mehrere Abgeordnete der liberalen Partei, die gemeinsam mit der Herut den Likud-Block bilden, sollen ernsthaft die Möglichkeit einer Koalition mit der oppositionellen Arbeiterpartei erwägen. Diesen Parlamentariern scheint das Sanierungskonzept der Arbeiterpartei wirksamer als das der Regierung: Einsparungen durch einen Rückzug der israelischen Truppen aus Südlibanon, sowie ein Einfrieren der Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten.

Die Gewerkschaften lehnen die Sparpläne von Finanzminister Cohen-Orgad, durch die der Lebensstandard um sieben Prozent zurückgeschraubt werden soll, entschieden ab. Ein Sprecher der Einheitsgewerkschaft, Histadruth, sagte, die Arbeitnehmer könnten nicht mit Leuten verhandeln, die einen gezielten Kaufkraftschwund zur Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik machten. Es ist damit zu rechnen, daß die gegenwärtigen Arbeitskämpfe, zur Zeit befinden sich bereits etwa 40 000 Arbeitnehmer, vorwiegend Staatsangestellte, im Ausstand, drastisch ausgeweitet werden.

USA beziehen im Golfkrieg Position für Irak

AP/AFP, **Washington**

Die amerikanische Regierung schlägt sich im Krieg zwischen Iran und Irak offensichtlich immer stärker auf die Seite Bagdads. In einem Bericht der „Washington Post" heißt es, die USA hätten die „befreundeten Staaten" in der Golf-Region im Dezember davon in Kenntnis gesetzt, daß eine Niederlage der irakischen Streitkräfte im Golfkrieg als „den amerikanischen Interessen entgegengesetzt" betrachtet werde. Washington habe den Regierungen der Golfstaaten mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten durch diplomatische Kontakte und eine mögliche Beschränkung von US-Importen nach Iran eine irakische Niederlage verhindern wollten.

Seit dem Anschlag auf das US-Hauptquartier in Beirut Ende Oktober letzten Jahres habe sich die negative Haltung gegenüber Teheran verstärkt, schreibt das Blatt. Als Beweis dafür, daß sich Washington für die Unterstützung Bagdads entschieden hat, nennt die „Washington Post" auch die jüngste Reise von US-Regierungsbeamten in die Golf-Region sowie den Besuch des amerikanischen Sondergesandten für den Nahen Osten Donald Rumsfeld in Bagdad. Nach monatelanger scheinbarer Neutralität im Golfkrieg habe Donald Rumsfeld bei seinem jüngsten Besuch in Irak gegenüber Präsident Saddam Hussein den Willen der USA bekundet, die seit 1968 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Irak wieder aufzunehmen.

Anfang Dezember hatte eine Gruppe hoher Beamter aus Washington anläßlich einer zehntägigen Reise durch Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrein, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Oman eine mögliche Zusammenarbeit der USA mit den arabischen Staaten für den Fall militärischer Angriffe oder einer Schließung der Straße von Hormuz durch Iran erörtert. Nach Angaben der „Washington Post" haben sich die Amerikaner in diesem Zusammenhang verpflichtet, die Straße von Hormuz auf jeden Fall zu verteidigen.

Als weiteres Zeichen für ein verstärktes Engagement der USA führt die Zeitung die Tatsache an, daß die amerikanische Regierung eine Reduzierung von Exporten nach Iran – insbesondere von Einzelteilen für Zivilflugzeuge – erwägt.

Amerikanische Seestreitkräfte sind bereits seit längerem im Golf und im Meer von Oman stationiert. Noch am Freitag hatte sich das Pentagon besorgt über die Anzahl iranischer Schiffe gezeigt, die um diese Einheiten patrollierten, und Maßnahmen gegen eventuelle Kamikaze-Angriffe getroffen. Ein Sprecher des US-Außenministeriums wollte sich zu den Einzelheiten des Berichts nicht äußern. Er könne nur sagen, daß die Vereinigten Staaten eine diplomatische Lösung des Konflikts zwischen Iran und Irak wünschten. Außerdem sei Washington der Ansicht, daß keine Seite dominieren und keine fremde Macht aus der Situation Nutzen ziehen sollte. Eine Verschiebung des Machtgleichgewichts liege nicht im Interesse der Vereinigten Staaten.

General Jaruzelski fordert Polens Jugend zur Mitarbeit auf

„Ansprüche der Bundesrepublik auf deutsche Minderheit in Polen" nennt er „empörend"

dpa, **Warschau**

Der polnische Partei- und Regierungschef, General Wojciech Jaruzelski, hat die Jugend seines Landes aufgefordert, sich an der Entwicklung Polens zu beteiligen. In einem Interview mit jungen polnischen Journalisten bedauerte er, daß viele Jugendliche heute den Eindruck machten, als seien sie nicht da. Dennoch erklärte er sich „zuversichtlich und optimistisch", denn er glaube an die Reife und Vaterlandsliebe seiner Landsleute.

Der General verteidigte noch einmal die Verhängung des Kriegsrechts vom Dezember 1981 als unbedingt notwendig, weil es anderenfalls möglicherweise nicht nur Kriegsrecht, sondern einen wirklichen Kriegszustand gegeben hätte. Jaruzelski vermied in dem fast eine Stunde dauernden, in lockerer Gesprächsform gehaltenen Interview am Sonntag scharfe Töne und erwähnte die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" mit keinem Wort.

Einige westliche Länder, vor allem die Vereinigten Staaten, beschuldigte der General, Polen als Instrument im politischen Spiel zu benutzen und zu versuchen, dem Land Lösungen seiner inneren Probleme aufzuzwingen. Er bezeichnete es als „empörend", daß offizielle Vertreter der Bundesrepublik Deutschland Ansprüche auf eine angeblich millionenstarke deutsche Minderheit in Polen erhöben. Enttäuscht zeigte sich Jaruzelski auch über die Haltung Frankreichs und meinte in Erinnerung an die Niederlage der Franzosen in Vietnam, die Haltung der gegenwärtigen französischen Regierung zu Polen werde eines Tages deren „politisches Dien Bien Phu" werden.

Trotz der Krise im Land sind in Polen im vergangenen Jahr etwa 723 000 Kinder geboren worden, das sind so viele wie seit 1959 nicht mehr und 20 000 mehr als 1982. Polen lag mit einer Rate von 19,8 Lebendgeburten auf je 1000 Einwohner in der europäischen Statistik unter den ersten. Die hohe Geburtenzahl trotz drängender Wohnungsnot liegt unter anderem darin begründet, daß geburtenstarke Jahrgänge ins Heiratsalter gekommen sind.

Die meisten Polen blicken jedoch dem neuen Jahr mit wenig Illusionen entgegen. Die wirtschaftlichen Sorgen des Alltags überschatten die Träume von Freiheit und Mitgestaltung des nationalen Schicksals aus der „Solidaritäts"-Zeit. Daß sich die inzwischen verbotene Gewerkschaft in ihrer alten Gestalt wiederbeleben läßt, glaubt trotz des Papstbesuches und des Friedensnobelpreises für Lech Walesa kaum noch jemand.

Zur Jahreswende 1983/84 braucht die Bevölkerung in Polen zwar nicht zu hungern und zu frieren, doch die Prognosen sind düster. Der mit Mangel an Devisen und Krediten begründete Importstopp geht an die Substanz. Immer mehr Produktionseinrichtungen müssen mangels Ersatzteilen stillgelegt werden. Im Außenhandel nimmt Polen heute unter den europäischen Ländern den zweitletzten Platz ein, stellte kürzlich ein Sachverständiger des Parlaments fest.

Die westlichen, vor allem die amerikanischen Wirtschaftssanktionen haben Polen noch stärker auf die wirtschaftlichen Verbindungen mit der Sowjetunion und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verwiesen. Wegen der eigenen Misere der Sowjetunion kann deren ohnehin spärliche Unterstützung jedoch kein Ausgleich für westliche Technologie sein, wie Polen sie in den 70er Jahren bezogen hat.

Um wenigstens den Stand vom Ende der siebziger Jahre zu halten, braucht Polen dringend neue Kredite aus dem Westen, Export- und Umschuldungsmöglichkeiten. Der Westen hat Warschau jedoch wissen lassen, daß mit neuen Krediten nur zu rechnen ist, wenn die Regierung innenpolitische Erleichterungen gibt.

Angesichts der weltweiten Krise ist es fraglich, ob die Polen 1984 zumindest ihr Planziel erreichen und die Westexporte von 5,5 auf 6,2 Milliarden Dollar steigern können. Das Ausmaß der Schwierigkeiten, vor die sich die polnische Regierung derzeit gestellt sieht, zeigt auch die Tatsache, daß die Pläne für eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise, die Anfang Januar in Kraft treten sollten, auf unbestimmte Zeit verschoben werden mußten. Noch vor dem Jahreswechsel hatte das Politbüro erklärt, daß die Preiserhöhungen, die um 10 bis 15 Prozent liegen werden, jetzt frühestens im Februar wirksam werden sollen.

Kamen Bombenleger in Frankreich aus Nahost?

Noch keine „heiße Spur" / Weitere Drohungen gegen Bahn

dpa/SAD, **Paris**

Zu den Verantwortlichen für die beiden blutigen Silvester-Anschläge gegen die französische Eisenbahn wiesen zwar gestern noch keine konkreten Spuren, doch deuten alle Anzeichen auf Terroristen im Nahen Osten. Eine „Organisation für den bewaffneten arabischen Kampf" hat sich in Anrufen zu den Attentaten bekannt. Außerdem übernahm sie die Verantwortung für den Anschlag auf das französische Kulturzentrum in Tripoli.

In der französischen Öffentlichkeit ist gestern auf die in jüngster Zeit verstärkte anti-französische Hetze in Iran und Libanon hingewiesen worden. Die Organisation „Islamischer Heiliger Krieg" hatte am 21. Dezember dazu aufgerufen, daß „französisches Blut fließen" werde. Und: „Der Boden Frankreichs wird beben", wenn die französischen Soldaten Beirut nicht innerhalb von zehn Tagen verließen. Die gesetzte Frist lief am 31. Dezember ab, an dem im Marseiller Hauptbahnhof und in dem Hochgeschwindigkeitszug TGV bei Explosionen fünf Menschen getötet wurden. Acht Fahrgäste waren auch gestern noch nicht außer Lebensgefahr.

Für die Polizei steht fest, daß die Anschläge von „professionellen Terroristen" begangen wurden. Dafür sprächen vor allem Menge und Art des Sprengstoffs, der gewöhnlich nur vom Militär verwendet werde. Polizei, Eisenbahnverwaltung, mehrere Zeitungen und die Nachrichtenagentur AFP haben Dutzende anonymer Anrufe mit angeblichen Täterbekenntnissen erhalten.

Auf sämtlichen großen Bahnhöfen in Frankreich patrouillieren seit Sonntag morgen Streifen der schwerbewaffneten Einsatzpolizei CRS. Die Polizisten machen Stichproben im Reisegepäck und kontrollieren vor allem die Koffer und Taschen in den nationalen und internationalen Schnellzügen. Als Folge der Anschläge gab es bereits am Sonntagabend noch zahlreiche telefonische Bombendrohungen gegen Bahnhöfe. In Grenoble und Nizza ordnete die Polizei deshalb die vorübergehende Räumung an und durchsuchte die Bahnhöfe gründlich. Beide Male ohne Ergebnis.

Frauen in der CDU auf dem Vormarsch

hey. **Bonn**

Die CDU hat im letzten Jahr nach den Worten ihres Bundesgeschäftsführers Peter Radunski „eine ganz hervorragende Mitgliederentwicklung" verzeichnet. Ende 1983 gehörten ihr 735 000 eingeschriebene Parteianhänger an. Mit dieser Steigerung um 2,4 Prozent gegenüber 1982 ist dies der höchste Mitgliederstand in der Geschichte der CDU und der größte prozentuale Zuwachs seit 1976.

Insgesamt hat sich die Mitgliederzahl gegenüber 1971 mehr als verdoppelt. Seit Helmut Kohl vor zehn Jahren Parteivorsitzender wurde, beträgt die Zunahme rund 74 Prozent. Der Anteil der Frauen nimmt ständig zu. Er liegt jetzt bei knapp einem Viertel der Gesamtmitgliedschaft. Die stärksten Landesverbände sind weiter die CDU-Rheinland mit 139 000 und Westfalen-Lippe mit 133 000 Mitgliedern.

Auch die FDP konnte eine Steigerung verzeichnen. Nachdem sie beim Koalitionswechsel Ende 1982 zunächst rund zehn Prozent ihrer Mitglieder verloren hatte, beträgt die Zahl ihrer Anhänger jetzt gut 80 000.

Kairo kündigt Botschaft des Koptenpapstes an

dpa/DW. **Kairo**

Die regierungsgelenkte ägyptische Presse hat gestern angekündigt, daß das unter Präsident Sadat in ein Wüstenkloster verbannte Oberhaupt der koptischen Kirche in Ägypten, Papst Schenuda III., zum koptischen Weihnachtsfest am 7. Januar eine Botschaft an die Gläubigen richten werde. Die Zeitung „Al Akabar" veröffentlichte auf der Titelseite sogar ein Foto des Kirchenoberhaupts. Aus den Zeitungsmeldungen geht allerdings nicht hervor, in welcher Form die Botschaft übermittelt werden soll.

Sadat hatte die Entmachtung und Verbannung Schenudas im September 1981 mit dem Vorwurf begründet, der Patriarch habe Zwietracht zwischen Kopten und Moslems gesät. Tatsächlich jedoch hatte sich Sadat damals den Forderungen radikaler Moslems gebeugt.

Ein von Sadat verfügtes Besuchsverbot ist von seinem Nachfolger, Präsident Mubarak, wiederaufgehoben worden. Im Oktober hatte Mubarak in einem Interview angekündigt, daß Papst Schenuda eines Tages wieder sein Amt ausüben werde.

Guerrilla in El Salvador sprengt wichtigste Brücke

Reagan plant Erhöhung der Subventionen für San Salvador

AFP/AP, **San Salvador/Washington**

Die salvadorianische Guerrilla hat zum Jahresbeginn die größte Brücke des Landes, die Cuscatlan-Brücke über den Rio Lempa an der Panamericana, in die Luft gesprengt und völlig zerstört. Die 140 Meter lange streng bewachte Brücke zwischen den Provinzen Usulutan und San Vicente war die wichtigste Verbindung zwischen der Hauptstadt San Salvador und dem Osten des Landes.

Wie die „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) mitteilte, sind bei dem Angriff zwei Soldaten getötet und der Damm eines Elektrizitätswerkes neben der Brücke zum Teil zerstört worden. Erst vor zwei Tagen hatte die FMLN eine Garnison der Armee in El Paraiso, 60 Kilometer nördlich von San Salvador, eingenommen und nach eigenen Angaben 200 Soldaten der Regierungstruppen getötet und 200 weitere gefangengenommen.

Die Guerrilla-Offensive, die praktisch ununterbrochen seit Anfang September letzten Jahres anhält und gegenwärtig unter dem Namen „Kampf des ganzen Volkes bis zum Sieg über die imperialistische Intervention" läuft, hat in Washington zu großer Beunruhigung geführt. Wie die „New York Times" unter Berufung auf das State Department meldete, will Präsident Reagan den Kongreß demnächst um eine starke Erhöhung der Wirtschafts- und Militärhilfe für die salvadorianische Regierung ersuchen.

In keinem mittelamerikanischen Land wurden die Menschenrechte im vergangenen Jahr so häufig verletzt wie in El Salvador und Guatemala. Zu diesem Ergebnis kommt ein am Wochenende veröffentlichter Bericht des Council of Hemispheric Affärs (CHA), einer privaten amerikanischen Organisation, die sich mit den Beziehungen zwischen Nord- und Lateinamerika beschäftigt. Demnach wurden bis zum Jahresende in El Salvador 6000 Menschen aus politischen Gründen getötet. In Guatemala seien rund 5000 Zivilisten politischer Gewalt zum Opfer gefallen. Die meisten Opfer gingen auf das Konto von Armee und Regierung, aber auch rechtsextremistische Todesschwadronen und linke Guerrilleros seien an den politischen Morden beteiligt gewesen.

Althammer: Entlastung für Familien

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Walter Althammer, hat gestern angekündigt, daß die Fraktionskommission „Familienlastenausgleich" bis zur Jahresmitte ihre ersten Eckdaten vorlegen werde. Zu den Kernpunkten werde gehören, daß die beabsichtigte steuerliche Neuregelung des Familienlastenausgleichs „eng verzahnt werden muß mit der nächsten Phase der Steuerpolitik, bei der es um die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer geht und bei der es nach dem Willen der Regierung zu betonten und gezielten Entlastungen der Familien kommen soll".

In einer Zwischenbilanz der Kommission, die unter seinem Vorsitz arbeitet, nannte Althammer als oberstes Ziel, daß der Familienpolitik wieder der Vorzug vor allen anderen gesellschaftspolitischen Bereichen eingeräumt werden müsse. „Die Familie ist die Form menschlichen Zusammenlebens, in der laut Umfragen 80 Prozent der Bevölkerung ihre Selbsterfüllung suchen."

Es gehe um die Verbesserung der Rahmenbedingungen, um die finanzielle Absicherung der Familien mit Kindern. „Der Wunsch, Kinder zu haben, darf in unserer hochzivilisierten Gesellschaft nicht länger davon bestimmt werden, daß die Belastungen der Eltern durch Kinderkosten das zumutbare Maß überschreiten." Die CDU/CSU-Kommission setze sich dafür ein, das duale System von Steuererleichterungen und Direktleistungen wieder einzuführen. Auf dem „Prüfstand" stünden dabei die „Denkmodelle" des Vollsplittings, Teilsplittings und der Freibetragslösung. Außerdem sollten Erziehungsleistungen von Müttern und Vätern, für die auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet werde, in Zukunft mit einer höheren Rente „belohnt" werden. Unter der Voraussetzung, daß die notwendigen Milliardenbeträge vom Bund aufgebracht werden können, sollen vom Staat für ein volles Jahr als Erziehungszeit die Beiträge an die Rentenversicherung übernommen werden. Je nach Kassenlage würden sich die Beiträge nach 75 oder 100 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten berechnen. Die Kosten bezifferte Althammer auf zwischen 3,4 und 4,75 Milliarden Mark jährlich.

Harriman warnt vor Kriegsgefahr

dpa, **New York**

Scharfe Kritik an der Sicherheitspolitik von US-Präsident Ronald Reagan hat der ehemalige amerikanische Botschafter in Moskau und London, W. Averell Harriman, geübt. In der „New York Times" wirft Harriman, der fünf amerikanischen Präsidenten als Berater diente, Reagan vor, die Gefahr eines Atomkrieges vergrößert zu haben. Die Politik der Reagan-Administration habe dazu geführt, „daß wir nicht die Gefahr, sondern die Realität eines nuklearen Krieges vor uns haben könnten, wenn die gegenwärtigen Entwicklungen bei den Atomwaffen und den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen anhalten". Das Verhältnis zur Sowjetunion sei gefährlicher als zu irgendeiner Zeit in der letzten Generation.

Wirtschaftsforscher für Lohnpause

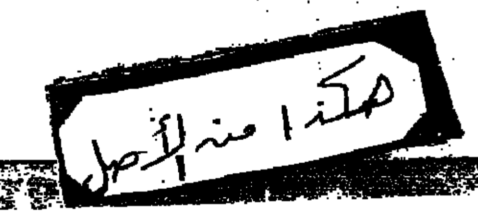
▲ Fortsetzung von Seite 1

den Beschäftigten und ein anderer Teil von der Bundesanstalt für Arbeit getragen. Das RWI weiter: „Gleichwohl werden die Unternehmen auch hierbei so stark zur Kasse gebeten, daß sich der Bundesminister der Finanzen weigert, diese Regelung für den öffentlichen Dienst zu übernehmen."

Der Vorschlag des RWI kommt zu Jahresanfang überraschend, weil in einigen Arbeitgeberkreisen zur Zeit darüber nachgedacht wird, ob das kompromißlose Verharren der IG Metall und der ihr folgenden Gewerkschaften auf der Forderung nach Einstieg in die 35-Stunden-Woche nicht dadurch aufgebrochen werden könnte, daß die Unternehmen kräftige Einkommensverbesserungen anbieten, die weit über die gerade zum Inflationsausgleich reichenden Lohnsteigerungen der vergangenen drei Jahre hinausgehen würden.

Seinen „Nullrunden"-Vorschlag, der für den Beamtenbereich per Gesetz schon verwirklicht ist und der für den restlichen öffentlichen Dienst in Tarifverhandlungen durchgesetzt werden soll, will das RWI nicht mit den falschen Argumenten verteidigt wissen. Jedenfalls sei es falsch, die größere Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst als Grund für eine Art „Abschlag" auf die Einkommen anzuführen. Wäre dies der eigentliche Grund, dann müßte man im Umkehrschluß den Arbeitnehmern in Wirtschaftszweigen mit geringerer Sicherheit einen „Risiko-Zuschlag" zubilligen. Tatsächlich sei es nicht die Sicherheit der Arbeitsplätze des öffentlichen Dienstes, „sondern der wachsende Zustrom an Bewerbern", das „Überangebot" an Arbeitskräften also, das den Preis für den Faktor Arbeit hier sinken lassen müsse. Auf Lohnerhöhungen könne also verzichtet werden.

Auch als Preis für den „vermeintlichen ‚sozialen Frieden'" seien Lohnanhebungen nicht angebracht, denn dieser Friede gelte nur für die Arbeitsplatzbesitzer. Er würde sogar auf Kosten der Arbeitslosen erkauft, die „umso länger auf einen neuen Arbeitsplatz warten, je weiter wagemutige Investitionen durch immer neue Belastungen der Unternehmen hinausgeschoben werden".



Erholung in Sicht

J. G. – Ungewöhnlich ist für die deutsche Stahlindustrie das alte Jahr zu Ende gegangen. Der Dezember brachte nicht das übliche schwache Geschäft, sondern das schönere Gegenteil. So mancher Produzent versuchte, die vorsorglich „zwischen den Jahren“ eingeplanten Blockstillstände seiner Anlagen wieder aufzuheben, so weit die Belegschaft aus dem geplanten Urlaub zurückzuholen war. Unvermutet stark war denn auch im Dezember bei den Schrotthändlern die Nachfrage der Werke nach diesem einzigen heimischen Eisenrohstoff für die Stahlerzeugung. Schrott ist knapp geworden. Der Richtpreis für die Standard-Schrottsorte 0, im letzten Jahr vom vorherigen Hungerniveau um 40 Mark auf den für die Schrottsammelei wieder auskömmliches Niveau von 180 Mark je Tonne gestiegen, wird nachhaltig vom Markt überholt. Bis zu 50 Mark Aufpreis zahlten die Werke auch im Dezember, um an das begehrte Material zu kommen. Höchstwahrscheinlich wird der Richtpreis nun im Januar um mindestens 30 Mark erhöht.

Man kann das, wenngleich bei der aktuellen Schrottmarktenge nicht nur konjunkturelle Faktoren zusammenkommen, getrost als Signal dafür werten, daß der Konjunkturaufschwung auch die Stahlindustrie erreicht hat. Hier allerdings versetzt er beileibe keine Berge. Produktionserholung und die nun wieder einsetzende Festigung der Stahlpreise befreien die Branche nicht von dem Zwang, mit weiteren Kapazitätsabbau auf die veränderten Strukturen des Weltstahlgeschäfts zu antworten. Aber leichter wird dieser teure Anpassungsprozeß durch die Belebung der Stahlkonjunktur allemal. So leicht, daß mancher ihn auch schon wieder für überflüssig hält?

Frosch-Statistik

Ha. (Brüssel) – Es muß vieles besser werden im neuen Jahr – auch die Statistik über Froschschenkel und Schnecken. Nicht einmal in Frankreich nämlich gibt es – wie die EG-Kommission dem britischen Konservativen Rutton mitteilte – bislang offizielle Angaben über Erzeugung und Verbrauch der lukullischen Leckereien. Schätzungen ist immerhin zu entnehmen, daß die Franzosen 5000 Tonnen Froschschenkel im Jahr verzehren, die samt und sonders importiert werden müssen. Hier wiederum ergibt sich das Problem, daß der gemeinschaftliche Außenhandel nicht eindeutig erfaßt werden kann, weil im EG-Zolltarif Zubereitungen von Froschschenkeln und Schnecken nicht einzeln, sondern mit anderen Posten unter den gleichen Zollpositionen zusammengefaßt werden. Man vermutet, daß von den nach Frankreich importierten 5000 Tonnen Froschfleisch 4000 Tonnen aus Froschschenkeln (vorwiegend tiefgekühlt aus Südostasien) und 1000 Tonnen aus lebendigen Fröschen (vom Balkan) stammen. Auf Einfuhrzölle will die EG allerdings weder für Schenkel noch für Zubereitungen verzichten.

EIGENKAPITAL / Maßnahmenkatalog des Bundeswirtschaftsministeriums

Bonn will Rahmenbedingungen für die Selbstfinanzierung verbessern

HEINZ HECK, Bonn

In einem umfangreichen Maßnahmenkatalog hat das Bundeswirtschaftsministerium jetzt erläutert, wie dem starken Rückgang der Eigenkapitalquote (von 1965 bis 1982 von 29,8 auf 18,5 Prozent) Einhalt geboten werden könnte. In dieser Zeitspanne ist die Investitionsquote sogar von 8,8 auf 2,9 Prozent zurückgegangen. Mit dieser ungünstigeren Eigenkapitalausstattung seien die Unternehmen heute weniger in der Lage, konjunkturellen Schwankungen wirkungsvoll zu begegnen.

Durch eine Stärkung der Selbstfinanzierung der Unternehmen wie durch die Schaffung günstigerer Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Risikokapital auf dem Kapitalmarkt sollte die Bildung von Eigenkapital gefördert werden. An die Einführung neuer Subventionen ist dagegen nicht gedacht. Aus der Fülle der Maßnahmenvorschläge sind die folgenden herausgegriffen:

„Absolute Priorität vor allen anderen denkbaren Maßnahmen muß die beabsichtigte Tarifreform der Lohn- und Einkommensteuer behalten“, heißt es. Dadurch werde auch die Ertragskraft der Unternehmen gestärkt.

Auch der Vermögenspolitik komme erhebliche Bedeutung zu. Allerdings habe die staatliche Förderung nur zu zwei Prozent Anlagen in Risikokapital erfaßt.

Zwar trage die Wirtschaft selbst die „Hauptverantwortung“ für die Beschaffung auch des Risikokapitals von außen. Doch müsse der Staat durch Abbau rechtlicher Hemmnisse zum Beispiel auf steuer- und kapitalmarktpolitischem Gebiet flankierend eingreifen.

So werde die Rendite aus Unternehmenskapital vor allem durch solche Steuern diskriminiert, die speziell die Unternehmenstätigkeit, nicht aber andere Einkunftsquellen belasteten. Jedoch: Gegen den „an sich wünschenswerten“ Abbau solcher Steuern, wie etwa der Gewerbesteuer, gebe es zwei Hindernisse, nämlich den Vorrang der Haushaltskonsolidierung wie der Tarifreform bei der Lohn- und Einkommensteuer. Weitergehende Entlastungen bei der Unternehmensbesteuerung über die bisherigen Beschlüsse hinaus werden „allenfalls als flankierende Maßnahmen“ in Aussicht gestellt.

Die Steuerexperten empfehlen daher, vor allem dort anzusetzen, wo Anteilseigner von Kapitalgesellschaften „rechtlich oder faktisch steuerlich ungünstiger“ gestellt seien. Hier wird auf die unterschiedliche Gewinnbesteuerung der Unternehmenserträge (Dividenden) und Geldkapitalzinsen hingewiesen. Im ersten Falle sei der Anleger durch die „Quellenbesteuerung“ (Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gewinne und Kapitalertragsteuer) benachteiligt gegenüber dem Geldanleger. Die Ausdehnung der Quellenbesteuerung auf Zinseinkünfte sei jedoch „problematisch“. Um die steuerliche Hemmschwelle gegenüber Dividendeneinkünften wirksamer abzubauen, sollte für Kleinanleger das „lästige“ Anrechnungsverfahren vereinfacht werden (Nichtveranlagungsbescheinigung).

Die bereits eingeleitete schrittweise Beseitigung der vermögensteuerlichen Doppelbelastung bei Kapitalgesellschaften sollte „möglichst fortgesetzt werden“ (Volumen der Doppelbelastung auf der Ebene der Anteilsinhaber etwa 200 Millionen Mark).

Das Eigenkapital benachteiligende Differenzierungen ergäben sich zum Teil aus dem Steuersystem selbst, zum Beispiel Abzugsfähigkeit der Fremdfinanzierungskosten oder unterschiedliche Besteuerung der verschiedenen Gesellschaftsformen. „Insoweit sind Änderungen auf absehbare Zeit ausgeschlossen“, heißt es. Besondere Diskriminierungen werden in der speziellen Belastung der Kapitalbeschaffung durch die Kapitalverkehrsteuern gesehen, also die Gesellschaftsteuer (1983: 340 Millionen) und Börsenumsatzsteuer (210 Millionen).

Eine weitere Diskriminierung des Eigenkapitals ist die Begünstigung der Fremdfinanzierung bei der Gewerbesteuer (Zurechnung der Dauerschulden und Dauerschuldzinsen ab 1984 nur noch zu 50 Prozent). Eine Gleichstellung der Eigenkapitalfinanzierung sei zu prüfen.

AKTIENMARKT

Die Börse begann das neue Jahr in Champagnerlaune

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Diesem Jahr geht der Ruf voraus, abermals ein „Jahr der Aktie“ zu werden. Dem machte die Börse gestern in Champagnerlaune alle Ehre. Die Kurse marktbreiter Publikumsaktien stiegen auf breiter Front bis um fünf Mark, vielfach sogar bis um zehn Mark und mehr. Der Aktienindex der WELT zog von 152,6 auf 154,5 Punkte (21. 12. 1964=100) an und gewann auf diesem neuen absoluten Höchststand gestern 1¼ Prozent.

Das Aktiengeschäft war in der ersten Börsenstunde außerordentlich lebhaft. Die feste Tendenz wurde für um so bemerkenswerter gehalten, als ausländische Anleger feiertagsbedingt kaum am Markt erschienen. Die Nachfrage stammte zu einem erheblichen Teil von inländischen institutionellen Anlegern, vornehmlich aus der Versicherungswirtschaft, die jetzt über die reichlich fließenden Prämieneinnahmen disponiert. Die Massierung der Nachfrage am ersten Börsentag des neuen Jahres führte man auf die weitgehende Computerisierung des institutionellen Geschäfts zurück, die für eine schärfere Abgrenzung von Transaktionen zwischen dem alten und neuen Jahr sorge und damit Vorkäufen für „neue Rechnung“ entgegengewirkt habe.

Die Aktienbörse erhielt gestern auch von der technischen Seite Auftrieb. Verkaufslimite für den Januar seien vielfach noch nicht erneuert worden, hieß es auf dem Parkett. Man schloß nicht aus, daß die gestrigen Kurssteigerungen in den nächsten Tagen zu verstärkten Gewinnrealisationen animieren. Auch wurde darauf hingewiesen, daß in Großbritannien, von wo während der letzten Zeit einiges Angebot an den Markt kam, gestern Feiertag war.

Die während der Börsensitzung eingetretene Geschäftsberuhigung wurde allerdings als Zeichen dafür gewertet, daß sich am Markt noch keine Euphorie breitgemacht habe, die eine Rückschlagsgefahr in sich berge. Die Tageshöchstkurse wurden in der zweiten Börsenstunde vielfach bis um eine Mark unterschritten.

Zu den Spitzenreitern der Börse gehörte die Aktie der Deutschen Bank, die um 3,2 Prozent ihres Kurswertes von 338,30 auf 349 DM kletterte sowie Allianz Versicherung (827 nach 798 DM). Mit diesem Gewinn von vier Prozent honorierte der Markt den gewinnträchtigen Verkauf der Eagle-Star-Beteiligung. Zu den Rennern des Tages gehörten auch Conti-Gummi (plus 4,3 Prozent), die von der Ausgabe der Optionsanleihe profitierte. Von der allgemeinen Aufwärtsbewegung wurden Veba auf 169,50 DM (plus 2 DM) mitgezogen, obwohl man es für möglich hält, daß der Kurs wegen der bevorstehenden Privatisierungsaktion „angehalten“ wird.

Von seiner freundlichen Seite zeigte sich auch der Rentenmarkt, der von der Wiederanlage von Mitteln zum großen Kupontermin profitierte.

Zuviel Stahl in USA

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Nicht überrascht, weil unausweichlich, hat die Entscheidung des größten amerikanischen Stahlkonzerns, der United States Steel Corp. mit Sitz in Pittsburgh, 17 Prozent der Produktionskapazität stillzulegen. Von Kalifornien bis Pennsylvania werden sechs größere Werke geschlossen und weitere 24 Anlagen einer kostensparenden Schlankheitskur unterworfen. Vernichtet werden mehr als 15 400 Arbeitsplätze.

Was sich in der US-Stahlbranche abspielt, ist eine Fortsetzung des Schrumpfungsprozesses, der 1968 mit ersten Fusionen begann und sich von 1974 an erheblich beschleunigte. Seitdem sind über 200 Betriebe, darunter zwei Dutzend integrierte Stahlwerke, dichtgemacht worden. Allein seit 1978 wurden die Kapazitäten um zehn Prozent abgebaut. Eine gleichhohe Reduzierung wird bis 1988 erwartet.

Wie in der EG, wo die Zahl der Stahlarbeiter von 1974 bis 1983 von 800 000 auf 500 000 und die Stahlerzeugung von 115 auf 98 Millionen Tonnen gesunken ist, hinterläßt der Rückzug des früher so mächtigen Industriezweiges auch in den Vereinigten Staaten tiefe Spuren: In der gleichen Zeitspanne verringerte sich die Beschäftigung von 512 000 auf 246 000, die Rohstahlproduktion von 136 auf rund 83 Millionen Tonnen. In den ersten elf Monaten dieses Jahres betrug die durchschnittliche Kapazitätsauslastung 55,4 (1982: 48,4) Prozent.

Es ist das zweite Mal, daß U.S. Steel in wenigen Jahren Ballast abwirft. Von allen Unternehmen befindet sich der Marktführer in der schwierigsten Lage, weil er die meisten veralteten Werke und Anlagen besitzt. Bei jeder Tonne verkauften Stahls verliert der Konzern 92 Dollar. Der nächste große „Kill“ findet statt, wenn das US-Justizministerium und die Aktionäre in Kürze den Zusammenschluß von Republic Steel und Jones & Laughlin (LTV) genehmigen, was als sicher gilt. Verkaufen will National Steel das erst 1976 für 60 Millionen Dollar in Liberty, Texas, errichtete und kürzlich stillgelegte Röhrenwerk. Ein Erwerber ist jedoch nicht in Sicht.

Die Geschäftsleitung in Pittsburgh hat zwei Gründe für die scharfen Kapazitätsschnitte genannt: „Subventionierte“ Stahlimporte und zu hohe Arbeitskosten. Der letztere Faktor hat zweifellos die größere Relevanz, da die Löhne und Nebenkosten hauptsächlich den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit in vielen Werken verursacht haben. Zu Betriebsschließungen kommt es dort, wo sich die Belegschaft weigerte, Lohnzugeständnisse zu machen. In Birmingham, Alabama, beugten sich die Arbeiter den ökonomischen Zwängen. Hier werden die Anlagen auf den neuesten Stand gebracht.

Verglichen mit der EG ist die Parallelität der Probleme verblüffend: In den USA stehen die Stahlwerker zusammen mit den Automobilarbeitern seit 40 Jahren an der Spitze der nationalen Lohnskala. Die Arbeitskosten je Stunde reichen an 25 Dollar heran; davon entfallen acht Dollar auf Nebenkosten. Für die Unternehmen unerschwinglich geworden ist die von der Gewerkschaft über die Jahre durchgesetzte Einkommenssicherung. Eine Aufstellung des US-Stahlinstituts zeigt, daß ein arbeitsloser Stahlwerker in Pennsylvania 123 Prozent des Durchschnittslohnes in der amerikanischen verarbeitenden Industrie erhält, für ein Jobwechsel also kein Anreiz besteht.

In den USA zahlen die Stahlfirmen Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung, so daß die Leistungen nach Steuern 81 Prozent des letzten Lohnes ausmachen. Der Arbeitgeber trägt überdies alle Krankheitskosten, einschließlich Familie. Bei Arbeitsplatzverlust wird die ungekürzte Betriebspension um monatlich 400 Dollar aufgestockt, bis der Empfänger 62 Jahre alt ist und Sozialversicherungsrente beanspruchen kann. In Amerikas Stahlrevieren kann sich ein 42 Jahre alter Arbeiter mit einer garantierten Betriebsrente zur Ruhe setzen, wenn er mit 18 seinen Job begonnen hat.

U.S. Steel, die noch 1983 rund 1,2 Milliarden Dollar abschreibt, verspricht sich von den Kapazitätsschnitten jährliche Einsparungen in Höhe von 200 Millionen Dollar. Näher rückt damit die Erreichung der Gewinnschwelle bei einer Auslastung von 50 Prozent. Der Konzern steigt aus, wo die Kosten am höchsten sind: bei Formstahl und Draht. Er konzentriert sich künftig auf Qualitätsstähle, zum Beispiel für die Autoindustrie.

AUF EIN WORT

„Bis Ende dieses Jahrhunderts werden 70 Prozent aller Beschäftigten mit Informationstechnologie an ihrem Arbeitsplatz in Berührung kommen und deshalb ein Grundwissen auf diesem Gebiet benötigen. Das staatliche Bildungswesen aber zeigt bisher kaum Ansätze, der breiten Bevölkerung den Zugang zu dieser Technologie zu vermitteln.“

Lothar F. W. Sparberg, Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland GmbH, Stuttgart. FOTO: DIE WELT

Milchproduktion weiter gestiegen

AP, Bonn

Die Milcherzeugung in der Bundesrepublik ist 1983 trotz schlechter Futterversorgung noch schneller gestiegen als in den Jahren zuvor. Wie die Zentrale Markberichtstelle (ZMP) in Bonn gestern mitteilte, verarbeiteten die Molkereien im vergangenen Jahr 25,2 Millionen Tonnen Milch. Dies sind 1,5 Tonnen oder 6,4 Prozent mehr als 1982. Ursache dieser Entwicklung sei eine Zunahme des Milchviehbestandes um 3,2 Prozent auf 5,6 Millionen Kühe und eine Steigerung der Milchleistung pro Kuh um rund drei Prozent auf knapp 4800 Kilogramm im Jahr, erklärte die ZMP.

HYPOTHEKENBANKEN

Zur Jahreswende ein Bild mit großen Zinshoffnungen

HEINZ HECK, Bonn

Zur Jahreswende zeichnet der Verband Deutscher Hypothekenbanken ein Bild mit „großen Zinshoffnungen“: Er erwartet eine Stabilisierung des Kapitalmarktzinses bei etwa acht Prozent, der langfristige Kredite zu einem Zinssatz um achteinhalb Prozent ermögliche. „Dieser Zins läge unter dem langjährigen Durchschnitt, so daß ihn sich die Kreditnehmer möglicher langfristig sichern sollten“, rät der Verband.

Für seine Zuversicht führt er eine Reihe von Argumenten ins Feld:

● Die staatliche Kreditaufnahme in der Bundesrepublik, die bereits 1983 mit zusammen 61 Milliarden Mark (Bund, Länder und Gemeinden) geringer ausgefallen sei als geplant, werde 1984 etwa 54 Milliarden Mark betragen.

● Die Preissteigerungsrate für die allgemeine Lebenshaltung habe zuletzt 2,6 Prozent betragen – mit der Folge, daß der Realzins „mit fast sechs Prozent so ungewöhnlich groß war, daß vernünftigerweise nur mit einer Verringerung gerechnet werden sollte“.

● Zwar würden die USA auch 1984 durch ihr Budgetdefizit „eine unwillkommene Nachfrage nach internationalem Kapital ausüben“. Doch werde der wirtschaftliche Erholungsprozeß in der Bundesrepublik und den meisten anderen Industrieländern die Abhängigkeit von der amerikanischen Zinsentwicklung verringern und wahrscheinlich auch zu einer allmählichen Stärkung der D-Mark an den Devisenmärkten führen.

● Auch die Überschuldung einiger Schwellenländer sei durch internationale Finanzierungsaktionen weitgehend unter Kontrolle.

NEUVERSCHULDUNG

Union: Nachtragshaushalt wird nicht erforderlich sein

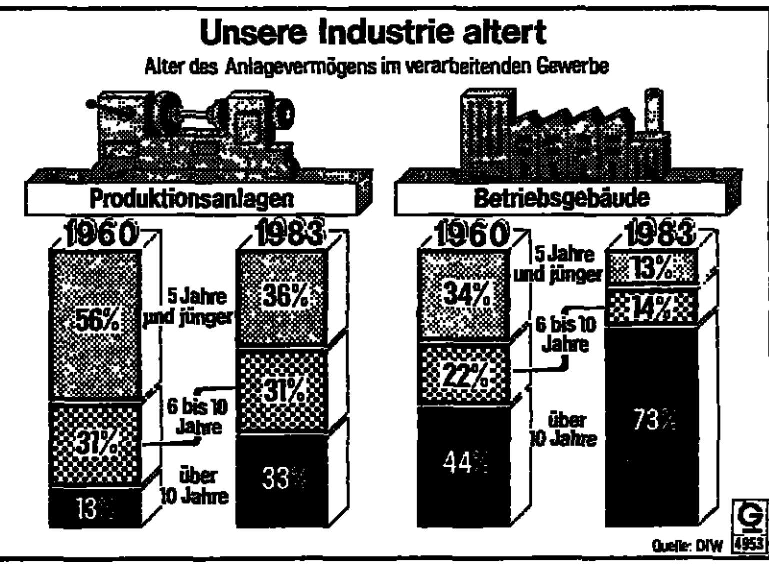
HEINZ HECK, Bonn

1985 soll die Neuverschuldung des Bundes die 30-Milliarden-Marke „deutlich unterschreiten“. Das erklärte der haushaltspolitische Sprecher der Bonner Unionsfraktion, Manfred Carstens (Emstek), in einer Bilanz der Bundesfinanzen zum Jahreswechsel. Bereits jetzt wagt er die Prognose, daß 1984 – wie im Vorjahr – kein Nachtragshaushalt erforderlich sei. Denn bei wichtigen Ansätzen wie etwa der Arbeitslosenversicherung sei mehr in den Etat eingestellt worden als für notwendig gehalten werde. Carstens sprach sich dafür aus, durch Minderausgaben freiwerdende Mittel ebenso wie mögliche Mehreinnahmen bei Steuern oder dem Bundesbankgewinn zur Verringerung der Neuverschuldung zu verwenden. „Ein Defizit von nur noch wenig mehr als 30 Milliarden Mark sollte dann bei günstiger Entwicklung am Jahresende 1984 möglich sein.“ Der '84er Etat erlaubt eine Neuverschuldung von 33,6 Milliarden.

Auch 1985 soll die Ausgabensteigerung nicht wesentlich höher ausfallen als 1984 (1,6 Prozent). Dabei räumt Carstens ein, daß erhöhte Mittelanforderungen zum Beispiel durch die Erhöhung des Wehrsolds ebenso wie die durch Karlsruher Urteil gebotene Neuregelung der Besteuerung der Alleinerziehenden „unumgänglich“ seien.

1985 könnte im übrigen die Haushaltskonsolidierung „ohne gravierende zusätzliche gesetzliche Einschnitte erreicht werden“, da die beiden Sparpakete aus den letzten Haushaltsrunden über 1984 hinaus wirken. Handlungsbedarf sieht Carstens vor allem bei der Überprüfung der Mischfinanzierungen und dem Subventionsabbau, der „noch nicht zufriedenstellend vorangekommen ist“.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Industrie in der Bundesrepublik Deutschland zeigt Altersschwäche. Das geht aus einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hervor. Danach hat sich der Altersaufbau des industriellen Anlagevermögens in den letzten 23 Jahren deutlich verschlechtert. Der Grund ist das Nachlassen der Investitionstätigkeit vor allem in den letzten Jahren. QUELLE: GLOBUS

DIHT fordert Reform des europäischen Regionalfonds

Bonn (dpa/VWD) – Eine Obergrenze für die garantierten Ausgaben aus dem EG-Agrarfonds sollte künftig verhindern, daß mehr als vier Fünftel der europäischen Agrarmittel in die reichen EG-Nordländer fließen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) schlägt in seinen gestern bekanntgegebenen „DIHT-Leitsätzen zur raumwirksamen Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft“ vor, das dadurch eingesparte Geld zur Verbesserung der Agrarstruktur in den ärmeren Südstaaten und für den europäischen Regionalfonds einzusetzen. Für den Regionalfonds fordert der DIHT den Übergang zum Nettoprinzip, nach dem nur noch Notstandsgebiete europäischer Bedeutung konzentriert gefördert werden sollen. An den Länderquoten solle festgehalten und die Programmfinanzierung verwirklicht werden. Im Hinblick auf die geplante zusätzliche Förderung der EG-Mittelmeerländer fordert der DIHT ein zinsgünstiges Kreditprogramm nach dem Vorbild des Marshall-Plans als eine sinnvollere Entwicklungshilfe für diese Regionen.

Kernenergie bremst Preise

Bonn (HH) – Durch den verstärkten Einsatz der Kernenergie und die Preisberuhigung für Energierohstoffe wurden auch die Strompreise gebremst: Im September 1983 lagen sie im Durchschnitt der Bundesrepublik rund vier (September 1982/83: sieben) Prozent höher als im September 1982. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) weiter schreibt, stiegen sie damit etwas stärker als die Lebenshaltungskosten mit drei (fünf) Prozent. Die Bayernwerk AG, der größte Stromversorger Bayerns, werde 1984 die Preise nicht erhöhen. Durch die neue Anlage Grafenrheinfeld (seit Mitte 1982 am Netz) sei der Anteil der Kernenergie bei dem Unternehmen von rund zehn auf über 40 Prozent gestiegen. Kostendruck erwartet die VDEW vom Umweltschutz: allein durch die Entschwefelung der Rauchgase bis zu drei Pfennig je Kilowattstunde.

Erstmals Gas aus Sibirien

Essen (AP) – Das erste für Westeuropa bestimmte sowjetische Erdgas aus der neugebauten Sibirien-Pipeline ist am Wochenende am deutsch-tschechoslowakischen Grenzübergang bei Waidhaus eingetroffen. Wie ein Sprecher der Ruhrgas AG gestern mitteilte, war diese Gaslieferung für französische Abnehmer bestimmt und wurde über das deutsche Leitungsnetz weitergeleitet. Das erste Gas für die Bundesrepublik solle im Herbst 1984 geliefert werden.

Neue Liquiditätshilfe

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue Liquiditätshilfe in Höhe von 7,9 Milliarden Mark. Wie die Bundesbank mitteilte, wurden bei der Ausschreibung von neuen Wertpapierpensionsgeschäften (Zinstender) zum Satz von 5,70 Prozent der Betrag zugeteilt. Fälligkeitstag ist der 6. Februar 1984.

Ölmarkt bleibt unberührt

Den Haag (dpa/VWD) – Der Staatsstreich in Nigeria hat am freien Rohölmarkt in Rotterdam keine Nervosität ausgelöst, da das neue Regime sein Verbleiben in der Opec bereits zugesagt hat. Auch sei das Land auf seine Öleinkünfte angewiesen, wie Beobachter betonten. Der Putsch werde den freien Ölmarkt ebensowenig langfristig beeinflussen wie die jüngste Kältewelle in den USA.

Schweden ist optimistisch

Stockholm (VWD) – Die schwedische Industrie rechnet mit einem guten Jahr 1984. Die Hauptsorge gilt der Begrenzung der Inflation, die 1983 etwa 9,5 Prozent erreichte. Viele Unternehmer weisen in einer gestern von der Zeitung „Svenska Dagbladet“ veröffentlichten Umfrage bei den börsennotierten Industrieunternehmen auf die Notwendigkeit hin, im Preisstiegerungstakt nicht allzu weit von der Bundesrepublik Deutschland abzuweichen, deren Industrie als einer der wichtigsten Konkurrenten auf den Weltmärkten angesehen wird.

Vorschriften vereinfachen

Bonn (DW.) – Die Bundesregierung plant einen Maßnahmenkatalog, mit dem sie einerseits das Wirtschaftsrecht entflechten und andererseits die mittelständische Wirtschaft entlasten will. Vereinfacht werden sollen unter anderem die Gewerbeordnung, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und die Wirtschaftsprüferordnung. Im Rahmen einer Sammelverordnung sollen preis-, außenwirtschafts- und gewerberechtliche Bestimmungen aufgehoben werden. Dem Ziel, den Verwaltungsapparat zu verkleinern, kommt die Bundesregierung mit diesem Vorhaben einen Schritt näher.

MAXHÜTTE

Streit zwischen Lambsdorff und Strauß über Hilfen

rtr, Bonn

Zwischen der bayerischen Landesregierung und dem Bundeswirtschaftsminister, Otto Graf Lambsdorff, ist es zu einem Streit über Finanzhilfen für das Stahlunternehmen Maxhütte gekommen. In einem an den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß gerichteten Fernschreiben Lambsdorffs, das bekannt wurde, äußert der Minister sich befremdet über die von Strauß geäußerte Darstellung, in der der Eindruck hervorgerufen werde, daß das Wirtschaftsministerium derzeit Strukturbeihilfen für die Maxhütte nicht bewilligen könne.

Strauß hatte in einem Fernschreiben vom 28. Dezember an Bundeskanzler Helmut Kohl eine rasche Auszahlung von Strukturhilfen an die Maxhütte „eindringlich“ angemahnt. Dabei hatte der bayerische Ministerpräsident kritisiert, daß der Bund „noch keine einzige Mark“ bereitgestellt habe, während andererseits die Staatsregierung schon erhebliche Vorleistungen erbracht habe.

Lambsdorff unterstrich in seinem Schreiben an Strauß nun, daß bereits seit Wochen „intensive, auf schnelle Entscheidungen gerichtete Beratungen“ zwischen Bundes-, Landes-, Treuarbeit- und Unternehmensvertretern stattfänden.

Auch die Vertreter des bayerischen Wirtschaftsministeriums hätten jüngst bestätigt, daß auch sie noch eine Klärung einzelner offener Fragen vor einer Entscheidung für notwendig halten. Daher habe er, Lambsdorff, dem bayerischen Wirtschaftsminister Anton Jaumann, ein „unverzügliches Gespräch“ über die Maxhütte angeboten. Von Jaumann sei als Termin der 19. Januar vorgeschlagen worden.

VOLKSWAGEN / Hohe Verluste der Töchter in Brasilien, Argentinien und Mexiko

Lateinamerika bleibt wichtiger Markt

dpa/VWD, Wolfsburg

Die wirtschaftliche Situation in Lateinamerika ist für den Volkswagen-Konzern eine erhebliche Belastung. Die Verluste der VW-Tochtergesellschaften in Brasilien, Argentinien und Mexiko werden zusammengenommen bei nahezu 500 Millionen Mark liegen. Sie sind damit der Hauptgrund für die Verluste des Konzerns, die nach Angaben des VW-Chefs, C. H. Hahn, 1983 etwa 300 Millionen Mark betragen werden.

VW ist unter allen in Lateinamerika tätigen Autoherstellern als weitaus größter Anbieter am stärksten von der Wirtschaftsmisere betroffen. Während VW do Brasil in guten Jahren über 500 000 Wagen absetzen konnte, dürften es 1983 nur knapp über 300 000 Stück sein. Dennoch liegt der VW-Marktanteil in Brasilien immer noch bei 42 Prozent. In den Glanzjahren waren es allerdings fast 50 Prozent.

In Mexiko haben sich die Auslieferungen in den ersten elf Monaten 1983 mit rund 64 000 Wagen verglichen mit früheren Jahren nahezu halbiert. In Argentinien erzielte VW dagegen einen leichten Absatzzuwachs, wobei jedoch die Auslieferungen mit weniger als 20 000 Fahrzeugen 1983 auf vergleichsweise niedrigem Niveau liegen.

Die Bedeutung des Absatzgebiets Lateinamerika für VW wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß in diesen Ländern rund 20 Prozent des gesamten Fahrzeugabsatzes des Konzerns getätigt wird. In Lateinamerika arbeiten bei den VW-Betrieben insgesamt über 50 000 Mitarbeiter. Trotz aller Schwierigkeiten will VW jedoch an diesen Traditionsmärkten festhalten, denn – so Hahn – „wir glauben wieder an bessere Zeiten, wenn auch der Gesundungsprozeß wegen des hohen Substanzverlustes dieser Länder mindestens fünf Jahre dauern dürfte“.

Trotz der gegenwärtigen Anspannungen in Lateinamerika denkt VW weltweit weiter an die Erschließung neuer Märkte. Das klassische Beispiel ist Japan, wo nach langer Anlaufzeit jetzt die Zusammenarbeit mit Nissan begonnen hat. Die Markteinführung des von Nissan gebauten VW-Modells „Santana“ ist für das Frühjahr geplant. VW rechnet laut Vertriebschef W. P. Schmidt schon für dieses Jahr 1984 mit Verkäufen von 30 000 bis 35 000 Wagen. Die Produktion – später rund 60 000 Einheiten – soll zu einem Gutteil exportiert werden.

Daneben baut VW die Zusammenarbeit mit dem langjährigen VW/Audi-Importeur Yanase weiter aus. Über Yanase wurden 1983 insgesamt rund 15 000 VW/Audi-Fahrzeuge in Japan abgesetzt. Mittelfristig soll das jährliche Verkaufsvolumen der Fahrzeugimporte auf 25 000 Fahrzeuge gesteigert werden.

UDSSR

Reformen eingeleitet

rtr, Moskau

In der Sowjetunion sind zu Beginn des Jahres Wirtschaftsreformen in Kraft getreten, wozu unter anderem die Einführung produktivitätsorientierter Löhne in einigen Sektoren zählt. Mit diesen Maßnahmen hofft die Führung des Landes unter Staats- und Parteichef Jurij Andropow, Mängel in der Wirtschaft des Landes abzustellen. Zunächst betroffen von den Änderungen sind allerdings lediglich die Maschinenbau- und die elektrotechnische Industrie sowie einige regionale Betriebe in anderen Bereichen.

Die einzelnen Maßnahmen wurden nun in der Zeitung „Sotsialistitcheskaiya" veröffentlicht. Der stellvertretende Minister für den Schwermaschinenbau, Boris Kulik, nannte in einem Bericht die Erhöhung der Effizienz als Ziel der Änderungen. Verstärktes Gewicht soll danach auf materielle Anreize/Bestrafungen gelegt werden. Die Mittelvergabe an einzelne Firmen wird sich nun an dem Produktionsvolumen orientieren. Wenn Einsparungen bei diesen erzielt werden, dann können sie als „Topf" für Lohnerhöhungen verwendet werden.

Staatspapiere an die Zentralbank

SAD, Madrid

Die spanische Zentralbank hat für Staatsschuldverschreibungen im Wert von umgerechnet 12 Milliarden DM, die im vergangenen Jahr nicht abgesetzt werden konnten, einen Zinssatz von 15,8 Prozent festgesetzt. Sie begründet dies mit ihrem schlechten Jahresergebnis 1983, Resultat einer Politik der Stützung des Staatshaushaltes und des Bankwesens. Da die spanischen Privatbanken zur Übernahme wenigstens von Teilen der Staatsschuldverschreibungen gezwungen werden können, empfahl der Bankenverband zur Weitergabe der Staatspapiere einen Zinssatz von 16,10 Prozent. Die Maßnahme soll vor allem der Deckung des defizitären Staatshaushaltes dienen. Bankenkreise rechnen damit, daß ein Teil der Finanzlast in den nächsten Monaten unter anderem über eine Erhöhung der Mindestreserven auf sie abgewälzt wird. Eine weitere Erhöhung der Zinssätze der Banken und in deren Folge eine zusätzliche Geldverknappung wird als sicher angenommen. Die Zinsen für die Privatwirtschaft betragen zur Zeit zwischen 20 Prozent und 23 Prozent.

NAMEN

Jochen Petermann, Leiter der Auslandskreditabteilung der Norddeutschen Landesbank, ist mit der Geschäftsleitung der Luxemburger Tochter der Nord LB betraut worden.

Dr. Peter Zürn ist ab 1. Januar 1984 als Partner in die John Stork & Partners, Frankfurt, eingetreten.

Eugen Kromen, bis zum 31. Dezember 1983 Geschäftsführer der PA Management Consultants GmbH, Frankfurt, ist per 1. Januar 1984 als Gesellschafter der intra-Unternehmensberatungsgruppe, Düsseldorf, beigetreten.

Günter F. Kelm und **Wolfgang Zander** wurden von bisher stellvertretenden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Adt GmbH, Frankfurt, bestellt. Vorstandsmitglied **Horst Städter** wurde zum stellvertretenden Mitglied des Vorstandes benannt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alfeld/Leine: Nachl. d. Elisabeth Winkelmann geb. Hoppe; **Aschaffenburg:** Wolf & Boss GmbH, Dachdeckerei, Mainaschaff; **Augsburg:** Theodor Davids; **Betzdorf:** FIWO-Holz GmbH, Katzwinkel; **Detmold:** Horst Burmann Baugesellschaft mbH, Schieder-Schwalenberg; **Dortmund:** Autohaus Plünnecke GmbH & Co.; **Düsseldorf:** Eduard Bartlomiej; Bodo Edmund Schön, Ingenieur; KOVI Grundbesitz GmbH; **Elmshorn:** Nachl. d. Hannelore Brigitte Seidel geb. Unruh; **Essen:** Heinrich Rölling, Dachdeckermeister; **Frankfurt/M.:** Klaus-Dietrich Nickel; Herbert Wohlleben GmbH; **Hamburg:** Handelsges. Brooktorkai GmbH; Nachl. d. Friedrich Ernst Georg Martin Friemann; **Hannover:** Modellbauer Wolfgang Eisen; **Herford:** Heinrich Blomeyer GmbH & Co. KG, Bauunternehmung, Spenge; **Hof:** Nachl. d. Oskar Rudolf Zirm, Omnibusunternehmer; **Husum:** Kurhotel St. Peter GmbH & Co. KG, St. Peter-Ording; Kurhotel St. Peter GmbH, St. Peter-Ording; **Lampertheim:** Johann Large, Viernheim; **Mainz:** Malo-Sanitär Bau GmbH, Gau-Algesheim; Rudolf Rauth Bauunternehmung GmbH & Co., Hoch- u. Tiefbau KG, Schwabenheim; **Neustadt/Weinstr.:** a) Hugo Willem GmbH & Co. KG, b) Willem u. Ortel Verwaltungs-GmbH; a) Imbeg Verwaltung GmbH, b) Imbeg GmbH & Co. KG, Betonwerk Ramstein; **Northeim:** Manfred Grottke GmbH; **Osnabrück:** Conmasdwbau GmbH; **Ravensburg:** Hans Kessler, Hohentengen-Enzkofen, Inh. d. Baugeschäfts Hans Kessler; **Rheine:** KG f. Wilhelm Ruhwinkel u. Co., Neuenkirchen; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Digital Technik Electronic GmbH; **Tauberbischofsheim:** Ingo Botta, Königshofen, Lauda-Königshofen; **Traunstein:** Inge Gnädig, Gastwirtin, Kammererbräu, Bad Reichenhall; **Winsen/Luhe:** Biokirch Vertriebs GmbH, Seevetal 11; **Würzburg:** Gebr. Hofmann.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Paderborn: Richard Bölling, Bäckermeister.

Vergleich beantragt: Alfeld/Leine: Küchen Ost Groß- u. Einzelhandel f. Küchen u. Elektrogeräte, Inh. Kaufmann Oskar Ost; **Celle:** Petra-Moden, Inh. Petra Adam, Lachendorf; **Duisburg:** Karl Heinrich Meyer, Mülheim/Ruhr; Herta Meyer, Mülheim/Ruhr; **Lampertheim:** Günderoth GmbH; **Siegen:** Karl Keller Mineralöle GmbH & Co. KG, Engen/Hegau; **Wuppertal:** UNIPOR Folien-Fleing GmbH & Co. KG; UNIPOR Verwaltungs GmbH.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG / Das Handwerk warnt die Tarifpartner vor Lösungen, die keine sind

Modelle zum Nulltarif kann es nicht geben

Von PAUL SCHNITKER

Handwerk – das ist menschlich, das ist praktisch und lebensnah. Handwerksbetriebe arbeiten kundennah, flexibel, individuell. Das ist ihre Stärke – da liegen ihre Chancen. Hier dient die Maschine noch dem Menschen und nicht der Mensch der Maschine. Wenn den Handwerksbetrieben diese Beweglichkeit nicht genommen wird, dann sind sogar noch Beschäftigungsreserven mobilisierbar. Was wir deshalb brauchen, ist eine politische Grundausrichtung, gerade auch der Mittelstandspolitik, die den Grundsatz „Soviel Freiheit, Eigenverantwortung und Beweglichkeit wie möglich" wieder zur geistigen Idee der Wirtschaftspolitik macht und sich an dieser freiheitlichen Leitlinie auch konsequent orientiert. Auf jeden Fall muß erreicht werden, daß unsere Betriebe wieder Kapital bilden können.

Man muß wissen: In einer freien Marktwirtschaft entsteht ein Arbeitsplatz nur dann, wenn ein Betrieb gegründet wird und Mitarbeiter eingestellt werden – oder ein bestehendes Unternehmen seine Produktion erweitert. Voraussetzung dafür sind private Investitionen. Vor allem aus den produktiven Privatinvestitionen entstehen neue Arbeitsplätze. Sie kann es nur in gesunden Unternehmen geben. Nur so kann Arbeitslosigkeit beseitigt, die soziale Ausstattung finanziert und der soziale Friede gesichert werden. Das würde helfen – ganz anders als die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder der Lebensarbeitszeit.

Für das deutsche Handwerk steht fest: Durch Arbeitszeitverkürzung entsteht in den Handwerksbetrieben kein einziger neuer Arbeitsplatz. Handwerksmeister müssen rechnen, müssen kalkulieren. Und die Rechnung, die da aufgemacht werden muß, geht einfach nicht auf: Jede Stunde Arbeitszeitverkürzung entspricht einem Lohnkostenanstieg von 2,6 Prozent. Hinzu kommen die zusätzlichen Kapitalkosten, verursacht durch Unterauslastung der Geräte, Anlagen und Maschinen in Höhe von 0,7 bis 1,5 Prozent. Jede Stunde Arbeitszeitverkürzung bedeutet damit Kostensteigerungen in der Größenordnung zwischen 3,3 bis 4,1 Prozent. Wie absurd die Forderung nach der 35-Stunden-Woche tatsächlich ist, wird daran deutlich, daß die hierdurch entstehenden Kosten nahezu genau so hoch wären wie die Aufstockung des bezahlten Jahresurlaubs von 30 Urlaubstagen auf etwa 60 Urlaubstage! Es gibt gar keinen Zweifel: Die 35-Stunden-Woche ist die teuerste Variante der Arbeitszeitverkürzung.

Für die Zuverlässigen und Fleißigen in den kleinen und mittleren Betrieben des Handwerks, für die Selbständigen und ihre tüchtigen Mitarbeiter würde jede Stunde Arbeitszeitverkürzung unvermeidlich neue Belastungen bedeuten, um die durch die Arbeitszeitverkürzung entstandenen Lücken und Löcher zu schließen und die entfallenden Stunden aufzuarbeiten.

Auch die Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist eine teure Form der Arbeitsplatzbeschaffung. Sie führt nicht nur zu einer Erhöhung der direkten Belastungen bei Staat und Betrieb, sie erhöht auch die Rentenausgaben und belastet den Sozialetat. Denn eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit zum Nulltarif gibt es nicht. Alle bisher vorliegenden Modelle zur Absenkung der flexiblen Altersgrenze sind mit der Einführung einer kostenwirksamen Tarifrente gekoppelt. Ebenso wie bei der 35-Stunden-Woche sind die Unternehmen nicht in der Lage, diese Kosten eines vorzeitigen Ruhestandes zu finanzieren. Dazu kommt: Insbesondere mittelständische Betriebe sind auf die Qualifikation und Berufserfahrung ihrer älteren Mitarbeiter angewiesen. Soweit ihnen die Berufsausbildung übertragen ist, sind sie sogar unentbehrlich. Daß die der älteren Generation abverlangten Opfer überhaupt der jüngeren Generation durch eine Zunahme von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zugute kommen werden, dagegen spricht zusätzlich die Tatsache, daß diejenigen, die auf Arbeitsplätze drängen, oft jene gar nicht ersetzen können, die vorzeitig entlassen werden. Ins Gewicht fällt für das Handwerk auch, daß „Jung-Rentner" in mannigfachen Formen zur Schwarzarbeit greifen werden und damit abermals zusätzliche Arbeitsplätze wegnehmen.

Deshalb warnt das Handwerk davor, das Arbeitsvolumen künstlich zu reduzieren. Mit kollektiven Arbeitszeitverkürzungen ist niemandem gedient, weder den Arbeitnehmern im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation, noch den Betrieben, im Hinblick auf ihre Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Staatlich verordnete, eng geschnürte Arbeitszeitkorsetts sind kein Mittel, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen.

In den Betrieben müssen Umsätze und Aufträge stimmen. Wir brauchen eine Stärkung der Ertragskraft und der Investitionsfähigkeit sowie eine Verbesserung der Kapitalausstattung der Betriebe. Wir brauchen aber auch eine fühlbare Senkung der Personalkosten. Solange die Lohnnebenkosten nahezu 80 Prozent ausmachen, können wir kaum damit rechnen, daß die Betriebe ihr Arbeitskräftepotential erhöhen. Das ist ein Appell an die Tarifpartner.

OECD / Banken besorgt über Verschuldungskrise

Kapitalmarkt geschrumpft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der internationale Finanz- und Kapitalmarkt ist in den letzten Monaten weiter geschrumpft. Im Dezember wurden gegenüber dem Vormonat nur noch für 5,06 (7,68) Milliarden Dollar Anleihen emittiert und für 3,8 (2,99) Milliarden Dollar Bankkredite gewährt. Mit zusammen 8,85 (10,66) Milliarden Dollar blieb man damit um 3,5 Milliarden unter dem Stand von Dezember 1983 zurück. Dies ergibt sich aus dem letzten Monatsbericht des Kapitalmarktausschusses der OECD.

Für das Gesamtjahr 1983 kommt der Ausschuß auf ein Marktvolumen von 137,32 Milliarden Dollar gegenüber 169,31 Milliarden im Vorjahr. Hauptverantwortlich für diese negative Entwicklung ist die Schrumpfung der von den Banken neu vergebenen Konsortialkredite auf 64,31 (97,66) Milliarden Dollar. Dies bedeutet den stärksten Rückgang, seitdem die OECD mit der Sammlung entsprechender Daten begonnen hat. Nach ihren Angaben kommt darin die zunehmende Besorgnis der Banken über die Verschuldungskrise zum Ausdruck. Die Banken würden deshalb zögern, ihr internationales Engagement auszuweiten. Demgegenüber ist der Gesamtbetrag der internationalen Anleihen um 3 Prozent auf 73,61 (71,65) Milliarden Dollar leicht gestiegen.

An der gesamten Mittelaufnahme waren die OECD-Länder mit 70 (68) Prozent beteiligt. Größter Kreditnehmer waren hier die USA mit 14,9 Milliarden Dollar, Frankreich mit 13,3 Milliarden, Japan mit 11,6 Milliarden, Kanada mit 8,5 und Schweden mit 6,5 Milliarden Dollar. Noch 1982 war Frankreich der größte Kreditnehmer gewesen. Seine Aufnahmen ließen vor allem im vierten Quartal 1983 nach.

Die Opec-Länder reduzierten ihre Kreditaufnahmen um 2,2 Milliarden Dollar, die übrigen Entwicklungsländer, zu deren Gruppe die hochverschuldeten Länder gehören, empfingen nur noch 25,5 (34,3) Milliarden. Darin sind aber 13,8 Milliarden Dollar Stundungen berücksichtigt, so daß die Aufnahme von neuen Krediten lediglich 11,7 Milliarden erreichte.

Die osteuropäischen Länder beanspruchten den internationalen Markt mit 0,9 (0,7) Milliarden Dollar etwas stärker. Sie lagen damit aber noch deutlich unter dem Stand von Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre.

WERBUNG / In Italien sind vor allem die Einnahmen des Privatfernsehens gestiegen

Tageszeitungen wieder im Aufwind

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Werbeeinnahmen der italienischen Medien, die 1983 vor allem dank der starken Zunahme der privaten Fernsehgesellschaften real um fünf Prozent gestiegen sind, werden nach Schätzungen des Verbandes der italienischen Werbeagenturen (UPA) in Mailand in den kommenden zwei Jahren real wieder zurückgehen. Verantwortlich für diese Entwicklung ist in erster Linie die private Fernsehwerbung, die in den nächsten Jahren immer deutlichere Sättigungserscheinungen zeigen wird.

An den Werbeeinnahmen war die Fernsehwerbung im Jahr 1983 mit insgesamt 43,1 Prozent beteiligt; sie wird diesen Anteil bis 1986 weiter auf 44,7 Prozent ausbauen. Diese Steigerung wird voll auf das Konto der staatlichen Fernsehgesellschaft RAI-TV (von 13,7 auf 14,7 Prozent) gehen, wogegen das private Werbefernsehen, das seine Quote 1983 gegenüber dem Jahr 1982 von 29,4 auf 30 Prozent steigern konnte, bis 1986 wieder leicht auf 30 Prozent zurückstecken wird.

Die privaten italienischen Fernsehgesellschaften haben im Jahr 1983 ihre Werbeeinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 78,8 Prozent auf 775 Milliarden Lire (rund 1,2 Milliarden Mark) erhöht, während die staatliche RAI-TV ihr Werbevolumen nur um 11,7 Prozent auf 361 Milliarden Lire steigerte. Dank der erneuten starken Zunahme bauten die privaten Fernsehgesellschaften ihre Quote an den um 20,3 Prozent auf 2639 Milliarden Lire gestiegenen gesamten italienischen Werbekuchen weiter aus, womit dieser Anteil jetzt fast doppelt so hoch ist wie vor zwei Jahren. Zum erstenmal übertraf das private Werbefernsehen nicht nur die Werbeeinnahmen der Illustrierten (580 Milliarden Lire, Steigerung 1 Prozent), sondern auch das der Tageszeitungen (Steigerung 6,5 Prozent).

Um der im vergangenen Jahr immer härter gewordenen Werbekonkurrenz ein Ende zu bereiten, haben inzwischen die Mailänder Berlusconi-Gruppe und der Verlag Mondadori eine enge Kooperation vereinbart. Die Berlusconi-Gruppe betreibt das größte italienische Privatfernsehen, Canale Cinque und Italia Uno. Der Mailänder Großverlag Mondadori besitzt den drittgrößten Privatsender.

Während die Illustrierten-Presse, die 1981 am Werbekuchen noch mit 27,5 Prozent und 1983 mit 22 Prozent beteiligt war, auch in Zukunft weiter an Boden verlieren wird, geben Experten der Tagespresse in den kommenden Jahren wieder etwas bessere Chancen. Einer Studie des Werbeagenturen-Verbandes zufolge werden die Tageszeitungen ihre Tagesauflage von jetzt 5 auf 6,5 Millionen verkaufter Exemplare erhöhen. Gleichzeitig wird ihr Anteil an der Werbung, der zwischen 1981 wieder auf 23,4 Prozent und 1986 weiter auf 24,8 Prozent zunehmen.

Norddeutsche Hagel: Weniger Schäden

dos, Hannover

Eine im Vergleich zum Vorjahr günstige Entwicklung verzeichnete die Norddeutsche Hagel Versicherungs-Gesellschaft a. G., Gießen, im Jahre 1983. Nach vorläufigen Angaben kam es zum Abschluß von 11 686 Neuverträgen mit einer Versicherungssumme von 214 Mill. DM. Insgesamt hält die Gesellschaft 213 727 (208 495) Verträge mit einer Summe von 4,58 (4,33) Mrd. DM; das entspricht einem Zuwachs von 5,8 Prozent. Die versicherte Fläche nahm auf 1,44 (1,41) Mill. Hektar zu. Die Zahl der Schadenmeldungen verringerte sich im Berichtsjahr auf 15 700 (21 418). Die ausgezahlte Entschädigungsleistung ging gleichzeitig auf 37,9 (52,7) Mill. DM zurück. Einen Teil der Schadenbelastung trugen die Rückversicherer. Außerdem wurden die Versicherten mit einer Nacherhebung von 25 Prozent der Beiträge zur Kasse gebeten. Die Beitragsrückvergütung erreichte 5 Prozent. Nach Angaben der Bezirksdirektion Nord wurden vor allem die Landwirte im norddeutschen Raum durch die ungewöhnlichen Witterungsunbilden in Mitleidenschaft gezogen.

ANDERSEN / US-Automarkt wächst langsamer

Gute Chancen für Japaner

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die längerfristigen Aussichten von VW auf dem amerikanischen Automarkt haben sich in den vergangenen zwei Jahren deutlich verschlechtert, glaubt man einer Studie der US-Wirtschaftsprüfungs- und Unternehmensberatungsgesellschaft Arthur Andersen & Co., Chicago. Hatten die Berater dem deutschen Unternehmen 1981 noch einen Marktanteil von 3,5 Prozent für 1990 zugebilligt, so lautet die Voraussage der 1983er Studie für 1992 nur noch 2 Prozent.

Auch die Prognose für die Entwicklung des amerikanischen Gesamtmarkts ist pessimistischer ausgefallen als ihre Vorgängerinnen: 1979 hatte die Umfrage bei Autoherstellern und Zulieferern für 1990 noch ein Marktvolumen von 12,5 Millionen Pkw in Aussicht gestellt, 1981 war diese Einschätzung schon auf 11,5 Millionen Einheiten reduziert worden, und nun sind es nur noch 10,5 Millionen Fahrzeuge, die 1990 neu auf den US-Markt rollen sollen. 1983 waren es nach ersten Schätzungen knapp 9 Millionen.

Wenn auch die Andersen-Studie den Japanern am Weltmarkt durchweg noch klare Wachstumschancen zubilligt – der weltweiten VW-Produktion wird nur die Stagnation bei 2,2 Millionen Einheiten zugestanden – so sind die Amerikaner doch für die eigene Industrie sehr optimistisch. Der japanische Kostenvorteil, heute bei 1500 bis 2000 Dollar je Fahrzeug, soll bis 1992 auf 500 bis 700 Dollar geschrumpft sein. Allein der Übergang auf die zeitgenaue Direktanlieferung (ohne Zwischenlager) der Vorlieferanten verspreche eine Kosteneinsparung von 12 Prozent.

Durch die Steigerung der Produktion der drei großen US-Hersteller um fast 18 Prozent in den zehn Jahren bis 1990 soll denn auch die Kapazitätsauslastung von derzeit 60 Prozent auf 75 bis 80 Prozent steigen.

Arthur Andersen, der „Produzent" der Studie, ist ein internationaler Verbund von 160 Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsbüros in 45 Ländern. Im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 8.) wurde mit 25 000 Mitarbeitern ein Umsatz von 1,25 Mrd. Dollar erzielt, 12 Prozent mehr als im Vorjahr. 71 Prozent davon stammten aus den USA. Die Mitglieds-Büros sind zumeist im Besitz ihrer jeweiligen Geschäftsführer, arbeiten aber nach gemeinsamen Richtlinien im internationalen Finanz-Verbund. Der deutsche Ableger Arthur Andersen GmbH, Frankfurt, beschäftigt einschließlich einer Beratungstochter 370 Mitarbeiter. Sein Honorarumsatz lag 1982/83 (15. 8.) bei 50 (43) Mill. DM. Für 1983/84 sind 57 Mill. DM geplant.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

BASF erwirbt Victor

Marl (VWD) – Die Gewerkschaft Victor Chemische Werke, Castrop-Rauxel, ist voll in den Besitz der BASF AG, Ludwigshafen, übergegangen. Wie die zum Veba-Konzern gehörende Chemische Werke Hüls AG in Marl mitteilte, hat sie ihre 50prozentige Beteiligung an die BASF veräußert. Die Gewerkschaft Victor hat ein Kapital von 50 Mill. DM. Sie beschäftigt rund 970 Mitarbeiter und produziert im wesentlichen Agrarchemikalien. Die Umsätze bewegten sich jährlich zwischen 275 und 250 Mill. DM.

Beteiligung an Starfrost

Hamburg (JB.) – Die Friedrich Justus & Co., Hamburg, hat sich mit Wirkung vom 1. Januar 1984 an dem britischen Gefrieranlagenhersteller Starfrost Systems Ltd., Norwich, beteiligt. An Starfrost ist außerdem die zur Körber-Gruppe (Hauni-Werke) gehörende Maschinenfabrik A. Heinen GmbH, Varel, beteiligt. Die europäische Fertigung der Starfrost-Gefriersysteme für die Nahrungsmittelindustrie, die bislang überwiegend aus England und Skandinavien importiert werden, soll Heinen übernehmen, der Verkauf und Kundendienst liegt bei Justus.

Auszahlungen gesteigert

Ludwigsburg (dpa/VWD) – Die Bausparkassen-Gruppe Wüstenrot, Ludwigsburg, hat in den ersten elf Monaten 1983 ihre Baugeldauszahlungen um 9,5 Prozent auf 7,7 Mrd. DM gesteigert. Nach Wüstenrot-Angaben ist auch für das Jahr 1984 mit hohen Baugeldauszahlungen zu rechnen, da die Baugeldzusagen noch erheblich stärker gestiegen sind als die Auszahlungen. Die Bausparkasse hat von Januar bis November 1983 mit insgesamt 6,2 Milliarden DM zehn Prozent mehr Geld dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Besonders lebhaft war hierbei die Nachfrage nach Zwischenkrediten.

Kunstharzfilme abgegeben

Essen (VWD) – Die zum schwedischen Chemiekonzern KemaNobel gehörende AB Casco hat mit Wirkung vom 1. Januar das Arbeitsgebiet Kunstharzfilme der Th. Goldschmidt AG, Essen, mit Werken in Schöppenstedt und Martorellas/Spanien übernommen. Zwei neugegründete Casco-Gesellschaften, die Casco GmbH, Essen, und die CascoNobel SA, Barcelona, werden die Geschäfte dieses Arbeitsgebietes mit allen 270 Mitarbeitern weiterführen.

Karl-Heinz Kürten gestorben

Düsseldorf (J. G.) – Zwei Jahre nur nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand der Thyssen AG ist Dr. Karl-Heinz Kürten im 69. Lebensjahr nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben. Tatkraft und Weitblick des ehemaligen Oberregierungsrates im Düsseldorfer Finanzministerium, der 1952 in die Leitung von Thyssens Finanzabteilung wechselte, honorierte der Konzern schon 1971 damit, daß er Kürten in die damals nur für ihn geschaffene Doppelfunktion als Holding-Vorstand und Vorstandschef einer großen Konzerntochter berief. Prononciertes Engagement auch in der Öffentlichkeit zeigte Kürten noch im Ruhestand, zumal als langjähriger Präsident der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer, Duisburg, und als Präsident der nordrhein-westfälischen Kammervereinigung.

Mengele: Umsatzplus bei Landmaschinen

Stw. Bonn

Von einer positiven Geschäftsentwicklung bei Landmaschinen, die sich in einem „befriedigenden" Gewinn für 1983 niederschlage, berichtet die Karl Mengele & Söhne Maschinenfabrik und Eisengießerei GmbH & Co., Günzburg. Standbein des Unternehmens bleibt der Landmaschinensektor. Er steuerte im vergangenen Jahr 89 Prozent des auf 244 (226,1) Mill. DM gesteigerten Gesamtumsatzes der Gruppe bei. Die ausländischen Tochtergesellschaften in Österreich, Frankreich und Italien setzten 45,1 (43,5) Mill. DM um.

Bei Landmaschinen konnten nach Angaben des Unternehmens die Marktpositionen gefestigt werden. Mengele bezeichnet sich als den „größten Ladewagenhersteller der Welt". Der Inlandsmarktanteil liegt hier bei 36 Prozent. Im Bereich Werkzeugmaschinen, 1983 in eine eigene Firma ausgegliedert, konnte der Umsatz um ein knappes Viertel auf über 14 Mill. DM ausgeweitet werden. Einen Umsatzbeitrag in gleicher Höhe erzielte 1983 der Produktionszweig Lager- und Büro-Bereitstellungssysteme.

LUDOLPH STRUVE / Vor 75 Jahren gegründet

Führender Graphit-Händler

J. BRECH, Hamburg

Das in Europa führende Handelshaus mit Graphit, die Ludolph Struve & Co. GmbH, Hamburg, ist in diesen Tagen 75 Jahre alt geworden. Die ursprünglich als Einfuhrhaus für Faserrohstoffe gegründete Firma hat nach dem Krieg die Basis erheblich erweitert und auch Beteiligungen im Ausland erworben. Zur Gruppe gehören die Franz Betram GmbH, Hamburg, die neben Graphit, Borate, Talkum, Magnesit und Futtermittel-Zusatzstoffe vertreibt sowie die tecoha Mode für Wände GmbH, Krefeld, ein Handelsunternehmen für exklusive Tapeten.

Im Ausland ist seit 1961 die Molervaerk Ludolph Struve & Co A/S in Dänemark aufgebaut worden. Sie fördert auf einem 150 Hektar großen Areal in verschiedenen Gruben Kieselguren. Eine Beteiligung besteht schließlich am Graphitwerk Kropfmühl AG, München, in Höhe von etwa 32 Prozent.

Kern der Unternehmensgruppe ist nach Angaben des Seniorchefs Christfried Backhaus, der in diesen Tagen ebenfalls seinen 70. Geburtstag gefeiert hat, das Stammhaus in Hamburg mit einem Stammkapital von 0,8 Mill. DM, das die Familie Backhaus hält. Das Handelsprogramm setzt sich aus rund 250 verschiedenen Graphit-Typen mit unterschiedlichen physikalischen und chemischen Spezifikationen zusammen. Sie werden in allen Teilen der Welt bezogen und neben der Bleistift-Industrie-, im Feuerfest-Bereich, der Schmierstoff-Kunststoff- und Farbstoff-Industrie bis hin zur Nuklear-Industrie eingesetzt.

Der Gesamtumsatz der Struve-Gruppe dürfte bei etwa 60 Mill. DM liegen. Anläßlich des Jubiläums wird erklärt, daß die Basis des Unternehmens gesund sei und auch für das Jubiläumsjahr mit zufriedenstellenden Ergebnissen gerechnet werde. Die Prognose für 1984 hänge davon ab, wie sich die einzelnen Verbraucherbranchen entwickeln.

JUWELIERE / Umsatzzuwachs von drei Prozent erwartet – Trend zu höherwertiger Ware

Schmuck hat die Kassen kräftig klingeln lassen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Ob Ringe, Ketten, Armbänder, Ohrclips – Schmuck bleibt gefragt und hat gerade in diesen Tagen und Wochen die Ladenkassen einmal mehr kräftig klingeln lassen. Der Facheinzelhandel Uhren und Schmuck rechnet für das Jahr 1983 mit einem Umsatzzuwachs in der Größenordnung von 3 Prozent. Damit läge die Branche besser als im Vorjahr. Denn in 1982 hatte sie einen kleinen Umsatzrückgang von 3 Prozent auf 4,7 Mrd. DM hinnehmen müssen.

„Aus einem zunächst schwachen Optimismus ist ein gedämpfter Optimismus geworden", lautet die Lagebeurteilung des Bundesverbandes der Juweliere, Schmuck- und Uhrenfachgeschäfte. Es sei quer durch das Sortiment gekauft worden, wobei der Kunde eher zu höherwertiger Ware griff. Dies hatte zur Folge, daß stückzahlmäßig das Geschäft etwas zurückging. Der Branchenkonjunktur kam die relative Preisstabilität beim Gold zugute. Im Durchschnitt lagen die Schmuckpreise um 1 Prozent höher als im Vorjahr. Vom ausgewiesenen Gesamtumsatz des Facheinzelhandels, der sich aus 8700 Handelsbetrieben und 2500 Goldschmieden zusammensetzt, entfielen 53 Prozent auf Schmuck, 22 Prozent auf Kleinuhren, 7 Prozent auf Großuhren, die restlichen 9 Prozent waren der Werkstatt-Anteil. Bei der Armbanduhr steht die Quarztechnologie eindeutig im Vordergrund des Käuferinteresses, wobei Uhren mit Analog-(Zeiger-)Anzeige mit Abstand bevorzugt werden gegenüber der Uhr mit Digital-(Ziffern-)Anzeige. Für die Armbanduhr mit mechanischem Uhrwerk hat sich zwar die Nachfrage wieder etwas verstärkt, von einer Renaissance könne nach Angaben aus Handelskreisen beileibe keine Rede sein.

Auch auf seiten der deutschen Schmuckindustrie, die im wesentlichen im Raum Pforzheim beheimatet ist, spricht man von Belebungstendenzen bei der Inlandsnachfrage. Nach Feststellungen des Industrieverbandes Schmuck und Silberwaren ist der Umsatz dieses Industriezweigs in der ersten Hälfte des Jahres 1983 um 5 Prozent auf 790 Mill. DM angestiegen, wobei die Wachstumsimpulse hauptsächlich aus dem Inland stammten. Im weiteren Verlauf des Jahres hielten sich zwar die Auftragseingänge im Inlandsgeschäft auf dem erreichten Niveau, das Auslandsgeschäft hingegen, das zunächst auch etwas anzuziehen schien, gestaltete sich recht schwierig. Von den Firmen hört man Klagen darüber, daß sich in so wichtigen Abnehmerländern dieser Branche wie Frankreich, Niederlande, Belgien und Großbritannien das Kaufverhalten entsprechend der dortigen allgemeinen Konjunkturlage ziemlich abgeschwächt habe.

Die deutsche Schmuckindustrie glaubt dennoch, durch ihre kreative Modellpolitik und verstärkte Bemühungen in der Akquisition auf den ausländischen Märkten ihre gute Stellung behaupten zu können. Gerade die Flexibilität und die Ideenvielfalt dieser mittelständisch geprägten Branche sind es, die das Image stets aufs neue aufpolierten. So werden die modischen Akzente für die diesjährige Wintersaison von den deutschen Schmuckherstellern diesmal auf „sportlich-lässige Natürlichkeit, klassische Eleganz mit phantasievollen Details" gesetzt. Dazu zählten, wie es in entsprechenden Beschreibungen heißt, „Hochglanz-Matt-Kontraste, handwerkliche Optik und frische Farbkombinationen". Auch trete der Bereich Herrenschmuck immer deutlicher in Erscheinung.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres verringerte sich der Ausfuhrüberschuß der Branche – die Exportquote liegt am Industrieumsatz gemessen bei etwa einem Drittel – um 6,7 Prozent auf 228 Mill. DM.

Die deutsche Schmuckindustrie, die in 1982 auf einen Umsatz von 1,65 Mrd. DM kam, umfaßte Ende letzten Jahres insgesamt 723 Betriebe mit zusammen 14 820 Beschäftigten. 74 Prozent des Umsatzes repräsentierten allein die Betriebe des Raumes Pforzheim. Im Hinblick auf die hohe Lohnintensität der Schmuckfertigung geht die Branche mit sehr gemischten Gefühlen in die neue Tarifrunde, wobei die Gewerkschaftsforderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit besonderer Sorge betrachtet wird.

IHR PLATZ / Rückzug aus dem Österreich-Geschäft

Erwartungen übertroffen

DOMINIK SCHMIDT, Osnabrück

Besser als erwartet verlief für das Osnabrücker Filial- und Franchise-Unternehmen „Ihr platz" das Geschäftsjahr 1983. Nach vorläufigen Angaben wird sich ein Gesamtumsatz von 685 (658,5) Mill. DM ergeben. Das bedeutet eine Zunahme von 4,6 Prozent. Ursprünglich hatte die Geschäftsführung mit einem Plus von wieder rund 2 Prozent gerechnet. Vom Gesamtumsatz dürften 630 (607) Mill. DM auf das Filial- und 55 (51) Mill. DM auf das Franchise-Geschäft entfallen.

Nach den unbefriedigenden Ergebnissen 1982 hat sich auch die Ertragssituation wieder verbessert. Die Rendite sei „leicht überproportional" gestiegen. Die Gründe dafür liegen in einer strengeren Durchforstung der Kostenstruktur. Dabei wurde bewußt auf eine stärkere Expansion verzichtet.

Zurückgezogen hat sich „Ihr platz" aus Österreich. Dort hatte das Unternehmen in eigener Regie bis Ende 1982 insgesamt 27 Geschäfte geführt. Der späte Einstieg in diesem Land habe es schwer gemacht, auskömmliche Ergebnisse zu erzielen. Auch in Zukunft wären noch erhebliche Vorleistungen notwendig geworden. Deshalb seien die Geschäfte an eine einheimische Firma veräußert worden.

Zur Gruppe gehören unverändert 596 Geschäfte, darunter 93 Franchise-Läden. 13 Neueröffnungen im Jahre 1983 standen sechs Schließungen gegenüber. Weitere acht Geschäfte wurden an Franchise-Partner verkauft. Diesem Bereich will „Ihr platz" auch in Zukunft starke Aufmerksamkeit widmen. Mittlerweile ist das Unternehmen eine Partnerschaft mit Foto-Quelle eingegangen. Das Engagement im Parfümeriebereich beginne sich jetzt auch ertragsmäßig auszuzahlen.

Zur Verbesserung der Kostenstruktur hat der weitere Belegschaftsabbau beigetragen. Nachdem bereits 1982 die Mitarbeiterzahl um gut 200 auf 4300 verringert wurde, erfolgte 1983 eine weitere Reduzierung um rund 100 Personen. Die unverändert gute Eigenkapitalausstattung erlaubte es dem Unternehmen, die Investitionen von 12 Mill. DM aus selbsterwirtschafteten Mitteln zu finanzieren.

Flotter Start am Aktienmarkt

Inländische Kaufaufträge sorgten für kräftig steigende Kurse

DW. – Wie allgemein erwartet wurde, setzte sich am Jahresbeginn am Aktienmarkt die Aufwärtsbewegung fort. Obwohl die meisten ausländischen Börsen am 2. Januar geschlossen blieben, war die Umsatztätigkeit bemerkenswert rege. Käufer waren neben den Investment-Fonds auch Versicherungen sowie private Kunden. Die neue Hausse-Welle erfaßte nahezu alle Marktgebiete, auch die schon in den letzten Dezemberwochen stärker beachteten Stahl- und Maschinenbauwerte. Zu einer Sonderbewegung kam es bei den Allianz-Aktien.

Die Meinungskäufe in den Aktien der Deutschen Bank wurden bei einem Kurssprung um 10 DM auf 347 DM fortgesetzt. Man stellt sich hier auf weitere Auslandskäufe vor allem aus der Schweiz ein. An der Aufwärtsbewegung nahmen auch die Veba-Aktien (plus 4 DM) teil. Bei den Autoaktien standen VW mit einem Anstieg um 7 DM auf 227 DM erneut im Vordergrund. Hier wie auch bei Mannesmann (plus 4 DM) wird in diesem Jahr die Ertragswende erwartet. Überrascht hat die lebhafte Nachfrage nach Phoenix (plus 9 DM).

Düsseldorf: AEG-Kabel Rheydt erhöhten um 3 DM, Audi NSU um 9 DM und Aigner um 8 DM. Balcke Dürr verbesserten sich um 7 DM und Bilfinger um 8 DM. Hageda stockten um 5 DM und Keramag um 6 DM auf. Verseidag erhöhten um 4 DM auf 88 DM. DAT verloren 5 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachener Rück um 20 DM, Allianz Leben um 10 DM und Allianz Vers. um 41 DM.

Frankfurt: Von Nebenwerten blieben Krupp bei Doppelplus 73 DM, Bayerische Hypo-Bezüge 13,50 DM bei 30 200 Stück Umsatz und damit weiterhin leicht über Parität, Steigenberger 1330 DM plus 29 DM, Rütgers 335 DM plus 12 DM, KHD 271,50 DM und Babcock Stämme 197 DM plus 7 DM.

Hamburg: *Phoenix Gummi standen mit bezahlten Kursen von 153 bis 157 DM (plus 6 DM) im Vordergrund. Auch Markt und Kühlhallen (plus 5 DM) sowie Beiersdorf (plus 3 DM) waren merklich fester veranlagt. HEW kamen auf 100 DM* (plus 1 DM) und NWK-Vorzüge blieben bei 177 DM (minus 0,50 DM) wenig verändert. Vereins- und Westbank gingen zu 312 DM (plus 2 DM) aus dem Markt.

München: Agrob Vz. verminderten um 10 DM und Energie Ostbayern um 4 DM. Wanderer gaben um 10 DM auf 245 DM nach. Aufstocken konnten Augsburger Kammgarn um 2 DM und Dywidag um 4 DM. Leonische Draht verbesserten sich um 7 DM und NAK Stoffe um 2,80 DM. Paulaner erhöhten um 50 DM auf 1750 DM und Süd Chemie um 20 DM auf 360 DM.

Berlin: Berliner Kindl wurden um 6,20 DM, Schering um 5 DM und Orenstein um 4,80 DM heraufgesetzt. Berthold erholten sich um 2,40 DM, DUB-Schultheiss um 2 DM und Herlitz Vorzüge um 1,50 DM.

Nachbörse: freundlicher

WELT-Aktienindex vom 2. 1.: 154,5 (152,6); WELT-Umsatzindex vom 2. 1.: 3442 (2548)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Hongkong

Sydney

Wien

	2. 1.	30.12.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	213	215
Gösser-Brauerei	326	328
Länderbank Vz.	213	215
Österr. Brau AG	293	294
Perlmooser	312	313
Reininghaus	385	380
Schwechater Br.	159	159
Semperit	112	–
Steyr-Daimler-P.	166	147
Universale Hochtief	204	205
Veitscher Magnesit	212	223
Index	56,21	56,34

Kopenhagen

	2. 1.	30.12.
Den Danske Bank	380	371
Jyske Bank	715	690
Kopenh. Handelsbk.	380	358
Novo Industri	2835	2770
Privatbanken	371	359
Ostasiat. Komp.	195	183
Dan. Sukkerfabr.	765	751
For. Bryggerier St.	1265	1230
Kgl. Porc. Fabr.	400	408

Brüssel

	2. 1.	30.12.
Arbed	1250	1240
Brux. Lambert	2560	2590
Cockerill Ougrée	175	178
Ebes	2425	2460
Gevaert	3000	3000
Kredietbank	6300	6310
Petrofina	6000	4000
Soc. Gén. d. Belg.	1690	1680
Sofina	5460	5450
Solvay	3540	3560
UCB	4300	4470
Index	–	136,16

Singapur

Optionshandel

Frankfurt: 2. 1.: 687 *Optionen* = 34 400 (32 550) Aktien, davon 56 Verkaufsoptionen = 2900 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 4-80/8,2, 7-80/11,9, 7-85/8, 7-90/6,1, BASF 4-160/17,1, 4-170/12,9, 4-180/6,8, 7-180/10,2, Bayer 4-160/18,5, 4-170/12,4, 4-180/6,5, 7-180/10,3, 7-190/6,6, Bekula 4-100/3,9, Commerzbank 4-170/12,5, 4-180/7, 4-190/5,4, 4-200/2,4, 7-170/17,5, 7-180/13,9, 7-190/9, 7-200/6,6, Conti 4-110/20,6, 4-120/15, 4-130/6,5, 7-120/15,1, 7-130/10,5, 7-140/6,6, Dt. Babcock St. 4-190/12,5, 4-200/7,5, Deutsche BK 4-310/40, 4-320/30, 4-330/23, 4-350/9,4, 7-330/30, 7-340/26, 7-370/12, 10-370/21, Dresdner Bank BK 4-170/14,8, 4-180/7, 4-200/3, 7-180/15, 7-190/9, 7-200/5,7, GHH St. 7-150/22, Hoechst 4-160/27, 4-180/13, 4-190/8, 7-180/18, 7-190/13, 7-200/8,1, Hoesch 4-100/13, 4-110/10, 4-120/3,4, 7-100/20,5, 7-110/13,4, 7-120/8,4, Klöckner 4-40/9,6, 4-45/6, 4-50/4,4, 7-40/10, 7-50/5, Mannesmann 4-140/12,6, 4-150/6,3, 4-160/3,4, 7-140/15, 7-150/14, 7-160/5,1, RWE St. 7-180/9,6, Siemens 4-400/10, 7-400/17,6, Thyssen 4-80/12, 4-85/7, 7-85/9,2, 7-90/6,5, Veba 4-170/10, 4-180/5, 7-170/14, VEW 4-120/6,1, 7-120/7,5, 7-130/6,5, VW 4-200/39, 4-210/35, 4-220/29,8, 4-230/20, 4-240/16,4, 4-250/12,4, 7-200/39, 7-210/35, 7-220/29,8, 7-230/20, 7-240/16,4, 7-250/12,4, Alcan 7-110/14,4, Elf 7-60/5,3, Philips 4-45/1,5, 7-40/6, Royal Dutch 7-120/12, Xerox 4-140/11,4. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-80/2, 4-85/6,4, 7-80/3, BASF 7-170/5, Bayer 7-170/4,5, BMW 4-420/7,8, Commerzbank 4-170/3, Conti 4-120/1,4, Daimler 4-650/14,5, 7-620/6,4, Dresdner BK 4-170/2,7, 7-170/3, GHH St. 7-150/6, Hoechst 4-180/2, Klöckner 7-40/1,7, 7-45/3,3, Mannesmann 4-140/1, Preussag 4-270/9, Thyssen 7-85/4, Veba 7-160/1,8, 7-170/4, VEW 7-120/6,5, VW 4-210/2,6, 7-210/4,7, IBM 10-330/12, Norsk Hydro 4-180/8,9 (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 30. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾–10	5¾–5⅞	3⅝–3⅞
3 Monate	9⅞–10	5⅞–6	3⅝–3⅞
6 Monate	10 –10⅛	6⅛–6¼	3⅞–4⅛
12 Monate	10⅜–10½	6⅜–6½	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1490,00	1812,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1172,00	1462,62
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	699,00
1 £ Sovereign alt	243,00	299,83
1 £ Sovereign Elizabeth II	237,00	292,98
20 belgische Franken	186,00	239,40
10 Rubel Tscherwonez	254,00	316,92
2 südafrikanische Rand	238,00	292,98
Krüger Rand, neu	1071,00	1260,84
Maple Leaf	1071,00	1260,84
Platin Noble Man	1107,00	1361,88
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	264,00	328,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	209,00	262,20
20 franz. Franken „Napoléon"	200,00	251,94
100 österr. Kronen (Neuprägung)	990,00	1192,44
20 österr. Kronen (Neuprägung)	199,00	249,66
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	137,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	464,00	568,86
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	149,34

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer

**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

2. 1. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,7262	2,7342	2,7033	2,68	2,77
London1)	3,946	3,959	3,920	3,88	4,03
Dublin1)	3,099	3,113	3,061	3,03	3,18
Montreal3)	2,1890	2,1970	2,1729	2,14	2,23
Amsterd.	88,865	89,085	88,945	87,75	89,75
Zürich	125,130	125,330	125,28	124,00	126,75
Brüssel	4,888	4,908	4,837	4,71	4,93
Paris	32,620	32,780	32,085	32,00	33,75
Kopenh.	27,550	27,670	27,31	26,50	28,50
Oslo	35,380	35,500	34,83	34,50	36,25
Stockh.**)	34,020	34,180	33,625	33,00	34,75
Mailand2) **)	1,641	1,651	1,600	1,61	1,71
Wien	14,160	14,200	14,167	14,09	14,31
Madrid**)	1,728	1,748	1,682	1,64	1,76
Lissabon**)	2,070	2,090	1,985	1,60	2,40
Tokio	1,1815	1,1845	–	1,14	1,20
Helsinki	46,850	47,050	45,81	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,731	2,785	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,448	2,467	–	2,40	2,51
Johannesbg.*)	2,228	2,247	–	2,13	2,39

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar präsentierte sich optisch günstig am ersten Handelstag des neuen Jahres mit einer amtlichen Notiz von 2,7302, wobei die Deutsche Bundesbank zum Ausgleich 15,65 Mio. Dollar verkaufte. Wenn man allerdings beachtet, daß die meisten für den Devisenhandel wichtigen Länder noch nicht am Handel teilnahmen und nur sporadisch ein Umsatz zustande kam, muß die heutige Kursentwicklung mit Vorbehalt gesehen werden. Der Japanische Yen zog auf das All-Time-High von 1,1830 an, und auch die meisten anderen Währungen wurden infolge des festeren Dollar höher notiert. US-Dollar in: Amsterdam 3,0695; Brüssel 55,64; Paris geschlossen; Mailand 1660,40; Wien 1926,00; Zürich 2,1801; Ir. Pfund/DM 3,106; Pfund/Dollar 1,4475.

Ostmarkkurs am 2. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,75; Verkauf 20,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei nahezu unveränderten Swapsätzen kam es am 2. Januar nur zu wenigen Abschlüssen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,03/0,93	2,78/2,68	5,25/5,05
Pfund/Dollar	0,07/0,10	0,23/0,27	0,43/0,48
Pfund/DM	1,60/0,20	3,90/2,50	6,90/5,50
FF/DM	36/10	80/53	130/114

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2. 1.: Tagesgeld 6,55–6,65 Prozent; Monatsgeld 5,75–6,00 Prozent; Dreimonatsgeld 5,90–6,10 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und *30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.*

Diskontsatz der Bundesbank am 2. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,99; 2 Jahre 7,21. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, *Rendite 8,00.*

Renten freundlich

Am Rentenmarkt bestimmt die Erwartung auf einen weiteren Rückgang der Renditen die Tendenz. Öffentliche Anleihen wurden in Ausnahmefällen bis zu 0,30 Prozentpunkte heraufgesetzt. Das freundlichere Klima kommt dem Absatz der neuen Bundesanleihe sichtlich zugute. Unter Banken wird sie mit einem halben Punkt Abschlag gehandelt. Das deutet auf eine gute Plazierung hin, wobei allerdings die Reaktion der privaten Bankenkundschaft noch nicht abzuschätzen ist. DM-Auslandsanleihen lagen ebenfalls stabil, hier machte sich aber das Fehlen ausländischer Anleger bemerkbar. Pfandbriefe folgten der besseren Tendenz mit ihren Renditen.

Bundesanleihen

		2. 1.	29.12.83
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3	100,3G
8 Bund 78 I	2/84	100,1	100,15
7 dgl. 77	3/84	100,05	100,1
7½ dgl. 76 II	4/84	100,15	100,25G
5 dgl. 78	5/84	99,5	99,45
6 dgl. 78 III	9/84	99,5	99,5G
8¼ dgl. 76	9/84	100,95	101G
6 dgl. 78 IV	12/84	99,45bG	99,35
6¼ dgl. 79	1/85	99,65	99,45
8½ dgl. 73 I	3/85	101,65	101,65
7 dgl. 79	4/85	99,95bG	99,85
7¼ dgl. 78 II	6/85	100bGG	99,95G
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,6	100,45
8 dgl. 76 IV	10/85	100,95	100,95
5½ dgl. 78 II	3/86	96	95,95
5¾ dgl. 78	5/86	95,7	95,5
7¼ dgl. 78 I	12/86	98,75	98,7
6½ dgl. 79	1/87	98,55	98,55
7¼ dgl. 76 II	1/87	98,55	98,55
6¾ dgl. 77	4/87	96,85	96,85
6½ dgl. 77	7/87	96	96
6 dgl. 77	10/87	94,2	94,05
6 dgl. 78 I	1/88	94,1	93,9
6½ dgl. 78 I	9/88	94,65	94,55G
6½ dgl. 78 II	12/88	94,25	94,2G
6¾ dgl. 79	1/89	94,6	94,6
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,55	96,55
10 dgl. 81	4/89	107,55G	107,55G
7½ dgl. 79 I	6/89	97,3bG	97,2G
8 dgl. 79 I	7/89	99,65	99,65
8 dgl. 79 II	8/89	99,65	99,65
7½ dgl. 79 II	9/89	97,25	97,2
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,25	98,25
7¾ dgl. 80 I	1/90	98,35	98,2
10 dgl. 80	4/90	108,25	108,25
5¾ dgl. 78	5/90	90,45	90,5
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,25	100,25
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,3	100,3
7¾ dgl. 82	11/90	98,05G	97,95bG
9 dgl. 81	2/91	103,85	103,85bG
10¼ dgl. 81	7/91	110,05	110,15
10¾ dgl. 81	9/91	113,05	113,05
10 dgl. 81 II	12/91	109,15	109,15
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,85	107,85
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,75G	107,75G
6 dgl. 78 II	3/93	87,9	87,7
9,5 dgl. 82	4/92	106,5	106,5G
9 dgl. 82	5/92	103,65	103,5G
8½ dgl. 82	6/92	101,15	101,15
9 dgl. 82	8/92	103,75	103,75
8¾ dgl. 82	9/92	102,35	102,35
7¾ dgl. 82	12/92	96,7G	95,7 G
7½ dgl. 83	1/93	95,15	95,15
7½ dgl. 83 II	3/93	95	95
7½ dgl. 83 III	5/93	98,15	98
8¼ dgl. 83	6/93	99,3	99,25
8 dgl. 83	7/93	97,9	97,8
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,3	99,3
8¼ dgl. 83 III	10/93	99,25	99,25
8¼ dgl. 83 IV	11/93	99,3	99,25
8¼ dgl. 83 V	12/93	99,3	99,25
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,85bG	100,75
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,15	101,05
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,3	101,3G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,55	102,45
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,85	101,85
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,15	101,15
8 dgl. 80 S.7	8/85	101	100,85
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,05	100,05
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,1	101,1
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,1	102,1
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,45	102,2bG
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,8	103,5
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,35	104,15
9½ dgl. 81 S.14	4/86	103,1G	103,1
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,1	104,1
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,35	105,25
11 dgl. 81 S.17	8/86	106,55	106,55
10½ dgl. 81 S.18	10/86	105,75	105,75
10 dgl. 81 S.19	10/86	104,7	104,85
9½ dgl. 81 S.20	11/86	103,55G	103,55
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,4	105,4
10 dgl. 81 S.22	11/86	104,75	104,7
9½ dgl. 81 S.23	12/86	103,6	103,6
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,4	104,4
9½ dgl. 82 S.25	3/87	103,75	103,75
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,1	103,1
9 dgl. 82 S.27	4/87	102,5	102,5
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,25	101,35
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,2	104,2
9 dgl. 82 S.30	8/87	102,65	102,65
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,1	102,1
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,6	100,5
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,95bG	99,95
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	99,1	99,1
7½ dgl. 82 S.35	12/87	98,2	98,7
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	97,35	97,3
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	95,6	95,45
7 dgl. 83 S.38	5/88	96,1	96,1
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96,95	96,95G
7½ dgl. 83 S.40	6/88	97,85	97,83
8 dgl. 83 S.41	6/88	99,45	99,45
8 dgl. 83 S.42	9/88	99,45	99,45
8 dgl. 83 S.43	12/88	99,45	99,4

Bundesbahn

		2. 1.	29.12.83
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3G	100,3G
7½ Bdbahn 72	2/84	100	100,05
8 dgl. 72	9/84	100,8	100,8
8¼ dgl. 76	9/84	100,95	101G
6 dgl. 78 III	11/84	99,55	99,45
F 6½ dgl. 79	2/85	99,7	99,65
8½ dgl. 73	2/85	101,65	101,6
7 dgl. 77	2/87	97,8	97,7
6 dgl. 77	8/87	94,3	94,15
6 dgl. 78 II	7/88	92,8	92,6
6¼ dgl. 77	5/89	93,25	93,25
8 dgl. 79 I	7/89	99,65	99,5
6 dgl. 78 I	2/90	90,05	90,05
8 dgl. 80 II	7/90	99	99
9 dgl. 81	3/91	103,5	103,35
10½ dgl. 81	9/91	111,4	111,3
10¼ dgl. 81	11/1	110,5	110,4
8 dgl. 80 I	2/92	98,05	97,95
10 dgl. 82	2/92	109,15	108,95
9¾ dgl. 82	7/92	106,5	106,4
8 dgl. 82	11/82	97,95	97,95
7¾ dgl. 83	1/93	96,85	96,85
8¼ dgl. 83	10/93	99,4	99,3

Bundespost

		2. 1.	29.12.83
F 4 Abl. 57*	4/84	100,3	100,3G
6¼ Bdpost 68	6/88	98,35G	98,35G
8 dgl. 72 I	9/87	100,3	100,3
10 dgl. 81	3/89	107,4	107,25
10¼ dgl. 81	6/89	108,75	108,6
8 dgl. 80	3/90	99,25	99,15G
7¾ dgl. 80	9/90	97,75	97,75
8¾ dgl. 80	12/90	102,75	102,75
10½ dgl. 81	10/91	112,05	112
9¾ dgl. 82	2/92	108,15	108,05G
8¾ dgl. 82	6/92	102,6	102,6
8½ dgl. 82	10/92	101,2	101,2bG
7¾ dgl. 83	2/93	96,7	96,7
8½ dgl. 83	9/93	101,2	101,1

Länder – Städte

		2. 1.	29.12.83
S 6½ Bd.-Wttbg. 76	88	96,25	95,75G
8¼ dgl. 82	92	99,5	99,25
M 7 Bayern 66	86	100G	100G
6½ dgl. 67	87	100	100G
6 dgl. 68	85	98,5G	98,5G
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100	100
6 dgl. 78	88	93bG	92,8
8¾ dgl. 80	90	101,8	102
8¾ dgl. 82	90	101,85	101,85G
7½ dgl. 83	93	95G	95
B 8½ Berlin 70	85	101,4G	101,4
8 dgl. 72	85	100,4G	100,4G
7½ dgl. 76	84	100,15G	100,15G
7 dgl. 77	85	100	99,9G
6½ dgl. 78	88	97G	97G
8¾ dgl. 80	88	102,75G	102,75G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,3G	100,3G
8 dgl. 72	87	100,5G	100,5G
7½ dgl. 83	93	94	94,5
H 8½ Hamburg 70	85	101,25G	101,25G
6½ dgl. 77	92	94,75G	94,75G
8 dgl. 80	92	98,75	99
9¾ dgl. 82	92	107,75G	107,75G
7½ dgl. 83	92	94,6G	95
F 6 Hessen 71	86	100,2	100,2
6¼ dgl. 78	88	92,8	92,5
Ha 8½ Nieders. 70	85	101,5G	101,5G
7½ dgl. 72	87	100G	100G
8 dgl. 72	87	100,6	100,6G
7½ dgl. 79	87	9823	98,3
7¾ dgl. 82	92	96,8	96,6
8 dgl. 83	93	98	97,8
D 7½ NRW 83	93	94	94,5G
7¾ dgl. 83	93	96,1	95,75
8½ dgl. 83.	93	100,5	100,5
8¼ dgl. 83	93	99,25	99,25
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,5G	99,5G
8 dgl. 71	86	100,1G	100,2G
F 8½ Saar 70	85	100,75G	100,75G
7 dgl. 72	87	98,4G	98,6
6 dgl. 78	88	92,9	92,5
H 6 Schl.-H. 64 II	84	99,35G	99,75G
7¼ dgl. 72	87	99	99G
8½ dgl. 73	85	101,5	101,5
D 7 Essen 72	85	99,7G	99,7G
M 6 München 64	84	99,75G	99,75G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,25G	100,25G
7¾ dgl. 72	87	100,25G	100,25G
8 dgl. 83	93	98bG	98

Bankschuldverschreib.

	2. 1.	29.12.83
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81	81G
6½ dgl. Pf 5	88G	88G
7 dgl. Pf 2	98	99G
F 7½ Bakola Pf 104	99,85G	99,85G
9 dgl. Pf 106	102,8G	102,8G
10 dgl. Pf 108	107,5G	107,5G
7 dgl. KS 132	94,75G	94,75G
8 dgl. KS 155	98,4G	98,4G
9 dgl. KS 169	102G	102G
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	90,75G	90,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	94,5G	94G
7 dgl. Pf 3	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G
6½ dgl. KS 14	96G	95,75G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,9G
6 dgl. Pf 34	79bG	79,5G
6 dgl. KO Pf 50	99,75G	99,7G
6½ dgl. Pf 10	84bG	84,25bG
6 dgl. KS 1	98,7G	98,4G
M 6 Lds. Anst. IS 15	96G	96G
6 dgl. IS 16	94,85G	94,85G
6 dgl. IS 17	93,75G	93,75G
8½ dgl. KO 49	101G	101G
8½ dgl. KO 48	101G	101G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	99,25G	99G
9½ dgl. Pf 105	101,25G	101,25G
10 dgl. KS 307	101,25G	101,25G
9½ dgl. IS 726	102,25G	102,25G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 28	75G	75G
6 dgl. Pf 4	89,25G	89,25G
6½ dgl. Pf 3	87G	87bG
6½ dgl. Pf 12	87bG	87G
7 dgl. Pf 20	95G	94,5G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103bG
7 dgl. Pf 31	98,75	98,75bG
6 dgl. Pf 34	95G	95bG
6½ dgl. Pf 37	98,75G	98,75bG
8 dgl. Pf 51	101G	101bG
Ha5 BrHann. Hypo. Pf 1	117G	117G
7 dgl. Pf 80	85,45G	84,6G
7½ dgl. Pf 87	90,75G	89,9G
6 dgl. KS 28	78,55G	77,8G
7 dgl. KS 30	97,85G	98,9G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119G	119G
5 dgl. Pf 54	115,5G	115,5G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
6½ dgl. Pf 123	86,5G	86,5G
6½ dgl. Pf 141	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 143	92G	92
8½ dgl. Pf 191	–	–
7 dgl. KO 113	100bG	100G
9 dgl. KO 217	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 215	101,5bG	101,5G
9¼ dgl. KO 218	101,75G	101,75G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115,5G	115,5G
5½ dgl. Pf 50	72G	72G
6 dgl. Pf 84	99,95G	99,95G
9 dgl. KS 139	102,8G	102,8G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,8G	100,8G
9 dgl. Pf 230	101,9G	101,9G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	108,25G	109G
7 dgl. KS 35	98,7G	98,7G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	91,8G	91,8G
6 dgl. IS 71	99,5	99,5G
6½ dgl. IS 73	96,35G	96,35G
6¾ dgl. IS 80	100	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	82G	82G
6 dgl. KO 46	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,1G	100,1G
7½ dgl. KO 165	96G	96G
9 dgl. KO 129	102G	102G
10 dgl. KO 125	100,85G	100,85
Ha6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,4G	99,4G
10 dgl. KS 134	102,55G	102,55G
8¾ dgl. KS 140	101,7G	101,7G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 67	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	79G	79G
6¾ dgl. KS 258	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 62	73G	73
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 162	80G	80
B 9 Dt.Pf.Wi. Brl. 482	102,7G	102,7G
Br 8 Dt. Schiffsb. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 82	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99G	99G
6¼ dgl. Pf 80	94,9G	94,9G
6¼ dgl. Pf 74	98,35G	98,35G
6¾ dgl. Pf 76	98,3G	98,3G
Br 6½ dgl. Pf 77	93,05G	93,05G
6 dgl. Pf 42	99,8G	99,8G
8½ dgl. Pf 47	101,5G	101,5G
F 5 Frk. Hypobk. Pf 68	70	70G
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	79	79G
6 dgl. Pf 130	91G	91G
6½ dgl. Pf 133	86G	86G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	118G
6 dgl. 14	88,75	88,75
6 dgl. 47	79	78G
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	108G
6 dgl. Pf 80	93,15G	92,85G
8 dgl. Pf 73	100,25G	100G
4 dgl. KO 5	103,5G	103,5G
H 6 Hyp.I.Hbg. Pf 96	79,75G	79,75
6½ dgl. Pf 80	89	88,75
8 dgl. Pf. 248	100,5	100,45
9 dgl. KO 125	102,05G	102,05G
8 dgl. KO 175	100,25	100,25G
9 dgl. KO 258	101,95G	101,95
9¾ dgl. KO 262	101,85G	101,85G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	115,5G	114G
5 dgl. Pf 12	70G	70G
7 dgl. Pf 25	93,5G	93,5G
10 dgl. Pf 40	102,25G	102,1G
6 dgl. KO 30	99,8G	99,65G
9¾ dgl. K 84	102,4G	102,1G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 11	88G	88G
7 dgl. Pf 12	90,5G	90G
4½ dgl. KO 6	100,25G	100,25
5½ dgl. KO 4	–	100G
7½ dgl. KO 80	100,2G	100,2G
8½ dgl. KO 81	99,5G	99,25G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	100,25G	100,75G
6 dgl. Pf 28	88G	87G
6 dgl. Pf 49	85G	84G
8 dgl. KS 1	–	–
8¼ dgl. KS 8	100,75G	100,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	82G	83,5
7 dgl. Pf 97	89,75	89G
10 dgl. Pf 32	100,5G	100,6G
10 dgl. Pf 33	102,9G	102,9G
6½ dgl. KS 78	97,5G	97,5G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	83,5G	83,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	103G	102G
6½ dgl. Pf 42	98G	98G
Ha7 Nord. Lbk. Pf 1	94,5G	94,5bB
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101G	101bB
9 dgl. KO 53	102,25G	102,25bB
7½ dgl. IS 6	99,8G	99,8G
10 dgl. IS 37	102G	102bB
F 5 Pfalz Hypo. Pf 46	119,5G	119G
5 dgl. Pf 58	82,65G	82,3G
6 dgl. Pf 95	79,5G	79G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125G	123,5G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	109G	109G
6 dgl. Pf 28	91,75G	91,75G
6½ dgl. Pf 67	84G	84G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9½ dgl. KO 56	101,5G	101,5G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 69	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	89G	88,5G
7 dgl. Pf 125	96,75G	96,25G
7 dgl. Pf 128	89G	88,5G
8 dgl. Pf 177	104G	103,75G
9 dgl. Pf 167	100G	100G
6 dgl. KS 77	79G	77G
6½ dgl. KS 80/1	99,85G	99,85G
8½ dgl. KS 110	101G	100,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	83,25G	83G
5½ dgl. Pf 43	83,1G	82,8G
6 dgl. Pf 56	78,35G	78G
7 dgl. Pf 61	85G	85G
8 dgl. Pf 70	99,75G	99,5G
9 dgl. Pf 68	101,85G	101,75G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,2G	97,8G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,4G
M 6 Südboden Pf 41	88TG	87,5TG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93,4G	93,4G
7 dgl. Pf 87	93G	93bG
7½ dgl. Pf 104	95G	95bG
7 dgl. KS 49	92G	91,5G
7½ dgl. KS 81	99,5G	99,5G
8 dgl. KS 133	98,75G	98,75G
8½ dgl. KS 132	101,4G	101,4G
9 dgl. KS 185	101,75G	101,75G
9½ dgl. KS 171	103,75G	103,75G
M 5 Verbank Nbg. Pf 56	117,5G	117G
6 dgl. Pf 95	78G	78bG
7 dgl. Pf 100	99,3G	99,3G
D 8 WestLB Pf 350	100,45G	100,3G
6¾ dgl. Pf 403	96,15G	95,9G
9½ dgl. Pf 1007	104,95G	104,45G
8 dgl. Pf 1015	97,95G	97,55G
7 dgl. KO 556	99,35G	99,2G
6¾ dgl. KS 420	94,7G	94,25G
9¼ dgl. KO 1301	104,1G	104,1G
8½ dgl. KS 1278	101,15G	101,05G
8 dgl. IS 1512	99,45G	99,1G
9¼ dgl. IS 1520	101,9G	101,8G
6½ dgl. IS 678	93,25G	92,7G
7½ dgl. IS 1503	100,25bG	101,15G
D 4 Westf. Land. Pf 4	99G	99G
6 dgl. Pf 16	84G	84G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	100,3G	100,3G
9¾ dgl. Pf 564	102,9G	102,9G
9¾ dgl. KS 294	102,7G	102,7G
9½ dgl. KS 324	105,1G	105,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	78G	76G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 8½ Wür. KoLa Pf 1	87,3G	87,4G
7 dgl. Pf 5	99,9	99,9G

Sonderinstitute

	2. 1.	29.12.83
D 6 DSLB Pf 28	84G	84G
6 dgl. Pf 47	80G	80G
7 dgl. Pf 63	99G	99G
7½ dgl. Pf 99	93G	92G
8 dgl. Pf 104	97,5G	97,5G
8 dgl. Pf 165	99G	99G
5¾ dgl. RS 45	97,75G	97,75G
6 dgl. RS 73	96G	95,75G
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101,5G	101,5G
7 dgl. RS 162	95,25G	95,25G
9¼ dgl. RS 172	103,75G	103,75G
9 dgl. RS 186	103G	103,75G
10 dgl. RS 193	104,5	104,5G
11¼ dgl. RS 195	108G	108bG
D 6½ RGB 69	100G	100G
F 7½ KFW 70	100,55G	100,55
8 dgl. 70	101G	101G
8 dgl. 76	100,1	100,1G
7¼ dgl. 79	98,1	98,1G
10 Kredit 81	108,35	108,25
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100,4	100,4
F 6 Lastl.Rentbk. RS 13	–	100G
6 dgl. RS 14	99,25G	99,25G
6 dgl. RS 15	98G	98G
6 dgl. RS 16	95,75G	95,75G
6 dgl. RS 19	98	98G
6 dgl. RS 20	99,6G	99,6G
6 dgl. RS 21	98,9G	98,9
6 dgl. RS 26	99,2G	99,2G
7½ dgl. RS 27	99,75G	99,75G
6½ dgl. RS 60	95,5G	95,5G
7 dgl. 94	95G	95G
7 dgl. 99	99,7G	99,7
8 dgl. 101	99,25T	99,25T
7½ dgl. 102	96,75G	96,75G
9¼ dgl. 128	104,5G	104,5G
D 7½ LAG TS 76	100	100bG
8 dgl. TS 76	101,1	101,1G
6½ dgl. TS 77	95,8G	95,8G
5½ dgl. 78	92,9G	92,9G
7 dgl. 79	96,9	96,9bG

Industrieanleihen

	2. 1.	29.12.83
F 6 Badenwerk 64	98,9	98,5G
6 dgl. 78	93,5	93,25
5 BASF 59	98,5G	98,5G
5 Bayernw. 59	98,5T	98,5T
F 8 Chem. Hüls 71	100T	100
7¾ Cont. Gum. 71	99,5G	99,5
6 Dt. Texaco 64	99,4G	99,4G
5¾ HEW 62	98,5G	98,5G
7½ dgl. 71	99,8G	99,75G
4½ Harpen 59	1810G	1810G
6 Hoechst 64	99,5G	99,5T
6 Hoesch 64	98,9G	98,8G
7½ dgl. 71	99,5T	99,25G
7½ Karstadt 71	99,25T	99bG
7½ Kaufhof 71	99G	99G
7¾ dgl. 71	99,25G	99,1G
7½ dgl. 76	98,5	98,5G
7½ Klöckner W. 71.	98,5G	98,5G
8 dgl. 72	99G	99
F 6 Krupp 64	99,6G	99,5G
6 Linde 64	99,25G	99,25G
5 Mannesmann 59	98,25	98,25
6 NWK 61	98,5	98,5G
5 dgl. 62	98,5G	98,5
6 DbDon. Krwk. 64	94G	94G
F 6 Rh.Briw. 63	94,75T	94,25
6 dgl. 65	94,25G	94,25G
5½ RWE 59	99,8G	99,8G
6 dgl. 63	95,25G	95,25G
6 dgl. 65	94,75T	94,25
7¾ dgl. 71	99,7	99,6G
7 dgl. 72	97,8G	97,8G
6 Rh.-M.-Don. 62	98G	98G
6½ dgl. 66	98G	98G
6 Schleswag 71	100G	100G
5 STEAG 59	98G	98G
7½ Thyssen 71	100G	100T
8 dgl. 72	100G	100G
7¾ dgl. 77	95,25T	95,25G
5 Veba 59	98,25G	98,25G
8 VEW 71	100G	100
6¾ dgl. 77	95,1G	95,1G
7 VW 72	97,8G	97,8G

Optionsscheine

	2. 1.	29.12.83
F 11 BASF Over Zee 82	71,9	69
7¼ Bayer Fin. 79	80	77
10½ Bayer Fin. 82.	86	84
7½ BHF Bk. Int. 83	107	105,5
6¾ Ciba-Geigy 75	1306	1330
3½ Commerzbk. 78	53	47,5
7 Combk. Int. Lux. 83	78	75
4½ Dt. Bk. Comp. 77	142,5	139,5
3½ Dt. Bk. Int. 83	127,5bG	123,8
8¼ Degussa 83	161	154,5
4 Dresdner Bk. Int. 83	88	88,2
10 Hoechst 75	350	370
6¾ dgl. 78	86,8	84bG
8 Hoechst 83	103	100,5
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1870	1820
5¾ Jusco 83	2950	2989
Mitsui 82	301	295
7¾ Siemens 83	192	187
6½ Wells F. 73	340	345

Optionsanleihen

	2. 1.	29.12.83
F 8½ BASF 74 m O	153	155
8½ BASF 74 oO	100,9G	100,9
M 3½ Stumpf 88 mO	85TG	164G
M 3½ Stumpf oO	–	92bB

Währungsanleihen

	2. 1.	29.12.83
F 8 Brasilien 72	97,75G	97,75G
6¼ Kopenhagen 72	96,25G	96,25
9¼ Norwegen 79	99G	99G

Optionsanleihen

	2. 1.	29.12.83
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	110	108,7
7½ dgl. 83 oO	77,5	77,9
3½ Combk. Int. 78 mO DM	112,2G	112,2
F 3½ dgl. 78 oO DM	89,25	89
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	124,8G	124,8G
4½ dgl. 77 oO $	82,5	82
3¾ Dt. Bk. 83 mO	119bG	117,5
3¾ dgl. 83 oO	81,15	80,9
4 Dresd. Bk. 83 mO	110	108,75bG
4 dgl. oO	84,25	83,25
7½ Jap. Synth. 82	170	170G
7½ dgl. 82 oO	90,5G	90,5G
5¾ Jusco 83 mO	142G	142G
5¾ dgl. 83 oO	92,5G	92,5G
F 6½ Wells F. 73 mO DM	130G	130G
6½ dgl. 73 oO DM	96,25G	96,25G

Optionsscheine

	2. 1.	29.12.83
F 8½ BASF 74	80,5	77,5
Stumpf 78	72	74bG

Wandelanleihen

	2. 1.	29.12.83
F 5 Bayer 69	100,3bG	104,75bG
H 6 Beiersdorf 82	100,3bG	169G
F 4½ Commerzbk. 78	–	–
D 9 Girmes 74	258	352
6½ KSB 83	128	132G

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	2. 1.	29.12.83
F 4¾ AKZO 69	86G	86G
F 3½ All Nippon 78	94,25	94
F 3½ Asahi Opt. 78	133,5G	133,5G
F 4¾ Canon Inc. 77	470G	470
F 3½ Cas. Comp. 78	289G	289G
F 5¾ Daiei Inc. 80	124,75G	124,25G
F 4¾ Fujitsu Ltd. 78	662G	662G
F 5 dgl. 79	445T	445T
F 5¼ Hoogovens 66	86G	86G
F 3½ Izumiya Co 78	108	109G
F 3½ Jusco Co. 78	104,75	104,25
F 4 Kansai El. 79	111	110,5G
F 6 Komatsu 76	179	179,5G
F 6 Konishiroku Pho. 81	131	130,25G
F 6¾ dgl. 82	122,5G	122,5G
F 3½ Kosakuen 78	95,25G	95,25
F 7½ Kraft Inc. 70	112,25	112,2G
F 3½ Marudai F 78	100,75	100G
F 6 Michelin Int. 70	94G	94G
F 5¾ Minolta 77	237,5G	237G
F 4 dgl. 79	182G	182G
F 6¼ Mitsub. Ch. 78	227G	227T
F 6,75 Mitsub. H 81	167	165,5G
F 6 dgl. 81	123,5	122,25
F 6 Mobil Co Ltd 80	121	121
F 7 Nippon Sh. Gl. 82	195T	–
F 3¾ Nippon Sh. 78	155G	155G
F 3½ Nissan Mot. 78	94,5	94,5G
F 4 Nisshin Steel 78	182,5G	182,5G
F 8½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
F 3½ Olympus 78	275G	275G
F 3¾ Omron Tat 79	435G	435G
F 4¾ Orient Fin 79	215G	215G
F 3½ Ricoh Comp. 78	227G	227
F 6¼ Rotom. Int. 72	94,75G	94,75
F 3¾ SankyoElec. 78	130,5G	130,5G
F 3½ Sanyo Elec. 78	234,5	234,5
F 3¾ Seiyu Stores 79	–	–
F 6¾ [illegible] 76	149,5G	149,5G
F 3½ Stanley 78	157,5	157,5G
F 6 Taiyo Yuden 82	137G	138G
F 5 Texaco Int. 65	96	95,95
F 3½ Tok. Elec. 78	498G	498G
F 4 Tokyo Land 79	109	109
F 3½ Trio Kenw. 78	109,5	110G
F 6½ Uny Ltd. 79	198T	198T

Ausländische Aktien

	2. 1.	29.12.83
F L'Air Liquide	170G	175
D Akzo	90	89,3
F Alcan	107	106,5
F Alcoa	120	122T
F Alg.Bk.Ned.	340T	337
F All Nippon Air	3,8G	3,8G
F Amax	66	66
F Am. Cyanamid	135G	134
D American Expr.	[illegible]	94
D Am Motors	17,95	18,3
F Am. T & T	–	–
F Amro Bank	56,1	54
F Anglo Am. Corp.	44,8	43,8
M Anglo Am. Gold	302,7	299
F Asland	55G	56G
F Asahi Chem.	4,9	4,9
M Atl. Richfield	119	120,5
H Atlas Copco	39G	38,5G
M Avon	69,6	68,7
D Baker Int.	53G	53,2
F Bell Canada	21,5	21
F Banco de Bilbao	22,8	22,5
F Banco Central	23,3	23
F Banco Hisp. Americ.	18,2	18,2bB
F Banco de Santander	18,4	18,3
F Banco de Vizcaya	27,1	26,6
F Barlow Rand	30G	30
M Baxter Trav. Lab.	65	63,5
D Beatrice Foods	86,5G	87G
D Bell Canada	73G	74T
F Black & Decker	73,5	72G
F Boeing	120	123,5
M Bougainville Copper	6,4	5,2
F Bowater	10	10
D BP	16,1	15,8
M Broken Hill	34,3	34,2
F Bull	12,8	12,8
F Can. Pacific	108	113
F Canon	18,6	18
F Cable Comp.	17	17,5
F Caterpillar	131	132
D Ch. Manhattan	123	122G
F Chrysler	76,9	75,9
M Citicorp.	102	101,4
F City Investing	102G	103G
F Coca-Cola	148	149
D Colgate	58,5	60bG
M Comm. Satellite	98,4	92,3
F Cons. Gold F.	20,4	19,8
D Cont. Group	147G	143G
F Control Data	125,5	127
H Courtaulds	4,9G	5G
M CRA	14,9	14,15
M CSR	10G	9,8G
F Daiei	7,3G	7,3T
F Dart & Kraft	183G	182
M De Beers Cons.	20,5	20,5
F Deere Comp.	105	109
F Diam. Shamrock	56	54,5
M Digital Equipm.	197,5	203,5
M Disney Prod.	144,7	144
H Distillers	9G	9G
M Dome Petroleum	9,35	9,3
D Dow Chemical	91,5	89,7
D Dresser	57	55,8
M Driefontein Cons.	89,6	86,1
D DuPont	141,5G	142,5T
H Dunlop	1,42G	1,6
D Eastern Air Lines	18,45	18,25
F Eastman Kodak	209	212,5
F Elf Aquitaine	54,2	54,8
F Emhart	170G	175T
D Ericsson	135G	140T
D Esmark	119	115G
D Exxon	101,5	103bG
D Fiat St.	5,4	5,3T
D dgl. Vz.	3,85	3,7T
F Fielder	–	0,08T
D Fisons	26G	26TB
M Fluor	49,5	49,3
D Ford	118	122bG
F Fomento Minero	5,7G	5,7T
F Fujitsu	15,95	15,9
F General Electric	160,7	158,3
F General Mining	81G	82,5G
D General Motors	203	205
D Gen. Shopping	476G	472G
M Getty Oil	268,1	272
D Gevaert	147G	145G
F Goodyear	83	83bB
H Grace	123,5	120
D GKN	5,9G	6,7G
F Gulf	117G	119G
D Halliburton	109,5	112,5
M Hewlett Packard	116,8	117,2
D Highveld Steel	11,2B	11,2TB
D dgl. o.O.	11,2B	11,2TB
F Hitachi	[illegible]	[illegible]
M Holiday Inns	130	132
F Homestake	82,5	78,5
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,45G	2,45
D Hoogovens	45,9	42
D Hughes Tool	56	57,3bG
F IBM	337	340
F ICI	24,8	24,8
M Impala Plat. Hold.	36,4	35,7B
M Imperial Oil	80,5	79,6
F Inco	40	40,9
F Int. T & T	124	122,9
D [illegible] Fin. Ind.	7,8G	7,8G
F Italcementi	68	67
F Izumiya	9,4T	9,3T
F Japan Line	1,9	1,75T
D Jusco	9,6G	9,6G
F Kawasaki Kisen	1,5G	1,5G
F Kawasaki Steel	2,35	2,45
M Kloof Gold Min.	124	124
F Komatsu	6bG	6,3
D KLM	173	169G
F Konishiroku Photo	7,3G	7G
F Kubota	3,6T	3,6G
D Lafarge	92G	90,5T
D Litton Ind.	192	192,5bG
F Lone Star	77G	77,5
D LTV	51	51,3
M M.I.M. Hold.	19,35	18,55
F Magneti Marelli	–	1,4T
D Marubeni	3,1G	3,1G
F Marudai Food	7,7G	7,7
D Matsushita El.	24,4G	23,5TG
M McDonald's	192	192
M Merrill Lynch	88,3	91,2
F McDonnell D.	160,5	162,5
M Minerals & Res.	27,4	27,5
D Minnesota M.	223T	228TB
D Minolta Camera	7,9G	8,1G
F Mitsubishi Chem.	3,6	3,5bB
F Mitsubishi El.	4,9T	4,95
F Mitsui Bk.	5,35	5,3G
F Mitsui & Co.	4G	3,7G
F Mitsui Engin.	1,7	1,75T
F Mitsui O. S. K.	1,8G	1,9T
F Mitsumi El.	11,4	10,9
H Mobil Corp.	79,5	79,5
F Monsanto	292	292
F Montedison	0,35	0,36
F Murata	32,8G	32T
M Nat. Semicond.	43,8	44,5
D Nat. Westminster	24,8G	24,8G
F NEC Corp.	17,6	17,5
F Nestlé	6190	6210
F Nestlé Tz.	619G	620
D Nikko Sec.	4,5G	4,6B
F Nippon Kokan	1,9	1,9bB
F Nippon Shinpan	7,7G	7,7T
F Nippon Yusen	3T	3,2bG
F Nissan Motor	8,6	8,95
F Nisshin Steel	2,35	2,25T
F Nissho - Iwai	3G	3G
D Nl. Industries	43G	44,6bGa
F Norsk Hydro	176	176
H Occ. Petroleum	67,5	67
D Océ v. d. Grint	222G	220G
F Olivetti St.	6,45	6,3
F Olivetti Vz.	5,9	5,85
F Olympus Optical	12,5T	12,5G
H v. Ommeren	26,5	26,5
F Omron Tateisi	24,3T	24,3T
F Pakhoed	52,6	49
F Pakhoed Z.	45	43,5T
M PanAm	22,5	22,8
D Parker Drilling	25,5	26,2
F Peko Wallsend	15,5	15,15
M Pepsi	103	104,1
F Pernod-Ricard	240G	235G
F Peugeot	69	68,1
F Philip Morris	196	199
H Philips	40,3	39,9
D Phoenix Ass.	14,8G	14,8T
F Pirelli	2,55	2,45
M Polaroid	92,5	89
M Prime Computer	46,5	49
F Procter & G.	155,9	158
D Ramada Inns	27G	28,7
M Ranger Oil	31,9	32,4
F Rank Org.	7,25	7,25
F Ricoh	13,6T	13,6T
F Rio Tinto NA-St.	24,5	24,5
F Rio Tinto Namen.	24T	23T
H Robeco	299,5	298
F Rockwell	98	[illegible]
H Rolinco	290	285G
F Rorento	180	178T
F Rothmans Int.	4,45	4,3G
D Rowan Cos.	32,5	33
H Royal Dutch	124,5	122
M Rustenburg Plat. Hold	29G	29
F Sanko Steamship	2,5G	2,40
F Sanden Corp.	8,5G	8,3G
M Santos	19,1	19
F Sanyo Elec.	6,95	7
F Sanwa Bk.	5,5G	5,5G
M SASOL	9,9	10,1
F Schlumberger	139	142
F Schw. Alum.	1099	1102
F Schw. Bankverein PS	343	337,5
F Schw. Bankverein GR	7,95	7,95
M Sears, Roebuck	101,9	104,3
F Seiyu Stores	8T	7,5G
F Sekisui House	6,9T	6,6G
F Selected Risk	41,5G	41,5G
H Shell T & T	21,5	–
D Singer	76,5	76,5T
F Snia Viscosa	2,65	2,05
D Solvay	170T	167T
D Sony Corp.	43	42bB
D Sperry Corp.	127,5	126,5
F Squibb	123	128G
F Stanley Elec.	9,3G	9,3G
F Steyr-Daimler-P.	23,5bG	22,6
F Sumitomo	6,2	6T
F Sumitomo Heavy	2,6T	2,4T
D Sumitomo Metal	–	1,7TB
D Sun	119G	120G
M Sunshine Mining	33,5	34,2
F Swissair	1230T	1245
F Taisei Kens.	2,5G	2,45G
M Tandy	119B	118
F Taiyo Yuden	18G	18G
F Tenneco	113	110
D Texaco	97,2	98,5
D Thomson-CSF	71T	69bG
D Thorn Emi	22G	24,9TB
F Tokyo El.	18,5	18,5T
D Tokyo Pac	324G	324
F Tokyo Sanyo El.	7,2T	7,3G
D Toray	5,2	4,9bB
D Toshiba	4,9bB	4,95bB
F TRIO Kenwood	8,2G	8,2
F TRW	217G	215
D UAL	100bGa	98
H Unilever	229	225
F Union Carbide	173,5	172,5
D Uniroyal	46G	46,5G
F United Techn.	196	197,5
F US Steel	83,8	83,3
M Vaal Reefs Expl.	301,5	303G
D Wolf-Stork	94	95T
D Volvo A	147G	150G
D dgl. Nam B	147G	150G
F Warner Commun.	72,1	70,5bG
F Warner Lambert	80G	79,5
F Wells Fargo	110	110G
M Western Deep L.	144,5	142,5
M Western Mining	10,5	10,5
M Westinghouse El.	150,5	152,5
F Westl.-Utrecht H.	110	105
D Xerox Corp.	136bB	138,5

Warenpreise – Termine

Zum Jahresende 1983 in allen Sichten fester schlossen am Freitag die Gold, Silber-, Kupfer- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Leicht befestigt, mit Ausnahme des schwächeren September- und Mai-Kontrakts, ging Kakao aus dem Markt.

Die amerikanischen, canadischen und englischen Börsen waren am 2. 1. 84 geschlossen.

Getreide und Getreideprodukte

	30. 12.	29. 12.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	363,75	364,00
Mai	360,50	360,50
Juli	348,00	348,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	248,65	249,55
Amber Durum	259,35	259,60
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	143,00	143,50
März	145,00	146,50
Mai	148,90	150,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	124,50	124,00
März	127,30	126,50
Mai	126,90	126,50
Hafer Chicago (c/bush)		
März	186,00	186,00
Mai	188,75	189,75
Juli	188,00	187,75
Mais Chicago (c/bush)		
März	337,50	337,75
Mai	340,75	340,25
Juli	340,25	340,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	129,60	130,50
März	134,30	134,70
Mai	136,20	136,40

Genußmittel

	30. 12.	29. 12.
Kaffee New York (c/lb)		
März	138,75	138,60
Mai	135,60	135,30
Juli	133,50	133,25
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	2753	2715
Mai	2725	2688
Juli	2710	2675
Umsatz	2496	3278
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	6,85	6,70
März	8,17	8,13
Mai	8,52	8,40
Juli	8,83	8,74
Sept.	9,05	9,02
Umsatz	3455	7235
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7,15	7,01
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Jan.	1952–1953	1960–1965
März	1899–1900	1902–1905
Mai	1829–1832	1816–1818
Umsatz	1268	4491
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	–	1945–1959
März	2014–2015	1985–1987
Mai	1990–1991	1960–1961
Umsatz	6249	5594
Zucker London (£/t)		
März	unerhältlich	–
Mai	unerhältlich	149,00–149,50
Umsatz	–	–
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	430,00	430,00
weißer Sarawak	677,50	677,50
weißer Muntok	685,00	685,00
Orangensaft New York (c/lb)		
Jan.	140,90	139,25
März	144,50	140,55
Mai	146,00	141,50
Juli	145,35	141,75
Sept.	146,40	141,90
Umsatz	2000	550

Öle, Fette, Tierprodukte

	30. 12.	29. 12.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	47,00	47,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	46,50	26,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Jan.	29,10	28,28
März	29,65	29,40
Mai	30,10	29,87
Juli	30,15	29,81
Aug.	29,50	29,30
Sept.	28,25	27,90
Okt.	26,75	26,80
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	30,00	30,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	21,50	21,50
Choise white hog 4% fr. F.	17,25	17,00
Talg New York (c/lb) top white	17,50	17,50
fancy	17,00	17,00
bleichfähig	16,75	16,75
yellow max. 10% fr. F.	15,25	15,25
Schweine Chicago (c/lb) Febr.	51,30	51,30
Apr.	48,20	48,37
Juni	53,00	53,15
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Febr.	61,85	63,00
März	61,65	62,80
Mai	63,70	64,90
Rinder Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	54,50	54,50
Kühe einh. schwere River Northern	55,00	55,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Jan.	814,00	808,00
März	832,00	826,00
Mai	843,00	840,00
Juli	848,50	844,00
Aug.	835,00	832,00
Sept.	774,00	772,00
Nov.	726,00	722,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Jan.	224,80	224,30
März	225,20	225,20
Mai	225,00	226,00
Juli	225,00	226,00
Aug.	224,50	221,00
Sept.	216,00	212,00
Okt.	193,50	195,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t) Dez.	381,00	383,50
März	386,00	389,00
Mai	395,30	396,20
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	47,00	47,00

	2. 1.	30. 12.
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	915,00	910,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	–	530,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	750,00	745,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	217,00	214,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1050,00	1050,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	324,00	328,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	30. 12.	29. 12.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
März	77,06	77,62
Mai	78,40	78,85
Juli	79,10	79,76
Okt.	74,44	74,84
Dez.	73,10	73,50
März	74,15	75,00
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	57,50	57,25
Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:		
Dez.	–	413–414
Jan.	409–410	408–410
März	424–425	424–425
Umsatz	28	51
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:		
Dez.	46,50	unerhältl.
März	47,20	unerhältl.
Mai	47,60	unerhältl.
Juli	47,90	unerhältl.
Umsatz	9000	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype		
März	565,00–567,00	563,00–564,00
Mai	580,00–582,00	580,00–581,00
Juli	590,00–594,00	590,00–594,00
Umsatz	4	19
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager Jan.	gescht.	gescht.
Febr.	gescht.	gescht.
Kautschuk London (p/kg) Nr. 1 RSS loco	unerhältlich	84,25–85,75
Febr.	84,90–85,20	84,90–85,00
März	85,00–85,20	85,00–85,20
April/Juni	85,50–85,60	85,70–85,90
Tendenz: –		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg) Nr. 1 RSS loco:	–	–
Dez.	262,50–263,50	263,00–263,50
Jan.	268,00–269,00	268,00–268,75
Nr. 2 RSS Dez.	255,50–256,50	256,00–257,00
Nr. 3 RSS Dez.	252,00–253,00	252,50–253,50
Nr. 4 RSS Dez.	245,50–246,50	246,00–247,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt) BWC	495,00	495,00
BWD	485,00	485,00
BTC	495,00	495,00
BTD	485,00	485,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	2. 1.	30. 12.
Blei: Basis London laufend. Monat	geschlossen	114,56–114,68
drittfolg. Monat	geschlossen	118,31–118,41
Zink: Basis London laufend. Monat	geschlossen	243,73–243,92
drittfolg. Monat	geschlossen	248,07–248,27
Produz.-Preis	geschlossen	267,32
Reinzinn 99,9%	geschlossen	3758–3785

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	2. 1.	30. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	393,13–395,11	391,94–394,30
Blei in Kabeln	122,50–123,50	122,25–123,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	430,50–452,00	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50–464,00	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 10 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	2. 1.	30. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	geschl.	365
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	geschl.	413–415
MS 63	geschl.	410–415

Zinn-Preis Penang

	30. 12.	29. 12.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.Ag)	29,17	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	2. 1.	30. 12.
Leg. 225	445–455	445–455
Leg. 226	447–457	447–457
Leg. 231	477–487	477–487
Leg. 233	487–492	487–497

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	2. 1.	30. 12.
Platin (DM je g)	37,10 B	37,10 B
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	34 300	33 800
Rücknahmepr.	33 550	33 050
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	34 220	33 840
Rücknahmepr.	33 190	32 820
verarbeitet	35 920	35 520
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 720	33 240
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	811,90	793,10
Rücknahmepr.	771,30	765,30
verarbeitet	847,90	828,30

Internationale Edelmetalle

	30. 12.	29. 12.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	381,50	379,00
15.00	geschlossen	382,40
Zürich mittags	381,50–382,25	379,00–379,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 000	102 100
Silber (p/Feinunze) London Kassa	614,25	610,60
3 Monate	627,90	623,90
6 Monate	643,50	639,80
12 Monate	675,55	671,80
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	geschlossen	268,75
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	geschlossen	109,85
New Yorker Preise Gold H & H Ankauf	381,50	382,40
Silber H & H Ankauf	895,00	893,00
Platin fr. Händlerpr.	386,00–388,50	386,00–388,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	165,00–167,00	165,00–167,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze) Jan.	902,00	893,20
Febr.	908,50	900,10
März	914,00	904,00
Mai	930,00	920,00
Juli	947,00	933,00
Sept.	962,50	954,00
Dez.	986,70	978,20
Umsatz	9 000	26 000

New Yorker Metallbörse

	30. 12.	29. 12.
Kupfer (c/lb) Jan.	65,75	64,60
Febr.	66,35	65,25
März	66,90	65,85
Mai	68,25	67,10
Juli	69,60	68,50
Sept.	71,00	69,80
Dez.	73,20	71,85
Umsatz	2500	5500

Londoner Metallbörse

	2. 1.	30. 12.
Aluminium (£/t) Kasse	geschlossen	geschlossen
3 Monate	geschlossen	geschlossen
Blei (£/t) Kasse	geschlossen	geschlossen
3 Monate	geschlossen	geschlossen
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	geschlossen	geschlossen
3 Monate	geschlossen	geschlossen
abends Kasse	geschlossen	geschlossen
3 Monate	geschlossen	geschlossen
(Kupfer-Standard) Kasse	geschlossen	geschlossen
3 Monate	geschlossen	geschlossen
Zink (£/t) Kasse	geschlossen	geschlossen
3 Monate	geschlossen	geschlossen
Zinn (£/t) Kasse	geschlossen	geschlossen
3 Monate	geschlossen	geschlossen
Quecksilber ($/Fl.)	geschlossen	geschlossen
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	geschlossen	geschlossen

NACHRICHTEN

Breitner gegen Bayern

München (sid) – Paul Breitner, früherer Fußball-Nationalspieler, wird bei einem Hallenturnier am 7. und 8. Januar in der Schweiz den FC Basel verstärken und dabei gegen seinen alten Klub Bayern München spielen.

Angebot für Uli Stein

Hamburg (sid) – Torwart Uli Stein vom Deutschen Fußball-Meister Hamburger SV hat ein Angebot von Ittihad Dschidda aus Saudi-Arabien erhalten. Stein wird ein jährliches steuerfreies Gehalt von 300 000 Mark geboten.

Sieg für Düsseldorf

Krefeld (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub Fortuna Düsseldorf gewann zum zweiten Mal das Hallenturnier in Krefeld. Die Düsseldorfer blieben in drei Spielen gegen Bochum (2:1), Aachen (3:1) und Bayer Uerdingen (5:0) ungeschlagen. Im Spiel gegen Bochum erlitt Rüdiger Wenzel einen Knochenriß im rechten Fuß und muß jetzt zwei bis drei Monate pausieren.

Madrid bleibt vorne

Madrid (sid) – Durch einen 1:0-Erfolg über Español Barcelona konnte Real Madrid am 17. Spieltag der spanischen Fußball-Meisterschaft die Tabellenspitze verteidigen. Zweiter ist Titelverteidiger Atletico Bilbao, das nach 22 Jahren mit einem 1:0 zum ersten Sieg beim baskischen Rivalen Real Sociedad San Sebastian kam.

Verband gegründet

Erlangen (sid) – Die rund 120 in der Bundesrepublik ausgebildeten Diplom-Trainer gründen am 6. Januar in Tennenlohe bei Erlangen einen eigenen Dachverband. Für das Präsidium des Verbandes Deutscher Diplom-Trainer (VDDT) wollen die frühere Leichtathletin Eva Wilms und der frühere Querfeldein-Radweltmeister Klaus-Peter Thaler kandidieren.

ZAHLEN

RADSPORT

Querfeldeinrennen in Petingen/Luxemburg für Amateure über 23 km: 1. Dietzen (Deutschland) 1:04:28 Stunden, 2. Andre van den Bosch 30 Sekunden zurück, 3. Dany van den Bosch 52 Sekunden zurück, 4. Coolens (alle Belgien) 2:10 Minuten zurück.

TENNIS

Internationales Turnier in Adelaide/Australien (75 000 Dollar), Halbfinale: Bauer (USA) – Drewett (Australien) 7:6, 6:4, Mecir (CSSR) – McNamee (Australien) 6:2, 6:3.

SKISPRINGEN / Überlegungen, ob die Vorbereitung richtig war

Ewald Roscher: „Hinterher gibt es viele Schlaue, ich halte meinen Kopf hin"

sid, **München**

„Wir haben eine Schlacht verloren. Den Krieg aber noch lange nicht." Bundestrainer Ewald Roscher zeigt sich nach dem Debakel seiner Skispringer am Neujahrstag in Garmisch-Partenkirchen keineswegs so ratlos, wie er nach dem Absturz auf der Olympiaschanze von 1936 hingestellt worden war. „Man erwartet von einem Trainer aus der Situation heraus zukunftsweisende Analysen. Doch ich bin zu lange im Geschäft, als daß ich mein Seelenleben zum Fraß vorwerfe."

Mit seinem Co-Trainer Rudi Tusch (29) hat Roscher die Situation besprochen. Nach dem sechsten Platz von Thomas Klauser in Oberstdorf hatten bei der zweiten Konkurrenz der 32. Vierschanzen-Tournee in Garmisch nur Georg Waldvogel (31.) und Peter Rohwein (42.) den Finaldurchgang der besten 50 erreicht.

Bevor die Tournee im Nachbarland Österreich (4. Januar Innsbruck und 6. Januar Bischofshofen) fortgesetzt und abgeschlossen wird, ist Rohwein unmittelbar hinter Österreichs einstmals sieggewohnten Springern Armin Kogler und Hubert Neuper auf Platz 26 bester DSV-Springer.

Während in Österreich schon Olympiasieger Toni Innauer als Nachfolger von Trainer Max Golser gehandelt wird, hört Sportdirektor Helmut Weinbuch vom Deutschen Ski-Verband (DSV) im Hinblick auf Olympia bereits die Alarmglocken läuten: „Vielleicht wäre es besser gewesen, nicht zum Weltcup-Auftakt nach Übersee zu fliegen." Der Nordische Sportwart Prof. Dietrich Martin spricht bereits von einem Trauerspiel. „Die große Mannschaft war eine Zumutung für Roscher", sagt er.

Der noch vor zwei Jahren nach seiner Rückkehr aus der Schweiz als Wundermann gefeierte Roscher bleibt dagegen zumindest äußerlich gelassen: „Nachher gibt es viele Schlaue. Ich stehe gern an vorderster Stelle und halte den Kopf hin. Aber ich gehöre nicht zu jenen, die sagen, spring Du, ich schieße."

Sieben von acht möglichen Springern hat Roscher mit nach Innsbruck genommen. Mit ihnen redete er nach dem Montag-Training auf der Berg-Isel-Schanze Fraktur. „Vorher hätte dies unter dem unmittelbaren Eindruck von Garmisch keinen Zweck gehabt."

Es sei schon deprimierend, wenn nach einem derart umfangreichen Trainingsprogramm immer wieder die gleichen Fehler gemacht würden. Die gute Trainingsform ist weggeblasen. Von Mut und Risikobereitschaft war am Neujahrstag nichts mehr zu spüren. „Wenn wir nur wüßten, was mit uns los ist", fragen sich die jungen Athleten. Nur Thomas Klauser



Wohin zeigt der Weg? Doch nach oben? – Bundestrainer Ewald Roscher und Thomas Klauser. FOTO: WEREK

spricht mit dem sechsten Platz von Oberstdorf im Rücken bereits wieder vom Angriff: „Ein gravierender Fehler wie in Garmisch, der das Finale gekostet hat, kann passieren. Nach Innsbruck sprechen wir uns wieder."

Nervosität geht nicht nur im deutschen Lager um, wo ein Durchreißer, eine Leitfigur im jungen Team fehlt. Allein die „DDR"-Asse Jens Weissflog und Klaus Ostwald zeigen Stabilität. „Weissflog läßt sich auch von einem weiten Satz eines Konkurrenten nicht aus der Ruhe bringen", sagt Cheftrainer Hans-Dieter Grellmann, warnt aber vor Euphorie. „Bis Sarajevo ist es noch einige Zeit hin."

Finnlands Weltmeister Matti Nykänen wartet weiter auf seinen ersten Sieg im Olympia-Winter. Beste Norweger sind die nicht zur Nationalmannschaft zählenden Ole-Gunnar Fidjestoel, Roger Ruud und Ole-Christian Eidhammer. Jugoslawiens Hoffnung Primoz Ulaga schwebt ebenso wie der Deutsch-Kanadier Horst Bulau ständig zwischen Licht und Schatten.

„Nur eine Handvoll Springer können derzeit konstante Form aufweisen", analysiert Roscher die internationale Situation. Sein früherer Schweizer Schützling Hansjörg Sumi (24) streifte erstmals seit drei Jahren den Ruf als Trainings-Weltmeister ab und schob sich beim Neujahrsspringen als Zweiter zwischen das „DDR"-Duo Weissflog und Ostwald.

Sumi war entnervt aus dem kanadischen Thunder Bay zurückgekehrt und hatte bei seinem früheren Lehrmeister Ewald Roscher gemeinsam mit Andreas Bauer und den anderen deutschen Springern in Ruhpolding für die Tournee trainiert. Vielleicht macht sein Comeback auch den Deutschen neuen Mut, um aus dem Tief herauszufinden.

STAND PUNKT / *Peinliche Vorkommnisse*

Auf der Dortmunder Galopprennbahn in Wambel, der ersten Allwetterbahn Deutschlands, ist seit der Eröffnung am 17. Juli 1981 ungewöhnlich viel passiert. Galopper-Präsident Walter Scheel sprach schon vor einem Jahr offen von einer Fehlinvestition.

Am ersten Renntag 1984 bot der Dortmunder Rennverein seinen Besuchern ein fragwürdiges Schauspiel, das an Peinlichkeit wohl kaum noch zu überbieten ist. Das aber vor allem zeigt, wie dilettantisch Renntage auf der im Vorjahr 70 Jahre alt gewordenen Anlage vorbereitet und durchgeführt werden. Von seinem Geschäftsführer Walter Mehring hat sich Präsident Hans-Hugo Miebach, ein geachteter, vielseitiger Unternehmer, schon im Herbst vorigen Jahres getrennt.

Am Neujahrstag brach dem sechsjährigen Wallach William Rex im 7. Rennen ein Bein. Der Unfall ereignete sich eingangs des Schlußbogens. Mehrfach wurde der Fahrer des von der Oberhausener Firma Rosendahl betriebenen Ambulanzwagens über Lautsprecher aufgefordert, sich endlich an die Unfallstelle zu begeben. Das schwere Fahrzeug blieb im Morast der Grasbahn stecken, weil der an diesem Tag eingesetzte Ersatzfahrer auf Grund geringer Ortskenntnisse nicht den richtigen Weg zur Unfallstelle wählte, um William Rex so schnell und schmerzlos wie möglich von den Leiden zu erlösen. Als Tierarzt Dr. Georg Appel von den Problemen erfuhr, zog er das Präparat T-61 auf und schläferte mittels Spritze das Pferd ein. Die elf Pferde für das nächste Rennen rückten derweil in die Startboxen ein, da erreichte der Pferdenotdienst das Sandbahngeläuf. Der Kadaver des Pferdes lag am Rande der Bahn, von der Tribüne deutlich sichtbar, von einer Sichtblende keine Spur. Unter den Strahlern der Flutlichtanlage galoppierte dann das Feld an der Stelle vorbei, von wo das Pferd dann die Fahrt zur Abdeckerei antrat. Bei allen möglichen Nichtigkeiten ist der Galopperverband zur Stelle, um zu ahnden.

Da stellt sich dann die Grundsatzfrage, ob das unbestritten gut gemeinte Dortmunder Pilotprojekt nicht mehr eine unlösbare Sorge als eine Freude oder Notwendigkeit für den Rennsport darstellt. Zu umfangreich ist dort die Liste der merkwürdigen Vorkommnisse. Da galoppierte ein Pferd in die Egge eines Treckers, der während eines Rennens noch auf dem Geläuf kurvte. Im Stallbereich gibt es ständig Probleme mit der Unterbringung der auswärtigen Pferde. Auf Grund existenzgefährdend geringer Wettumsätze mußten zahlreiche Renntage abgesagt werden, drei Veranstaltungen konnten nur abgehalten werden, weil es Sicherheitsgarantien anderer Vereine und Verbände gab. Überweisungen von Rennpreisen kamen nur schleppend, weil das Konto des Vereins leergefegt war. Den Sponsor für das deutsche St. Leger hat man verloren, 1983 mußte der Verein sich das Geld schon einige Monate vorher holen. Amateurhafte Terminplanungen, die kurzfristige und ebenso kurzsichtige Übernahme eines verlustreichen Winterrenntages, all das stellt ernsthaft die Frage, wann der gutwillige, engagierte, aber offenbar uneinsichtige Alleinherrscher Hans-Hugo Miebach feststellt, daß ein Galopprennverein kein Privatvergnügen ist.

KLAUS GÖNTZSCHE

ALLGEMEIN

Daume erneut gewählt

dpa, **München**

Willi Daumes Rang als Nummer eins unter den Spitzenfunktionären des deutschen Sports bleibt unangetastet. Zum sechsten Mal in ununterbrochener Reihenfolge gewann der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees die von dem Münchner Branchendienst „sport intern" unter Sportjournalisten organisierte Umfrage „Funktionär des Jahres". Auf den zweiten Platz kam Klaus-Dieter Güse, Präsident des Deutschen Fechter-Bundes, vor Klaus Kotter, Präsident des Internationalen Bob-Verbandes.

Als „Schlußlicht des Jahres" qualifizierte sich der Präsident des Deutschen Ski-Verbandes, der ehemalige Bundesminister Josef Ertl, vor Handball-Präsident Bernhard Thiele und DFB-Präsident Herrmann Neuberger. „Trainer des Jahres" wurde Fecht-Bundestrainer Emil Beck.

TENNIS

Wilander vor Lendl

sid, **Paris**

Der 19 Jahre alte Schwede Mats Wilander war im vergangenen Jahr der erfolgreichste Tennis-Grand-Prix-Spieler. Der Weltranglisten-Vierte führt die Rangliste mit 3101 Punkten an. Bei 19 Turnier-Teilnahmen ging Wilander neunmal als Sieger hervor. Für den Sieg in der Grand-Prix-Wertung erhielt er umgerechnet rund 1,4 Millionen Mark, womit er seine Gesamtgewinnsumme des Jahres 1983 auf rund 2,5 Millionen Mark steigerte. Die zwölf punktbesten Grand-Prix-Spieler treffen vom 10.–15. Januar in New York im Masters-Finale aufeinander.

Rund 1,4 Millionen Mark mehr als Wilander kassierte zwar insgesamt der Weltranglisten-Erste Ivan Lendl (CSSR) mit umgerechnet rund 3,9 Millionen Mark, in der Grand-Prix-Wertung kam er mit 2969 Punkten aus 15 Turnieren nur auf Rang zwei.

EISHOCKEY

Landshut bestraft

dpa, **Landshut**

Nach wochenlangem Terminstreit zwischen Djugarden Stockholm und dem EV Landshut hat der Internationale Eishockey-Verband (IIHF) entschieden, daß der deutsche Meister in der Qualifikation zur Endrunde um den Europapokal ohne Spiel vorzeitig ausgeschieden ist. Die Landshuter haben Einspruch eingelegt.

Gestern vormittag hatten die Schweden ihre Anreise zu dem für den 5. Januar geplanten Hinspiel in Landshut abgesagt. IIHF-Geschäftsführer Walter Wasservogel: „Stockholm ist in der nächsten Runde, weil Landshut innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraums nicht in Schweden antrat, abwohl die Schweden insgesamt fünf Termine vorgeschlagen hatten." Landshut wollte die Vorschläge im Dezember 1983 nicht akzeptieren, da vier Nationalspieler in Kanada spielten.

Unfaßbar für uns ist Herr

Dr. jur. Karl-Heinz Kürten

im 69. Lebensjahr plötzlich verstorben.

Fast zwei Jahrzehnte gehörte Dr. Karl-Heinz Kürten dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft an. Mit seinen reichen fachlichen und menschlichen Erfahrungen hat er uns stets hilfreich zur Seite gestanden.

Wir haben mit Dr. Karl-Heinz Kürten einen klugen Berater und Freund verloren, der uns immer in dankbarer Erinnerung bleiben wird.

Aufsichtsräte, Vorstand, Betriebsräte, Mitarbeiter

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE KALKWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Wir trauern um unseren langjährigen Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn

Dr. jur. Karl-Heinz Kürten

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Nahezu 15 Jahre stand er unserem Unternehmen mit seinem sachkundigen Rat immer zur Verfügung und hat damit wesentlich zu den Erfolgen der letzten Jahre beigetragen.

In Herrn Dr. Kürten verlieren wir auch einen Freund, der uns unvergeßlich bleiben wird.

Aufsichtsrat, Vorstand und Belegschaft

der

RÖSLER DRAHT AG

4056 Schwalmtal, 3. Januar 1984

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anne Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Gert Fröbe in einem „historischen Spectaculum"

Augustinische Eskapaden

Wenn zwei Sachsen aufeinander treffen und einer der beiden heißt Gert Fröbe, so gibt es einen Film. Schon lange war der deutsche Star hinter der Rolle her, und nun endlich hat das ZDF in einem „historischen Spectaculum" vereint, was zu Sachsens Ruhm zusammengehört: August der Starke und Gert Fröbe. Den Text für das Rencontre schrieb Herbert Asmodi, die Regie übernahm Rudolf Nussgruber, und, um es nicht später teuer kaufen zu müssen, machte das Österreichische Fernsehen (ORF) gleich zu Anfang als Coproduzent mit.

August der Starke – ZDF, 19.30 Uhr

August der Starke also. Um es gleich warnend vorwegzunehmen: Eine historische Schilderung der politischen, militärischen und bettbezogenen Aktivitäten des starken August (weder als Kurfürst von Sachsen noch als König von Polen) findet in dem amüsanten Bilderfaltbogen nicht statt. Auch eine psychologische Erforschung der augustinischen Eskapaden entfällt zum Glück für alle ZDF-Betrachter. Es bleibt eine muntere Abzieh-Geschichte mit bekannten und unbekannten Details, die ohnehin keinen Anspruch darauf erheben, als historisch belegt zu erscheinen. Ein Musical ohne Musik.

Aber es irrt, wer diese Szenenfolge linkerhand abtun wollte. Ich weiß auch, warum er irrt: Er bezieht alles auf die historische Figur des Kurfürst-Königs, wo es doch nur ausschließlich um Gert Fröbe geht (freilich in der Rolle und Perücke desselben). Wer das durchschaut hatte, wurde erst richtig fröhlich, lachte über den großen deutschen Komödianten, erfreute sich an seiner immer noch strahlenden Vitalität; und wenn er als Vater August den prallen Hintern seiner taufrischen Geliebten tätschelte, so nahm man das nicht nur dem König sondern auch dessen schauspielerndem Landsmann ab.

Freilich überwucherte Fröbe seine eigene Lieblingsrolle, und von August, dem Wüstling, dem Schlösserbauer, dem Machtfanatiker, dem Lebenskünstler und politischen Strategen blieb oft nur die Schale, in der ein deutscher Star steckte, und jedesmal, wenn unsereins den König August anschaute, blickte der König Gert zurück. Was besonders lästig wurde, als es ans Sterben kam. Der König starb, aber das Sterben besorgte auf eine ausgefeilte Art der Darsteller. Er starb vielleicht zu lange, aber dafür verschenkte er nicht eine einzige Geste seines Repertoires.

Man mißverstehe mich nicht: Nach den vielen, allzu vielen geistlosen Versuchen, Historie nachzustellen, mit üppigem Kostüm und dem unvermeidlichen Mantel der Geschichte, dessen Zipfel zu erhaschen sich wahre Heerscharen von Komparsen bemühten – nach allen diesen Imitationen ist der frische Betrieb im Asmodischen „Spectaculum" eine wahre Freude. Da schluckt man es hinunter, wenn von der farbenprächtigen polnischen Adelskumpanei der „szlachta" nur ein einziger Adliger übribgblieb, der offenbar auch noch leicht angeschickert war. Die polnischen Kostüme wären zu teuer gekommen, heißt es. Auch Originalschauplätze sind heutzutage teuer. Doch fand man da einen schönen Ausweg. Man holte einen der letzten deutschen Bühnenmaler alter Art herbei und ließ ihn Prospekte malen wie zu Großvaters Zeiten, und siehe, das gab mehr her als die naturalistischen Styroporsäulen anderswo. Alfons Ostermeier heißt der Maler (Im Nachspann leider nicht aufgeführt).

VALENTIN POLCUCH



August der Starke, Kurfürst von Sachsen (Gert Fröbe), hat es mit Hilfe der Gräfin Lobomirska (Evelyn Opela) geschafft: Er ist zum König von Polen gekrönt worden. Im Hintergrund sein Ratgeber (Paul Edwin Roth)

FOTO: ZDF

STUDIO

Der WDR hat den amerikanischen Fernsehfilm **„Special Bulletin"** zur Ausstrahlung erworben. Der mit mehreren „Emmies" ausgezeichnete „Special Bulletin" – die Geschichte einer terroristischen Atomerpressung – ist neben „The Day After" der zur Zeit meistdiskutierte Atomfilm in den USA.

Gibt der Verwaltungsrat seine Zustimmung, will der WDR „Special Bulletin" in der ersten Jahreshälfte 1984 unter dem Titel „Achtung Sondersendung" im Deutschen Fernsehen/ARD ausstrahlen.

Sabine Sauer (26), Moderatorin, wird in der ARD am 29. März um 21 Uhr die nationale Vorentscheidung zum **Grand Prix Eurovision de la Chanson** präsentieren.

KRITIK

Am Schluß zurück in die Ausgangsposition

Datiert wird diese Geschichte einer Eheirrung aus der Zwischenkriegszeit (**Die ewigen Gefühle**, ARD) ziemlich genau durch ein gutes Holländer-Chanson aus einem schlechten Stück von Fritz von Unruh, das im Herbst 1930 Premiere hatte. Übermütig trällernd tanzen die Berliner aus dem intellektuellen Mittelstand dazu, ungeachtet der Krisenstimmung, die über ihnen liegt, in familiärer wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Bernard von Brentano, damals Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" in der Reichshauptstadt, kannte dieses Milieu genau, das Herbert Asmodi als Bearbeiter seines Romans und Peter Beauvais als Regisseur des Fernsehspiels vortrefflich nachgeschaffen haben. Ein besonderes Lob verdient der Requisiteur: Es gibt keine Lampenschirme ond keine Kaffeetasse, die hier nicht genau in die Epoche und die Finanzlage der Beteiligten paßten.

Zwei Ehepaare, bei denen der Haussegen schon zu Anfang ziemlich schief hängt. Dann tobt ein Sturm der Liebesleidenschaft zwischen dem mittelmäßigen Rechtsanwalt und seiner wiedergefundenen Jugendliebe, der die beiden wie ebenso die verschmähte Ehefrau beinahe entwurzelt, doch zum Schluß kehrt man in die Ausgangspositionen zurück, ein wenig weiser geworden.

So ewig sind die Gefühle eben doch nicht – das meint der Titel mit feiner Ironie offenbar. Michael Degen, Gila von Weitershausen und Christine Merthan verkörpern das alles überzeugend.

Für den betulichen Hausfreund, der zu jeder Ehekrise gehört, hier Musiker seines Zeichens, hat man in Herbert Grönemeyer einen Darsteller gefunden, der das zu seiner Rolle gehörende Klavierspielen nicht zu markieren braucht, sondern auch alle sonst vorkommenden, der Untermalung dienenden Klänge meisterlich hervorbringt.

HELLMUT JAESRICH





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Die Goldenen Schuhe (4)
11.00 Straßburg
11.45 Umschau
12.10 GSG 9
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Sie – Er – Es
Ein Fest für alle Frauen
Spaß am Dienstag
16.55 König Rollo 11
11. Der Comic
17.00 Walt Disneys größte Hundestars
Von Pluto bis zu Susi und Strolch
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Professor Grzimek
Afrikas Tiere überwinden die Trockenzeit
Außerordentlich einfallsreich sind die afrikanischen Tiere, wenn es darum geht, die Trockenzeit zu überstehen.
21.00 Monitor
Berichte zur Zeit
Voraussichtliche Themen:
Verhaftungswelle in der DDR / Günter Grass / Raserei auf deutschen Straßen / Ein Skandal ohne Ende – neue Dioxinfunde in der Bundesrepublik / DLRS 218 – Reform in Gefahr
Redaktion: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
Spaltung der Familie
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Der Mann, der „1984" schrieb
Porträt des Schriftstellers George Orwell
Film von Nigel Williams
Der Zufall der Jahreszahl – die vertauschten Ziffern des Entstehungsjahrs 1948 – hat die negative Utopie „1984" zum Jahreswechsel in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Die Veröffentlichungen, die die heutige Wirklichkeit an diesem Alptraum einer totalen Überwachungsgesellschaft messen, häufen sich seit einigen Monaten.
24.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Utopisches von Verne bis Orwell
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Peppino
Achtteilige Serie
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Nena
17.50 Waldheimat
TV-Serie in 26 Folgen nach Peter Rosegger
1. Als ich das erste Mal auf dem Dampfwagen saß
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
19.00 heute
19.30 August der Starke
ein historisches Spectaculum
von Herbert Asmodi
Mit Gert Fröbe, Peter Fricke u. a.
Regie: Rudolf Nussgruber
20.59 Jagdszenen in Hollywood
Mit Tom und Jerry
21.15 WISO
mit den Themen: Wirtschaftskonzert '84 – Konjunkturprognose mit Musik / Sozialreport: Leben im Altenheim – unbezahlbar? Vor Ort: Aus für die Bremer Werft AG Weser / Zur Person: Günter Döding / Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten / *Tips: Anleger verschenken Milliarden: Wie Sparer mehr aus ihrem Geld machen können.*
Moderation: Friedheim Ost
21.45 heute-journal
22.05 Die aktuelle Inszenierung
Die Orestie des Aischylos
Trilogie
1. Agamemnon
Mit Gerd Wameling, Edith Clever u. a.
Inszenierung und Bildregie: Peter Stein
Schaubühne am Lehniner Platz, Berlin
0.40 heute



Eine Hundeliebe mit Happy-End: Susi und Strolch gehören dazu, wenn die ARD um 17.00 Uhr „Walt Disneys größte Hundestars" präsentiert

FOTO: HIPP

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Feiertage in Addis Abeba
Hans-Josef Dreckmann aus Äthiopien
20.45 Vor 100 Jahren gestorben:
Gregor Johann Mendel
21.00 Ein Herz und eine Seele (1)
Die Bombe
Serie von Wolfgang Menge
21.45 Keine Krise in der Kegel-Kasse
Das Geschäft mit dem Volkssport
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Deutschlandbilder
Der Einsatzleiter
23.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Fette Haut
19.15 Rockpalast
John Cale
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Anschl. Nachrichtentelegramm
21.15 Der Prinzregent (1)
Engl. Fernsehfilm
22.05 Frauengeschichten:
Karin Hempel-Soos
22.50 Vor vierzig Jahren
23.10 Nachrichtentelegramm

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Paddington
19.00 Lieder & Leute extra
The Commodores
19.45 Praktische Tips
20.00 Unter heißem Himmel
Dt. Spielfilm, 1936
21.30 Drei aktuell
21.45 Madonna, Venus, Fürst und Luther

SÜDWEST
18.30 Telekolleg I
Mathematik (27)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Galerie des Jahres
Fritz Erler
20.15 Die flotte Pariserin
Amerik. Spielfilm, 1938
Regie: Henry Koster
21.30 Prognose 84
22.30 Der Komet kommt
Ein wissenschaftlicher Spaß

BAYERN
18.00 Meine Lieblingsgeschichte
18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Berühmte Ärzte der Charité
Robert Koch
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z.E.N.
21.50 Rettet das Mittelmeer
22.35 „Dances at the Turn of the Century"
23.20 Rundschau

Schwindel mit Etiketten

E.N. – Seit der Berliner Diplomhandelslehrer Klaus Gehrmann 1976 einen privaten Feldzug gegen die gedankenlose Einsetzung des Kürzels BRD statt des Gebrauchs des Wortes „Deutschland" durchführte, ist der immer wieder aufflackernde Ärger um die drei Buchstaben, die offensichtlich mancherorts gern als Pendant für „DDR" verwendet werden, nicht vergessen worden. Immerhin haben die Ministerpräsidenten der Länder in einem Gespräch mit dem Bundeskanzler im Mai 1974 schon empfohlen, daß im allgemeinen und im amtlichen Sprachgebrauch und Schriftverkehr die volle Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland" gebraucht werden soll.

Als 1980 rund 50 Reiseteilnehmer aus der SPD-Fraktion des niedersächsischen Landtags vor einer Fahrt in die „DDR" in ihre Grenzformulare hinter die Frage „Staatsangehörigkeit" das ominöse Kürzel BRD einsetzten, mußten sie sich von der Landesregierung den Vorwurf gefallen lassen, mit solcher Lässigkeit der „DDR"-Auffassung von zwei deutschen Staatsangehörigkeiten Vorschub geleistet zu haben.

In allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland gelten Richtlinien, wie sie das Senatsamt für den Verwaltungsdienst der Freien und Hansestadt Hamburg im Juli 1974 mit den Worten formuliert hat: „Das Grundgesetz hat mit dem Begriff ‚Bundesrepublik Deutschland' eine gezielte gesellschaftlich-politische Aussage bezweckt, die in der abgekürzten Form ‚BRD' ihren Sinngehalt verlieren würde".

Dort, wo alle Weisheit dieser Welt sich ballt, in der Universität Bonn, sind solche Signale nicht durchgedrungen. Zum Jahresende 1983 verschickt die Hochschule Erhebungsbögen für das Personal, in deren Spalte „Staatsangehörigkeit" man sich zwischen zwei Deutschland entscheiden kann: „BRD/DDR".

Was man amtlich oder halbamtlich in den letzten Jahren jeder Knäckebrot- und Marmeladenfabrik nahelegte, nämlich auf ihren Warenetiketten keinen Etikettenschwindel beim Herkunftsland zu betreiben, sollte eigentlich auch oder sogar extra für Universitäten gelten.

Aus der Manege in die Philharmonie: Die Musikclowns emanzipieren sich

Tusch auf der Piccoloflöte!

Früher latschten sie noch buntgeschminkt um die Manege, eine winzige Mandoline oder – wie Grock – eine kleine Ziehharmonika in der Hand und machten ihre Musik: Clownsmusik, zum Lachen und Weinen, zum Andächtigwerden oder zum Zwerchfellriß. Sie eroberten sich die Bühnen der Varietés und sangen dort mit den Dachkatern um die Wette, krähend wie Wetterhähne.

Inzwischen haben sie sich die Konzertsäle der Welthauptstädte erobert, die Musikmacher unter den kritischen Witzbolden von Rang. Ob die Carnegie Hall in New York oder Berlins Philharmonie: Nur die feinsten Plätze der Musik scheinen noch gut genug, sich mit und über Musik lustig zu machen. Die Musikclowns haben sich emanzipiert. Sie haben die Streu aus den Pluderhosen geschüttelt. Sie stehen ihren Mann (oder ihre Frau) in Smoking, Frack oder Abendkleid: allen voran Victor Borge, der dänische Possenreißer am Flügel, der heute 75 Jahre alt wird. Ein Tusch ihm auf der Piccoloflöte!

Borge ist ein Zauberkünstler des musikalischen Spaßes. Er blüht ihm, mitten im Spiel, aus dem Frackärmel auf. Nie weiß man, wohin ihm die Finger laufen. Wie andere redend vom Hundertsten ins komische Tausendste kommen, so er spielend. Er quasselt am Klavier den heiligen Johann Sebastian in waschechten Puccini hinüber, um unversehens bei Schubert zu landen. Er parliert mit den Fingern. Er entquetscht den Tasten (und den Noten) nie zuvor vermuteten Hintersinn.

Der Aufwand dabei ist gering. Borge benötigt zu seinen abendfüllenden Eskapaden im Grunde nur einen Flügel und eine Sängerin, um sie nicht zu Worte kommen zu lassen. Er stellt gewissermaßen im Alleingang ein ganzes Musik-Festival auf die Beine, um ihm fleißig in die Hacken zu treten. Mit dem Perkussionshämmerchen des Musikmediziners überprüft er die Reflexe Frau Musicas und schlägt sie dabei auf heiter-heimtükkische Weise grün und blau.

Ähnlich unaufwendig ging nur noch die große Anna Russell zuwege, wenn sie Abend für Abend als Late Night Entertainment „Fun of the Festival" machte. Das war in Edinburgh, und die grandiose Anna löste damals auf der Bühne Marlene, die nicht weniger göttliche Dietrich, ab. Wo diese „Johnny" hauchte, röhrte jene allerdings „Hojotoho". Ihre wundervolle Einführung in den „Ring des Nibelungen", die alle Welt noch immer auf Schallplatten bejauchzen kann, ihr Eilkurs für angehende Sänger sind Evergreens. Beides sind zwerchfellerschütternde Exempel einer erzmusikalischen Spaßmacherei, der es einzig gelingt, selbst in unseren spröden Tagen, die heilige E-Musik des unverbrüchlichen Ernstes in fröhliche U-Musik zu verwandeln, vor der man sogar ob ihres aufklärerischen Übermuts die Ohren nicht anlegen muß.

Das muß man auch nicht, wenn Homero Francesch auf den Spuren der Tastenlöwen Virtuosen von gestern und heute heraufparadieren läßt: Paderewski, Pachmann und Rubinstein, Glenn Gould, Gulda, Rachmaninow. Ein Spiel mit der Musik, ihren Arten und Unarten wird in Gang gesetzt, über das selbst Frau Musica kichert.

Viele Musiker von Rang sind insgeheim berühmt für ihre parodistischen Talente, die sie gelegentlich privat hören lassen: Daniel Wayenberg etwa, Pianist und Komponist in einer Person, der mühelos am Klavier Verdi-Arien in strikte Dodekaphonie überführt, als sei der Herzog von Mantua in die Neue Wiener Schule gegangen.

Auch wer Hans Werner Henze mit Weinglas, Messingaschbecher und Kachelstisch in fröhlicher Abendstunde je Orffs „Carmina Catulli" falsettierend hat aufführen hören, weiß, wie und wo viele Musiker das Zwerchfell juckt. Die spezialistische Lust an der musikalischen Vergackerei allerdings findet selten nur den Zugang zur Bühne.

Michael Aspinall, der verwegene Historiker weiblichen Singens, ein Reinhold Messner des Belcanto sozusagen, der bis in die entlegensten Höhen des Primadonnentums vordringt und vorsingt, Ketten von Achttausendern in der Gurrekehle, ist einer der wenigen, der Expertentum und musikalische Clownerie ohne Mühe zusammenzwingt. Aspinalls Späße machen selbst die eisigsten Pêche Melba mitsamt ihrer Namensgeberin im Gelächter schmelzen.

Es war Gerard Hoffnung, dem es gelang, die Einzelgänger der musikalischen Fröhlichkeit zu bündeln und eine Zusammenarbeit zu begründen von musikalisch nun schon monumental hinterhältiger Komik. Hoffnungs bestürzend früher Tod nur hat verhindert, daß sein Londoner Festival des musikalischen Übermuts Tradition hat ansetzen können. Es balancierte, trotz seiner zahlreichen und renommierten Mitwirkenden, eben doch einzig auf Hoffnungs speziellem Humor: seiner überschäumenden Erfindungskraft, einer überkandidelten Phantasie, die gewissermaßen den fünf Notenlinien immer noch eine sechste und siebte hinzugewann.

Keine Frage – unter allen musikalischen Spaßmachern nach Borge rangiert einer ganz obenan: Loriot. Aber wo rangiert der auch nicht an der Spitze?

Er ist der Surrealist unter den fröhlichen Phantasten, die sich auf das Feld der Musik wagen und es aufs Kennerischste beackern. Loriot erfindet sich musikalische Szenen, die großen Aufwand treiben, aber dabei zu Pointen kommen, die den Aufwand auch wert sind. Er ist gewissermaßen ein Gustav Mahler der musikalischen Komik. Er benötigt im Gegensatz zum Zauberkünstler, der das berühmte Kaninchen aus dem Hut zieht, ein hundertköpfiges Sinfonieorchester, um ihm eine Pointe abzugewinnen, die zierlich zappelt.

Wie Wagner seines Ludwigs, bedarf auch Loriot zur Realisierung seiner Projekte nicht gerade schwachbrüstigen Beistands. Was die „Aida" für Verona, das ist er für die musikalische Parodie. Vielleicht läßt er sich doch einmal noch dazu herbei, die Arena auf seine einzigartige Art lachen zu machen. Allein schon, was man an Pavarotti einsparen würde, ohne Einbuße an Heiterkeit noch dazu, dürfte von vornherein den Kassenwart der Arena strahlen machen. Überdies – mit Indispositionen ist bei Loriot nicht zu rechnen.

Früher trieb „Paganoni", der Musicalclown, auf Dutzenden der verwegensten Instrumente und Klangquellen seine irrsinnigen Späße – ein populärer Vorläufer Mauricio Kagels. Werner Kroll sang bald wie Benjamino Gigli, bald wie Wilhelm Strienz, von Kopf bis Fuß schluchzender Tenorino, in schnellem Wechsel danach Kellerbaß. All das war gut und schön, das musikalisch Ausgepichte aber, speziell das mit allen Wassern gewaschene internationale Musikpublikum visierend, lieferte erst der fröhliche Borge an.

Die Medien hatten ihm das Publikum zugetrieben. Rundfunk, Schallplatte, Fernsehen hatten seiner Kunst den Boden bereitet. Es fehlte nur die Intelligenz, ihn mit musikalischem Witz zu bestellen. Das tat Borge, der Alte: Ein Mann ganz in Dur.

KLAUS GEITEL

Zauberkünstler des musikalischen Spaßes: Victor Borge, der heute 75 Jahre alt wird FOTO: DPA



Wovon der Pauker in der Pause träumt: Karikatur von Gerard Hoffnung, dem großen zeichnenden Musikclown

Kassel: Die Pläne der Brüder-Grimm-Gesellschaft

Stockhessen, weltberühmt

Alle Ursache, ein großes Jubiläum zu begehen, haben 1985/86 das Land Hessen und dort insbesondere die Städte Hanau, Steinau, Marburg und Kassel, darüber hinaus aber selbstverständlich die Menschen deutscher Zunge überhaupt: Die aus Hanau stammenden ‚Stockhessen', die weltberühmt wie sonst nur wenige Deutsche geworden sind, die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm werden 200 Jahre alt.

Nach ihrer in Steinau verlebten Kindheit, ihrem Schul- und Universitätsbesuch in Kassel und Marburg arbeiteten sie fast ein Vierteljahrhundert (bis 1829) als Bibliothekare und Privatgelehrte in der Residenzstadt an der Fulda. Sie haben diesen Lebensabschnitt stets als ihre glücklichste, für alle künftigen Arbeiten und Erfolge grundlegende Epoche empfunden – trotz ihrer folgenden ehrenvollen Berufungen als Professoren nach Göttingen und Berlin.

In Kassel hatten sie die Muße, die Möglichkeiten und die noch gänzlich ungebrochene jugendliche Kraft, als Sammler volksläufiger Literatur sowie als einer ganz neuen Ethik und Methodik verpflichtete Sprach- und Kulturwissenschaftler Bahnbrechendes zu leisten und erste, rasch wachsende Anerkennung in den Fachwissenschaften zu finden. Hier schufen sie ihre unsterblichen Märchen- und Sageneditionen sowie die recht eigentlich erst die Germanistik als Wissenschaft begründenden Werke „Deutsche Grammatik" und „Deutsche Heldensage".

So ist es nicht mehr als recht und billig, daß die in Kassel ansässige Brüder-Grimm-Gesellschaft sozusagen die Hauptregie der anstehenden wissenschaftlichen und festlichen Veranstaltungen übernimmt. Ein nationaler Festakt in der Frankfurter Paulskirche, wissenschaftliche Symposien, Ersteditionen (u. a. des wegen seiner zahlreichen Eintragungen hochwichtigen Handexemplars der „Kinder- und Hausmärchen" im Faksimile) sind vorzubereiten und vor allem eine umfassende Ausstellung, die zuerst in Kassel, sodann in Berlin, Hanau und wohl auch im Ausland gezeigt werden soll.

Auf die knapp 300 Mitglieder umfassende Grimm-Gesellschaft kommt damit eine Bewährungsprobe zu, die ihr denn wohl auch endlich eine stärkere öffentliche Resonanz verschaffen könnte. Es gilt, die politischen Gremien und zugleich die Grimm-Forscher des In- und Auslandes zu motivieren sowie den verstreuten Grimm-Nachlaß für die Ausstellung verfügbar zu machen. Mit diesen Aufgaben könnte die Gesellschaft einen dritten Markstein in ihrer eignen und in der Geschichte der Grimm-Rezeption setzen. Ihre Kasseler Vorläuferin, auf Betreiben Herman Grimms (eines Sohnes Wilhelms) gegründet und von ihm mit Nachlaßmaterialien ausgestattet, existierte von 1896 bis 1905. Sie machte sich verdient um Bewahrung und weitere Sammlung philologischer Dokumente. Durch erste Auswertung der volksliterarischen Zeugnisse schuf in der Folge Johannes Bolte die z. T. bis heute tragfähigen Grundlagen einer internationalen Märchenforschung.

1942 versuchte Karl Vötterle, der Inhaber des Kasseler Bärenreiter-Verlags, die alten Fäden wiederaufzunehmen; die Neugründung fiel indes der Unbill der Zeit zum Opfer. Erst 1958/60 konnte der zweite Markstein gesetzt werden: Nach einem entsprechenden Aufruf, den u. a. *Manfred Hausmann*, *Martin Heidegger*, Rudolf Alexander Schröder, Eduard Spranger und Carl Zuckmeyer unterzeichneten, kam es zur Gründung des Brüder-Grimm-Museums in Kassel. Es wurde unter seinem ersten Leiter Dr. Ludwig Denecke, dem gegenwärtigen Mentor der Grimm-Forschung, schon bald für Laien wie Fachleute zum Begriff.

Nun soll es, in Trägerschaft der Stadt und der Grimm-Gesellschaft, den geistigen und organisatorischen Mittelpunkt der Feiern bilden. Damit kann es zugleich dem bereits vor Jahrzehnten formulierten Ziel dienen, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen eine wissenschaftlich zuverlässige Ausgabe der Werke und Briefe der Brüder Grimm in Angriff genommen und kontinuierlich weitergeführt werden kann.

HEINZ RÖLLEKE

KULTURNOTIZEN

Höhlenmalereien, die rund 14 000 Jahre alt sind, wurden in Grotten der Region Tlaxcala, rund 100 Kilometer östlich von Mexico-City, entdeckt.

Zwei Deckenmalereien der Renaissance sind im Schloß Meßkirch, Kreis Sigmaringen, entdeckt worden.

Paula Grogger, Schriftstellerin aus Österreich, ist im Alter von 91 Jahren gestorben.

Henri Cirlani (47) ist mit dem französischen Architekturpreis ausgezeichnet worden.

Plädoyer zur Rettung von „Österreichs Pompeji"

Carnuntum zum Beispiel

„Natur und Kunst sie scheinen sich zu fliehen, / Und haben sich, eh man es denkt, gefunden" – ja, anno Goethe vielleicht. Da dehnt sich, kaum eine Autostunde östlich von Wien, der letzte Auwald Mitteleuropas; und eben dort, bei Hainburg, ist ein Wasserkraftwerk geplant: der Stausee wird weite Teile der Au überfluten. Dagegen nun opponieren endlich, obwohl das Projekt schon seit mindestens fünfzehn Jahren zur Diskussion steht, die selbsternannten Natur- und Umweltschützer, mit kaum widerleglichen Argumenten sogar, bis hin zu der Warnung, der Stausee gleich unterhalb der Großstadt Wien werde bald eine „bakteriell durchsetzte Brühe" sein. Nicht nur die Heilquellen von Deutsch-Altenburg, auch das Trinkwasser des Bezirkes sei in Gefahr, infiziert zu werden. Die unausbleiblichen Änderungen von Flora und Fauna hätten verheerende Folgen über den unmittelbar übertroffenen Uferstreifen der Donau hinaus, und die Schaffung eines Naturparks in diesem Raume werde für immer vereitelt. „Wahnsinn" nennen es die Experten, allen voran Konrad Lorenz.

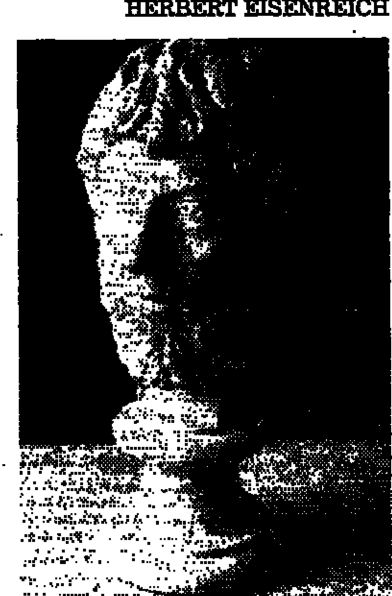
Vom Nobelpreisträger abwärts bis zu den Leserbrief-Schreibern ruft man zum Kampf um Hainburg, zur Rettung der Natur um Hainburg herum. Allein, in gedachtem Raume ist mehr als ein Stück Natur im ganz wörtlichen Sinne vom Untergange bedroht; denn eben dort liegt, was ein anderer Nobelpreisträger, Theodor Mommsen, „Österreichs Pompeji" genannt hat: Carnuntum, die weithin ausgegrabenen Reste von Stadt und Lager, in denen vom ersten bis ins fünfte Jahrhundert hinein die zivile und militärische Macht der Provinz konzentriert gewesen.

Zwar würden die sorgfältig konservierten Ruinenfelder mit „Heidentor" und den beiden Amphitheatern nicht überschwemmt; und man würde die drei Museen auch fürderhin trockenen Fußes betreten können. Jedoch, der eigentümliche Reiz von Carnuntum geht nicht von den bloßen Steinen aus, sondern viel mehr von der Lage und Stellung dieser Steine inmitten der Landschaft, indem sie die Grenze markieren zwischen der hellen und klaren römischen Welt heroben, südlich des Stromes, und der so dunklen wie dumpfen Welt der Barbaren dort drüben und drunten, eben im Auwald: indem sie, die Steine an dieser Stelle, das Limes-Gefühl auch in uns noch erwecken, kurz: unsre Geschichte, und Weltgeschichte, uns anschaulich machen als Menschenschicksal. Carnuntum: das sind die Fundamente, auf denen auch unsere Welt noch beruht; unser uralter geistiger Heimatboden, der uns, wie Hofmannsthal einmal sagt, zum Erbe gegeben – und nach der Bewahrung dieses Erbes kräht nun kein Hahn: denen geht es wirklich nur um ihre Würmer.

Ich weiß, wovon ich rede: Von den Fachgelehrten abgesehen, hat in den vergangenen dreißig Jahren niemand so viel zum Ruhm, und damit zur Erhaltung, Carnuntums geschrieben wie ich. Und als ich, vor einigen Jahren, zur Rettung des Auwalds das Argument der Kultur ins Treffen führte, hat mich ein Biologieprofessor öffentlich abgekanzelt, wie er das ungestraft nicht mit dem dümmsten seiner Studenten zu tun sich getraute – damit meine heimliche Sorge bestätigend, daß der Naturschutz neuerdings ein Symptom von Kulturhaß, das Engagement für die Umwelt nunmehr die Flucht aus der Leere der Innenwelt sei. Ja, in der plötzlich entflammten Liebe zum Auwald, bei völligster Gleichgültigkeit gegenüber Carnuntum, vollzieht sich der Untergang des Abendlandes wie im Modell: es wird darin sichtbar die Seelenverfassung der vielen, die nicht mehr wahrhaben wollen, was Ortega so ausdrückt: „Der Mensch hat nicht Natur, sondern Geschichte."

Wozu aber, eigentlich, braucht der Mensch ohne Zukunft – denn das ist ja der Mensch ohne Geschichte – denn überhaupt eine heile Umwelt? Um bloß im Augenblicke zu vegetieren, kann er sich wohl auch aus der Kloake ernähren.

HERBERT EISENREICH



Schrieb in Carnuntum das 2. Buch seiner „Selbstbetrachtungen": Kaiser Marc Aurel FOTO: KRAL

Mailand entdeckt den Maler Francesco Hayez

Maître Pompiers Harem

Verspätet, aber in großem Stil, zelebriert Mailand das 100. Todesjahr seines venezianischen Wahlbürgers Francesco Hayez (1791–1882), den ein anderer Wahl-Mailänder, Stendhal, „den größten unter den lebenden Malern" nannte. Auch kunstverständige Landsleute seiner Epoche erklärten Hayez für den einzigen italienischen Maler von europäischem Format. Die Nachwelt aber verbannte seine Bilder in die Depots und erklärte ihn zum „Maître Pompier".

Die Ausstellungen im Palazzo Reale, in der Pinakothek Brera und in der gleichnamigen Akademie, in der Hayez 60 Jahre lang unterrichtet hat, bescheren uns also fast eine Neuentdeckung dieses Künstlers. Zumal ein Teil seiner schönsten Arbeiten, die Porträts des liberalen Adels und Großbürgertums, als Besitz der Erben seiner Auftraggeber nie öffentlich getilgt worden war. Nur die Bilder der Künstler und Politiker von Manzoni über Verdi und Rossini bis zu Cavour waren und blieben immer berühmt.

Im Zuge der Rehabilitierung des 19. Jahrhunderts sieht man jetzt auch die lange verbannten „Geschichtsschinken" mit anderen Augen und erkennt, daß der größte romantische Maler Italiens nach neoklassischen Anfängen stilistisch wie in der Wahl seiner meist biblischen und historischen Sujets den Nazarenern nahe stand. Man mag zwar immer noch lächeln über sein melodramatisches Pathos und über die sinnlich-sündige Marmorschönheit seiner Odalisken und Haremsdamen. Aber hinter der akademischen Glätte sieht man heute bisher unterschätzte malerische Qualitäten und Einflüsse, die vom 17. Jahrhundert Venedigs über Rubens bis zu Delacroix und Ingres führen.

Hayez war, wie sein Zeitgefährte Verdi, ein glühender Patriot, der mit seinem Werk den Kampf um die nationale Einheit fördern wollte. Selbst sein bekanntestes Bild, „Der Kuß", 1859 zum Einzug des künftigen Königs Victor Emanuel II. ins befreite Mailand gemalt, sollte mit dem Abschied des Feldjägers von der Liebsten die Liebe zu der erwachenden Nation beschreiben (bis 27. Februar; Katalog, Electa Edizione, 25 000 Lire).

MONIKA v. ZITZEWITZ

De Filippos „Vergnügen, verrückt zu sein" in Kiel

Mimen ohne Fortüne

Das Vergnügen, verrückt zu sein, kann natürlich nicht dauern. Irgendeine Pleite muß da programmiert sein. Am Kieler Schauspielhaus wird das jetzt drastisch vorgeführt. Dort hat Gerhard Hess das gleichnamige Stück des 84jährigen Italieners Eduardo de Filippo für den deutschen Sprachraum ausgegraben. Die Komödie entstand bereits 1922. Es ist des bienenfleißigen de Filippo erster Dreiakter. Daß es sich lohnt, das Stück zu inszenieren, ist im Grunde nur einer einzigen Szene zu verdanken: einer Theaterprobe armer, heruntergekommener neapolitanischer Schauspieler bei einem obskuren Gastspiel in einer italienischen Kleinstadt. Die Akteure, am Premierenabend vom Publikum ausgepfiffen, haben nichts zu essen. Vom Hunger getrieben fangen sie in den Hotelzimmern an, stinkendes, billiges Zeug zu kochen, was natürlich Probleme mit den übrigen Hotelgästen und der Direktion inklusive Zimmermädchen heraufbeschwört.

Alles übrige, die konventionellen Liebesdramen einer reichen Gräfin, eines Polizeikommissars, des Schauspielerführers und fast aller übrigen Mitwirkenden, kann man vergessen. Da hat de Filippo wirklich Dutzendware geliefert. Nur diese eine tragikomische Schauspielerprobe ist irrsinnig lustig. Sie wird in Kiel von dem „Theaterdirektor" Peter Bernhardt, der „Hochschwangeren" Friederike Kamer, der „Sterbenden" Almuth Schmidt und dem Souffleur Siegfried Kristen auf die Worte „nein" und „mach die Tür zu" ganz realistisch gespielt. Doch das ist so herrlich komödiantisch, daß den Zuschauern die Lachtränen fließen.

Alle Möglichkeiten des Theaterzaubers, die ganze Großartigkeit und der ganze Jammer des Schauspielerlebens sind da eingefangen. Das wird das Stück seinen Weg in Deutschland machen lassen. Verrückt sind bei de Filippo nicht nur die Schauspieler, sondern die ganze Welt, zumindest tun sie so, und das macht Spaß.

CHRISTIAN ANDREE

JOURNAL

Heuss-Zentrum für Kunst und Geschichte

dpa, **Bonn**

Auf der letzten großen Freifläche im Bonner Regierungsviertel soll ein „Theodor-Heuss-Zentrum für Kunst und Geschichte" entstehen. Dies schlägt der von Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger geleitete „Förderverein Kunsthalle Bundeshauptstadt" vor. Damit zeichnet sich eine salomonische Lösung in dem heftig geführten Streit ab, ob es neben der Alternative Kunsthalle oder Geschichtsmuseum und Plänen für ein zeitgeschichtliches Museum mit dem Anhängsel von Kunsträumen noch eine dritte Möglichkeit gibt. Der Förderverein hat bereits eine Kunstmappe mit Raumkonzept erarbeitet, mit der er eine „vernünftige Synthese" gefunden zu haben glaubt. Daß in dem vorgeschlagenen Namen des Zentrums entgegen der alphabetischen Reihenfolge Kunst vor Geschichte rangiert, soll klarmachen, daß die Kunstverbände und die Stadt Bonn keine Abstriche an ihrer Forderung nach einem Kulturschaufenster der Bundesrepublik machen wollen.

Charles Spindler auf der Mathildenhöhe

DW. **Darmstadt**

Dem französischen Jugendstilkünstler Charles Spindler ist eine Ausstellung der Darmstädter Mathildenhöhe gewidmet. Sie ergänzt die Olbrich-Ausstellung, die weiterhin zugänglich ist, denn zwischen Spindler, Olbrich und der Künstlerkolonie bestand ein enger Austausch. Spindler (1865–1938) wurde vor allem durch seine Marketerien bekannt. 1897 gründete er sein Atelier für Holzeinlege-Arbeiten in St. Léonhardt. Seine Arbeiten waren bei den Weltausstellungen in Paris (1900) und St. Louis (1904) zu sehen. In Darmstadt werden bis zum 29. Januar Möbel, kleine Gebrauchsgegenstände sowie Zeichnungen von Spindler gezeigt. Der Katalog kostet 20 Mark.

I. B. Singers Zürcher Rede als „Bogen 11"

DW. **München**

Die Rede, die Isaac Bashevis Singer anläßlich seines Besuches in Zürich gehalten hat, ist jetzt gedruckt erschienen. Der Hanser-Verlag gab sie unter dem Titel „Die Schöpfung ist letzten Endes eine Liebesgeschichte" als „Bogen 11" heraus. Die 16seitige Broschüre kostet 1,20 Mark.

Das ZK will den Film stärker kontrollieren

J. G. G. **Warschau**

In der Kulturabteilung des ZK der PVAP wurde ein „Stab Regierung/Partei" gegründet. Er soll, weil die Partei über die „zunehmende gähnende Leere" der Kinosäle beunruhigt ist, ein „Fieber des politischen Engagements" unter den Filmschaffenden fördern und die „gesellschaftspolitischen Kriterien" des Films stärker in den Vordergrund stellen. Das „Recht des Künstlers auf kreative Freiheit" soll angeblich nicht beschnitten werden, jedoch seien „Strukturveränderungen" beim gesamten polnischen Filmwesen in Vorbereitung.

Alexis Korner †

Am Neujahrstag starb er, 55jährig, in einem Londoner Krankenhaus an Lungenkrebs und hinterläßt nicht nur Frau und drei Kinder, sondern eine gewaltige Gemeinde von Bewunderern und Beeinflußten, die in dem Sänger und Gitarristen lange schon eine Lebendlegende sah, die mehr für den weißen Blues getan hat als irgend jemand sonst, ausgenommen vielleicht John Mayall.

Der Sohn eines österreichischen Kavallerie-Offiziers und einer griechisch-türkischen Mutter war Ende des Krieges an Bord eines französischen Flüchtlingsschiffes nach England gelangt, von wo aus er später, vor allem in den so musikbewegten *sechziger Jahren, auf eine riesige* Zahl heute bedeutender Blues- und Rockmusiker als Förderer, Stilpräger und Protagonist des Gruppenprinzips statt des Solistenkults wirkte. Namen wie die von Mick Jagger und Charlie Watts von den Rolling Stones, von Jack Bruce, Ginger Baker und Graham Bond kommen da auf; er half, die großartige Folklore-Gruppe Pentangle ins Leben zu rufen, beteiligte sich an den Entstehungen vieler Gruppen wie der von Manfred Mann oder den Animals, die heute selbst Geschichte sind.

Er hat Stücke des Jazz-Bassisten Charles Mingus gespielt, Rock- und Freejazz-Elemente verarbeitet und war vor allem in Hamburg ein oft und gern gesehener Gast und Freund, der hier noch vor zwei Jahren im Duo mit dem glänzenden Solo-Bassisten Colin Hodgkinson begeisterte, krisenfest, erdverbunden, eine Vaterfigur mit Kraushaar und Sonnenbrille, die in frühen Jahren nur deshalb zur Gitarre griff, weil der eigene Vater den genervten Sprößling unbedingt zu klassischem Klavierspiel animieren wollte, mit dem seltsamen Argument: „Gitarre, das ist was für Frauen. Oder für Almeida. Aber nichts für dich, mein Sohn."

a-tz

Der lange Weg des Gifts im Rhein

GEORG BAUER, **Bonn**

Nach Meinung des Landesamtes für Wasser und Abfall in Nordrhein-Westfalen (LWA) und der Gas- und Elektrizitätswerke (GEW) in Köln muß der Verursacher der Rheinwasser-Verschmutzung mit der mutmaßlich krebserregenden organischen Chlorverbindung Bis-Chlor-Isobutyläther oberhalb der Mainmündung gesucht werden. Wie gestern der Sprecher des LWA in Düsseldorf, Herbert Massing, mitteilte, sei es ausgeschlossen, daß ein Industrieunternehmen aus Nordrhein-Westfalen das Gift in den Rhein geleitet habe. Obwohl die Untersuchungen andauerten, könne man über den genauen Standort des Industrieunternehmens nichts sagen. Selbst Chemiefirmen in Basel kämen als Schuldige in Frage.

Analysen von Wasserproben, die am Wochenende bei zwei Kontrollstationen in Bad Honnef und in Düsseldorf dem Rhein entnommen worden waren, ergaben bis zu zehn Mikrogramm Bis-Chlor-Isobutyläther pro Liter Rheinwasser. Trotz der ungewöhnlich hohen Konzentration des gefährlichen Stoffes wies das Landesamt darauf hin, daß jede Gefahr für die Bevölkerung, die mit Rheinwasser versorgt würde, auszuschließen sei.

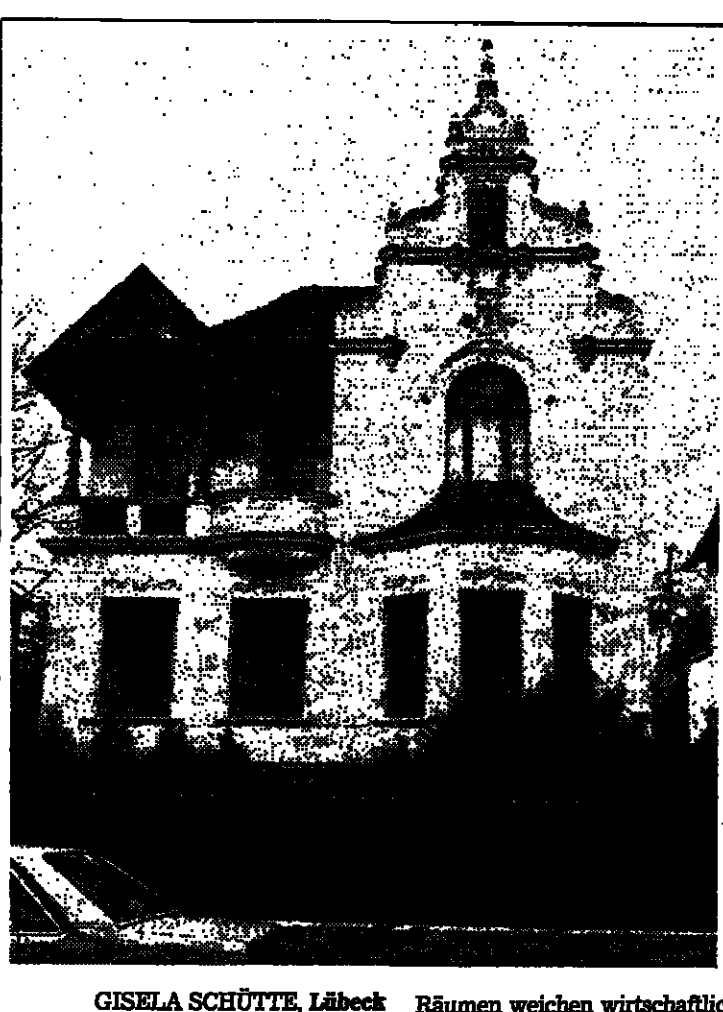
Reinigung ist gründlich

Der Grund: Wegen des Hochwassers im Frühjahr sind die Wasserwerke zur Zeit nicht auf die Förderung von Uferfiltraten angewiesen. Außerdem, so versichern die GEW, werde das Rheinwasser erst nach gründlicher Reinigung an die Haushalte weitergeleitet. Wolfgang Ludemann, Sprecher der GEW: „Wenn das Wasser durch die Uferpassagen geflossen ist, wird es aus dem Boden gepumpt und mit Sauerstoff angereichert. Anschließend versickert es noch einmal und wird nach einer erneuten Förderung durch die Aktivkohlefilter der Wasserwerke geleitet. Ein Verfahren, das sich über Monate hinziehe. Gleichzeitig wies Ludemann darauf hin, daß die Reinigung des Wassers dem Verfahren der Holländer.

Der grundsätzliche Unterschied zum deutschen System ist, daß die Wasserwerke in Holland erst nach der Entnahme filtern. Die Niederländer leiten nach Aussagen der GEW das Wasser direkt aus einem Seitenkanal des Stromes in einen Dünenbereich nord-westlich von Amsterdam, wo es versickert und sich dort in einem riesigen Wasserreservoir sammelt. Droht Vergiftungsgefahr, lassen die holländischen Wasserwerke die Schadstoffe Richtung Meer passieren und greifen zur Wasserversorgung der Bevölkerung auf dieses Reservoir in den Dünen zurück.

Noch keine Konsequenzen

Doch trotz dieses Tricks – Grund zur Besorgnis haben die Niederländer ebenso wie die anderen Anliegerstaaten des Rheins. So liegt heute die Verschmutzung des Rheins bei ungefähr 40 Mikrogramm pro Liter in Hochwasserzeiten. Bei Niedrigwasser steigt die Gesamtbelastung durch organische Chlorverbindungen gar auf mehr als 100 Mikrogramm. Die Wasserwerke fordern daher eine wirksamere Kontrolle der Einleiter des chemischen Abfalls. Ludemann: „Das Wasserabgabengesetz muß novelliert werden. Für den Schutz der Gewässer in der Bundesrepublik Deutschland müssen ebenso harte Maßnahmen vom Gesetzgeber getroffen werden wie zum Schutz der Luft." Obwohl man seit Jahren die betreffenden Behörden, insbesondere das Bundesinnenministerium und die zuständigen Landesbehörden, über die Verschmutzung informiere, habe dies bisher keine Konsequenzen gezeigt. Ludemann forderte vor allem härtere Strafen bei Gesetzesübertretung. „Wer heute seinen Dreck in die Luft pustet, der muß damit rechnen, daß ihm auf die Finger geklopft wird. Wer den Dreck ins Wasser leitet, kann das relativ ungestört tun."



Solche „Schmuckstücke" geben den Lübecker Vororten St. Jürgen, St. Gertrud und St. Lorenz ihre Anziehungskraft. Doch der Run auf die idyllischen Viertel gefährdet sie auch. Eine Bürgerinitiative macht sich für die Erhaltung der zum Teil denkmalgeschützten Bausubstanz stark. FOTOS: DIE WELT

Ein Boom schlägt Breschen in die alten Quartiere

GISELA SCHÜTTE, *Lübeck*

In Lübeck machen Bürger mobil. Im Schatten der mittelalterlichen Türme und der gediegenen Giebel der Buddenbrooks-Stadt wogt der Kampf um Bürgervillen und Grünanlagen, streiten Anwälte, Ärzte und Handwerker mit Plakaten und Flugblättern gegen Makler und Bauherrenmodelle.

Es geht um die noblen Vorstädte St. Jürgen, St. Gertrud und St. Lorenz, die sich im Süden und Westen der Altstadt zu grünen Villenquartieren entwickelt hatten, nachdem die Torsperre 1864 gefallen war. Steigende Einkommen ließen auch das Interesse an Wohnungen in den attraktiven Vierteln wachsen, und so blüht inzwischen auch hier das Geschäft mit Bauherrenmodellen und Neubauten. Die Villen mit den großen Räumen weichen wirtschaftlicheren, sprich einträglicheren, Neubauten.

Doch die sind den Anwohnern entweder zu groß oder zu gesichtslos. Und so haben sich etwa 70 Lübecker im Verlauf des vergangenen Jahres zu der Aktion „Rettet St. Jürgen und St. Gertrud" zusammengeschlossen. Sprecher ist der wortgewandte Karl-Heinz Augsten (30), ein Grafiker, der seine Ziele wirkungsvoll zu präsentieren versteht. Den Aktionsstreitern will es nicht einleuchten, daß in Lübeck, das im Denkmalschutzjahr 1975 eine der deutschen Beispielstädte war, und in dessen Innenstadt inzwischen 852 Bauten geschützt sind, bedeutende Villen abgebrochen werden.

Zur Galionsfigur der Lübecker Bürgerproteste wurde das Elternhaus des Ex-Senators Stelzner in der Herderstraße 7/9 in St. Jürgen. Auch ein eilig erstelltes Gutachten der Aktion über die Schutzwürdigkeit der Villa brachte keinen Erfolg – das Haus fiel im Frühjahr vergangenen Jahres den Bulldozzern zum Opfer. Jetzt kämpfen die Anwohner gegen das Neubauvorhaben, das ihnen zu groß und zu wenig ortsgebunden erscheint.

Auch die Behörden der Stadt Lübeck haben im Streit um die Stelzner-Villa Hiebe bekommen. Die Aktionsmitglieder beklagten fehlende Initiativen zur Rettung der Bausubstanz. „Doch hier wird leider oft erwartet, daß die Stadt mehr unternimmt, als sie gesetzlich tun kann", meint Sprecher Horst Westphal. „Wenn eine Abbruchgenehmigung einmal auf dem Tisch liegt, ist nichts mehr zu machen."

Doch die streitbaren Lübecker machen sich Sorgen, daß auch weiterhin Bauprojekte und Abbruchkommandos an ihnen vorbeirollen. Derzeit stehen in den Vorstädten 37 Bauten unter Schutz, davon sind 28 Häuser. Mindestens 15 waren zuletzt nach einer Bilanz Augstens und seiner Mitstreiter in Gefahr – Verwahrlosung, Plünderungen, Brandstiftung, dagegen sind die Bürger hilflos.

Dennoch soll Besserung für die Vorstädte im Westen und Süden der Altstadt in Sicht sein: Am 16. Dezember 1902 hatte die Bürgerschaft in der Travestadt für einen Bereich von St. Jürgen eine Erhaltungssatzung beschlossen. Zwei Tage später trat eine zweijährige Veränderungssperre in Kraft. Ende dieses Jahres soll der Beurteilungskatalog der Wissenschaftler für das Ensemble fertig sein. Darüber hinaus arbeitet die Denkmalpflege an den Grundlagen für weitere Schutzzonen in St. Gertrud und St. Lorenz.

Dennoch werden die Mitglieder der Rettungsaktion wohl auch in Zukunft noch in offene Baugruben blikken müssen. Bei der erhaltenswerten Architektur des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts kämpfen die Denkmalpfleger mit dem umfangreichen Bestand. Nicht alles kann als Denkmal, nicht alles als Ensemble ausdrücklich geschützt werden. Und Appelle zur Erhaltung erreichen allzu oft nur die, denen die Sache ohnehin am Herzen liegt. Das bleibende Problem des fortschreitenden Kahlschlages in Villenvierteln hat folglich der Chef des Hamburger Denkmalamtes, Professor Manfred F. Fischer, treffend beschrieben: „Da wird mit der exklusiven Lage im historischen Quartier bei potentiellen Käufern geworben. Und eben diesen Bestand schlagen sie dann für ihre Neubauten kaputt."

Tumulte vor Prozeß um Besetzung des türkischen Konsulats

dpa, **Köln**

Begleitet von massiven Handgreiflichkeiten zwischen Jugendlichen und Justizbeamten, hat vor dem Landgericht Köln gestern der Prozeß gegen zehn türkische Asylbewerber begonnen. Die Männer sollen im November 1982 das türkische Generalkonsulat in Köln für insgesamt 15 Stunden besetzt und dabei rund 60 Menschen als Geiseln genommen haben. Etwa 50 Jugendliche versuchten, eine Tür zum Gerichtssaal einzudrücken und sich auf diese Weise Zugang zum Sitzungssaal zu verschaffen. Zuvor waren nur etwa 100 ebenfalls zumeist jugendliche Zuhörer zugelassen worden. Zu weiteren Zwischenfällen war es gekommen, als die zwischen 22 und 31 Jahre alten Angeklagten den Gerichtssaal betraten und gemeinsam mit den Zuschauern türkische und deutsche Sprechchöre wie „Tod dem Faschismus in der Türkei" und „Hoch der internationalen Solidarität" anstimmten. Die Verlesung der Anklageschrift verzögerte sich bis zur Stunde, da nicht alle vom Gericht bestellten Dolmetscher anwesend waren.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, am Vormittag des 3. November 1982 mit Waffengewalt in das Konsulatsgebäude eingedrungen zu sein und nach einem gemeinschaftlichen Plan über mehrere Stunden Angestellte und Besucher als Geiseln genommen und mehrmals mit ihrer Erschießung gedroht zu haben. Die Aktion, die als Protest gegen die Herrschaft des Militärs *in* Ankara verstanden werden sollte, endete damals mit der Aufgabe der Attentäter nach stundenlangen Verhandlungen mit den Behörden.

Wal vor Hamburg

dpa, **Hamburg**

Ein etwa drei bis vier Meter langer weißer Beluga-Wal schwimmt gegenwärtig in der Elbe. Zuletzt wurde das Tier am Wochenende in Höhe des Hamburger Elbvororts Övelgönne gesehen.

Brücke stürzte ein

AFP, **Curitiba**

Bei dem Einsturz einer Hängebrükke über den Strom Iapo in dem südbrasilianischen Bundesstaat Parana kamen mindestens fünf Menschen ums Leben, 15 werden noch vermißt. Eines der vier Stahlkabel der 30 Meter langen Brücke war wegen Überbelastung gerissen.

Schulweg-Test

DW. **Bonn**

Mit einem Test vor Ort sollen die Eltern aller I-Dötzchen überprüfen, *ob* die Kleinen fit für den Schulweg sind. Die Testbögen „Mein sicherer Schulweg" werden über die Schulämter, Kindergärten und örtlichen Verkehrswachten verteilt. Die Initiative ist eine Gemeinschaftsaktion des Bundesverkehrsministeriums, der Deutschen Verkehrswacht und der Daimler Benz AG.

„Besuch" ohne Folgen

AFP, **London**

Gegen den Mann, der sich am Freitag unberechtigt zum englischen Königsschloß Sandringham Eintritt verschaffte, werden keine Schritte unternommen werden. Ein Polizeisprecher erklärte, in dem Fall seien „die Sicherheitsvorkehrungen nicht durchbrochen" worden. Der Eindringling hatte sich bei seiner Festnahme durch Sicherheitsbeamte als Mitglied des Hofstaats von Königin Elizabeth, die zur Zeit auf Sandringham residiert, ausgegeben.

Neue Idee verschafft Tauchern mehr Luft

US-Verfahren ermöglicht Sauerstoffentzug aus Wasser

WOLFGANG WILL, **San Francisco**

Was mit einem Test im November 1976 begann, hat inzwischen Gestalt angenommen: Möglicherweise können sich Menschen dank „künstlicher Kiemen" bald unbegrenzte Zeit unter Wasser tummeln. Sind Taucher bisher von der Sauerstoffmenge, die sie in ihren Flaschen haben, abhängig, so könnten sie in Zukunft mit der neuen Erfindung Sauerstoff zum Atmen direkt dem Wasser entziehen.

Zu verdanken haben wird man es dem amerikanischen Biochemiker Joseph Bonaventura. Er hatte 1976 die letztlich zündende Idee: Er nahm sich selbst Blut ab und vermischte es mit einem Plastikschaum, der jenem Material vergleichbar ist, aus dem viele Schwimmwesten, aber auch Auto- und Flugzeugsitze, hergestellt werden. „Diese Blut-Plastikschaummischung ähnelte einem Stück Leder", beschreibt es Bonaventura. Er und seine Frau testeten sodann den Urethan-Schwamm, und fanden heraus, daß er Wasser und Luft Sauerstoff entziehen kann.

Kommerziell nutzbar

Diese Bonaventura-Forschung und -erfindung, zum Teil finanziert durch die US-Marine, wird demnächst kommerziell nutzbar gemacht. Die Firma Aquanautics Corp., in San Francisco ansässig, hat die Patente für eine Million Dollar erworben – sie gehörten der Duke-Universität, an der Bonaventura und seine Frau beschäftigt sind. Claude Ganz erläutert für Aquanautics das Ziel der Firma: „Unser Traum ist es, dem Menschen jene Mittel zu geben, die es ihm ermöglichen, für lange Zeit unter Wasser existieren zu können."

Synthetische Herstellung

Bis Ende 1984 soll ein Prototyp zur Verfügung stehen, der aus zwei Flaschen besteht, wie sie auch heute benutzt werden – sie würden allerdings leichter sein. Diese Tanks sollen mit der Blutplastikschaummischung gefüllt sein und dem durchgepumpten Wasser den Sauerstoff entziehen, den der Taucher dann zum atmen bekommt. Die Sauerstoffentnahme aus dem Wasser erfolgt mittels schwacher elektrischer Ströme, die durch das Hämoglobin oder Blut geführt werden.

Etwas weniger als ein Kilogramm Hämoglobin, so schätzt Joseph Bonaventura, könnten einem Taucher so viel Sauerstoff „vermitteln", daß er sich theoretisch für unbegrenzte Zeit unter Wasser aufhalten kann. Bonaventuras andere Kalkulation: Ein Behälter, der nur drei Meter lang ist und dessen Durchmesser einen Meter ausmacht, könnte 150 unter Wasser arbeitenden Menschen Sauerstoff liefern. Für solche größeren Projekte würde das erforderliche Hämoglobin wahrscheinlich synthetisch hergestellt, und dafür könnten überalterte Blutmengen aus Blutbanken benutzt werden. Auch Blut von Tieren könnte in Frage kommen. (SAD)

LEUTE HEUTE

Ausbruch Nr. 4

Zum vierten Mal innerhalb von zweieinhalb Jahren ist **Michele Zaza**, einer der Chefs der neapolitanischen Unterwelt, aus der Haft entkommen. Der „König von Neapel" genannte „Camorra"-Chef floh aus einer römischen Klinik, in die er wegen Herzbeschwerden überführt worden war.

Kurz-Reise

Nur einige hundert Meter weit kam der Engländer **Eric Peters** nach seinem Start zur ersten Erdumrundung in einer Tonne. Dann blieb seine 1,77 Meter kurze Nußschale, in der er bereits erfolgreich den Atlantik bezwungen hatte, wegen eines Motorschadens auf der Themse liegen.

Prinzen-Pläsir

Prinz **Philip**, Präsident des World Wildlife Fund, aber auch begeisterter Jäger, versucht jetzt diesen Widerspruch in einem Interview zu lösen:



„Von Blutsport zu reden, halte ich für eine Dramatisierung. Es ist doch so: Solange man auf vernünftige Weise auf die Jagd geht, ist der Jäger die einzige Person, der an der Erhaltung der Tiere wirklich gelegen ist."

US-Astronomen entdeckten ein rätselhaftes „Ding"

Kam Satellit Iras dem zehnten Planeten auf die Spur?

A. v. KRUSENSTIERN, **New York**

Amerikanische Wissenschaftler haben in der Nähe unseres Sonnensystems ein geheimnisvolles „Ding" entdeckt, von dem bisher nicht festgestellt wurde, ob es ein bislang unbekannter Planet, ein Komet, ein Stern besonderer Art oder entstehender Spiralnebel ist.

Das „Ding" wurde von einem wissenschaftlichen Satelliten, dem Infrared Astronomical Observatory (Iras), entdeckt. Es befindet sich in Richtung des Sternbildes Orion und ist etwa 80 Billionen Kilometer von der Erde entfernt. Mit Hilfe astronomischer Instrumente auf der Erdoberfläche ist das Objekt, das etwa so groß wie der Planet Jupiter ist, bisher nicht wahrgenommen worden.

Das „Ding" strahlt kein Licht aus und hat eine Oberflächentemperatur von etwa *minus 235 Grad Celsius*. „Ich kann darüber nichts sagen, außer, daß wir nicht wissen, was es ist", erklärte Dr. Gerry Neugebauer, Direktor des Palomar-Observatoriumsin Kalifornien und leitender Wissenschaftler des Iras-Projektes.

Nur 80 Billionen km?

Wenn das Objekt wirklich nur 80 Billionen Kilometer entfernt sei, könne es sich unter Umständen um einen Teil unseres Sonnensystems und vielleicht sogar um den seit langer Zeit gesuchten zehnten Planeten handeln, meint der Astronom James Houck von der Cornell University. Unregelmäßigkeiten der Umlaufbahnen der bekannten Planeten deuten darauf hin, daß es einen bisher noch nicht entdeckten zehnten Planeten gibt, dessen Gravitation die Unregelmäßigkeiten verursacht.

Suche aufgenommen

Houck schließt aus, daß es sich um einen Kometen handelt, weil das Objekt erstens zu groß ist und zweitens von Iras im Abstand von sechs Monaten an annähernd der gleichen Stelle „gesichtet" wurde. Wenn es kein Planet und kein Komet ist, kann es nach Ansicht Houcks und Neugebauers ein „totgeborener" Stern sein, das heißt ein Himmelskörper, der so wenig Maße hat, daß er nie zum Glühen kam.

Neugebauer hält *dies jedoch* für unwahrscheinlich: „Ich glaube vielmehr, daß es ein noch junges und dunkles Milchstraßensystem ist", meint er. Entweder sei es so jung, daß seine Sterne noch nicht glühten, oder es sei von einer so dichten Staubwolke umgeben, daß keine Lichtstrahlung wahrnehmbar sei.

Das 2,5-Meter-Teleskop von Cerro del Tololo in Chile hat bereits die Suche nach dem „Ding" aufgenommen, und im Laufe des nächsten Jahres sind mehrere Nächte für die Suche mit dem 5-Meter-Teleskop von Mount Palomar vorgemerkt. (SAD)

WETTER: Stürmisch

Wetterlage: Eine Tiefdruckstörung über dem Ostatlantik entwickelt sich zum Orkantief und zieht nach Südnorwegen. Seine Ausläufer überqueren am Dienstag ganz Deutschland.



Vorhersage für Dienstag:

Norddeutschland: In den Frühstunden Übergang zu wechselnder Bewölkung und nachfolgend im Tagesverlauf mehrfach Schneeregen-, Schnee- und Graupelschauer, an der Küste auch kurze Gewitter. Tagestemperaturen um 5, nachts um 2 Grad.

Süddeutschland: Zunächst bedeckt und zum Teil länger andauernder Regen. Temperaturanstieg auf 5 bis 9 Grad.

Weitere Aussichten:
Naßkaltes Schauerwetter.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	7°	Kairo	18°
Bonn	7°	Kopenh.	5°
Dresden	6°	Las Palmas	19°
Essen	7°	London	7°
Frankfurt	5°	Madrid	2°
Hamburg	7°	Mailand	2°
List/Sylt	6°	Mallorca	14°
München	7°	Moskau	1°
Stuttgart	4°	Nizza	10°
Algier	13°	Oslo	2°
Amsterdam	7°	Paris	7°
Athen	14°	Prag	2°
Barcelona	10°	Rom	8°
Brüssel	8°	Stockholm	2°
Budapest	5°	Tel Aviv	15°
Bukarest	12°	Tunis	14°
Helsinki	0°	Wien	10°
Istanbul	9°	Zürich	3°

*Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.27 Uhr, Untergang: 16.27 Uhr, Mondaufgang: 9.42 Uhr, Untergang: 17.26 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Die Trockenheit läßt alle Lichter verlöschen

Nach einer ungewöhnlich langen Periode ohne Regen reicht in der Elfenbeinküste das Wasser nicht mehr für Stromerzeugung

RALF PETER LAUCK, **Abidjan**

In der Elfenbeinküste gehen die Lichter aus – regelmäßig und jeden Tag mehr. Die Stromversorgung des westafrikanischen Staates ist praktisch zusammengebrochen, weil die Wasserspiegel in den Stauseen zu niedrig sind. Die Menschen schwitzen, man lebt mit Einbruch der Dunkelheit fast ausschließlich bei Kerzenlicht und – Westafrikas einzige Eislaufbahn ist geschmolzen.

Seit etwa 14 Tagen dauern die Blackouts immer länger. Eine ungewöhnliche Trockenperiode hatte dazu geführt, daß sich die Stauseen zusehends leerten. Schließlich reichte es kaum noch, um die Turbinen anzutreiben. Das Land, das zu 92 Prozent von der Stromerzeugung in Wasserkraftwerken abhängig ist, steht buchstäblich auf dem Trockenen.

Zunächst waren es täglich nur drei oder vier Stunden ohne Strom. Man versuchte sich damit zu arrangieren und machte auch in der Hauptstadt kein großes Aufheben davon. Doch täglich laufen weniger Turbinen und inzwischen bleiben viele Städte und Dörfer schon mehr als 17 Stunden ohne Strom. Man schätzt, daß die Industrie ihre Produktionskapazitäten um mehr als 35 Prozent zurücknehmen mußte. Tausende Tonnen von Lebensmitteln verderben, dort, wo Wasser mit elektrischen Pumpen gefördert wird, kam es schon zu bedrohlichen Versorgungsengpässen.

Inzwischen gehen viele Leute auch schon gar nicht mehr arbeiten, weil sie Angst haben, in einem Aufzug stundenlang stecken zu bleiben, Büros und Häuser werden in diesen Tagen ohne Klimaanlagen in kürzester Zeit zu Saunen. Ein französischer Banker sagt: „Jahrelang bin ich aus meiner klimatisierten Wohnung in mein Auto mit Klimaanlage gestiegen und in mein vollklimatisiertes Büro gefahren. All die Jahre ist mir gar nicht aufgefallen wie verdammt heiß es hier sein kann."

Tatsächlich trifft die Stromknappheit die Elfenbeinküste besonders hart. In den Nachbarländern stehen solche Pannen eher an der Tagesordnung, gehören sie fast zum täglichen Leben. Die Elfenbeinküste galt allerdings auch in dieser Beziehung immer als ein Vorzeigeland. Weil aber immer alles besser funktionierte, kommt jetzt zu dem Strommangel auch noch eine Art Vertrauenskrise. Die Kritik an Präsident Félix Houphouët-Boigny und seinen Bürokraten, die lange Zeit alles so reibungslos gefügt hatten, wird immer lauter. Ein Energie-Experte sagt: „Die Wasserstände in den Stauwerken sind nicht über Nacht gefallen. Das kann nicht die große Überraschung sein."

Der Direktor der Elektrizitätsgesellschaft, Konan Lambert, gesteht ein, daß die Lage katastrophal ist, hat aber offiziell nur eine eher nichtssagende Erklärung für die Fehlplanung: „Wir sind wohl etwas zu optimistisch daran gegangen ..."

Da es aber nicht reichen dürfte „mitten in der Trockenheit auf einen Monsun zu warten", wie eine Zeitung bitter bemerkte, hat sich nun auch bei den Verantwortlichen die Erkenntnis durchgesetzt, daß Turbinen angeschafft werden müssen, die mit erheblich teureren fossilen Brennstoffen zu betreiben sind. Eine schnelle Entscheidung blieb bisher allerdings im Gestrüpp politisch-ökonomischer Abhängigkeiten hängen.

So soll etwa längst die Finanzierung amerikanischer Ausrüstung gesichert sein. General Electric könnte umgehend liefern. Die Zusage scheiterte bisher jedoch nach Meinung von Beobachtern am Druck von französischer Seite. Hier besteht natürlich ein starkes Interesse daran, daß die ehemalige französische Kolonie auch in Frankreich bestellt – owohl hier schon Lieferschwierigkeiten zugegeben wurden.

So dürften vorerst die Nächte noch dunkel bleiben und die Tage heiß. Die Aussichten sind betrüblich, denn der erste Regen wird frühestens im März, April erwartet. Inzwischen sieht man auch vor den entsprechenden Geschäften keine langen Schlangen mehr, wie in den Tagen zuvor. Wer es sich leisten konnte, wollte wenigstens einen kleinen Dieselgenerator erstehen. Die sind inzwischen ausverkauft. Und selbst das Dieselöl beginnt langsam knapp zu werden.

ZU GUTER LETZT

„Silvesterpreisausschreiben: Kostenlose Beisetzung zu gewinnen". Überschrift einer Kampagne gegen Alkohol am Steuer von zwei Lokalzeitungen im US-Bundesstaat Georgia.